Tribute und ihre Wirkungen

untersucht am Beispiel der französischen Zahlungen nach dem Krieg 1870/71

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Philosophie
der philologisch-historischen Abteilung
der hohen philosophischen Fakultät der Universität Basel

Vorgelegt von Frieda Busch aus Basel

Basel - Buchdruckerei der National-Zeitung AG. - 1936

Tribute und ihre Wirkungen

untersucht am Beispiel der französischen Zahlungen nach dem Krieg 1870/71

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Philosophie
der philologisch-historischen Abteilung
der hohen philosophischen Fakultät der Universität Basel

Vorgelegt von Frieda Busch aus Basel

Basel 1936

Genehmigt von der philosophischen Fakultät
auf Antrag der Herren Professoren Dr. E. Salin
und Dr. H. Ritschl.

Basel, den 23. Oktober 1931.

Prof. Dr. E. Salin
Dekan

Meinem lieben Mann

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Die Tributleistungen in der Antike, im Mittelalter und in der Neuzeit 9

I. Teil: Die Tributleistung Frankreichs an Deutschland nach dem Krieg 1870/71.

Kapitel I. Die Zahlungsverpflichtungen des Friedensvertrages.
§ 1. Die Vorverhandlungen für den Friedensschluss. 15
§ 2. Die endgültigen Zahlungsbedingungen 18

Kapitel II. Die Aufbringung.
§ 1. Die äusseren Mittel der Aufbringung und Zahlung. 21
§ 2. Die inneren Elemente der Aufbringung und Zahlung. . . . 27
a. Bargeld- und Notenbeschaffung. 29
b. Wechselbeschaffung. 31
§ 3. Die Finanzierung des Wechselankaufs durch Anleihen. . . . 33
a. Steuer oder Anleihe 33
b. Popularität der Anleihen in Frankreich und die Kriegsanleihen 34
c. Anleihebegebung zur Finanzierung des Wechselankaufs . 36

Kapitel III. Der Transfer.
§ 1. Das deutsche Transferproblem der Nachkriegszeit im Vergleich mit dem französischen nach 1870/71 39
§ 2. Die Aktivierung des Transfer. 40

Kapitel IV. Der Empfang: Das deutsche Empfangsproblem der Nachkriegszeit im Vergleich mit dem französischen nach 1870/71 . . 42

Kapitel V. Die technische Lösung der Tributübernahme 43

II. Teil: Die wirtschaftlichen Ergebnisse der Tributzahlungen für Deutschland.

Kapitel I. Die direkte Verwendung.
§ 1. Militärische Zwecke 46
§ 2. Der Uebergang zur Goldwährung 48

Kapitel II. Aufschwung, Hochkonjunktur und Krise des deutschen Wirtschaftslebens nach 1870/71.

§ 1. Das psychologische Moment als hemmende und treibende Kraft für den Hochschwung vor und nach dem Krieg 1870/71. . . 52

§ 2. Staatliche Wirtschaftsankurbelung auf dem Geld- und Kapitalmarkt und durch Aufträge. 55

§ 3. Industrie, Börse, Bank und Aktiengesellschaft 60

§ 4. Preise, Löhne, Gehälter, Lebenshaltung, Export und Import. . 72

§ 5. Rückblick. 80

III. Teil: Die Folgen des verlorenen Krieges und der Tributleistungen für Frankreich.

§ 1. Währung, Budget und Steuern nach 1870/71. 83

§ 2. Importdrosselung, Exportsteigerung und Konsumeinschränkung 87

Literaturverzeichnis 93

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit geht zurück auf ein Referat «Das Empfangsproblem innerhalb des Reparationsproblems», das ich im Sommer 1929 im Colloquium über das Reparationsproblem unter Leitung von Herrn Prof. Dr. E. Salin hielt. Herrn Professor Salin sei an dieser Stelle herzlichster Dank dargeboten für sein besonderes Interesse und seine liebenswürdigen Anregungen, die die Fertigstellung der Arbeit wesentlich förderten.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546701_0036

Einleitung

Tributleistungen in der Antike, im Mittelalter und in der Neuzeit.

So lange die ökonomischen Interessen der verschiedenen Nationen noch nicht wie heute völlig ineinander verfilzt waren, endete jeder Krieg mit einem Sieger und einem Besiegten in militärischer und ökonomischer Beziehung. Denn dem militärischen folgte der ökonomische Sieg, der das Endziel *derjenigen* war, welche die ersten Spannungen hervorgerufen hatten, mit allen grausamen Härten und Folgen. — Nach antikem orientalischen Recht [1]) wurde der besiegte Staat dem Siegerstaat einverleibt und damit das Leben und der Besitz seiner Bürger. Die Vernichtung des Gegners konnte in antiken Zeiten niemals dem Wirtschaftsleben des siegreichen Staates schädlich sein oder dieses auch nur stören.

Die gänzliche Einverleibung unterworfener Staaten kam weder für Griechenland noch für Rom in Frage. Die verantwortlichen Bürger der Polisstaaten wussten sehr wohl, dass man bei einer völligen Verschmelzung mit einem fremden Staat seine Eigenheit hätte zum Opfer bringen müssen, denn die Polis war — im Gegensatz zu einem orientalischen Riesenstaat — ein kleines Gebilde und dadurch einer Beeinflussung und Abwandlung viel mehr ausgesetzt. Daher zog man der gänzlichen Einverleibung meist eine dauernde oder schwere einmalige Tributverpflichtung vor, die Cicero eine poena belli für den Besiegten und ein praemium victoriae für den Sieger nannte.

Es sind uns Einzelbeispiele aus der römischen Geschichte von schweren einmaligen Tributleistungen bekannt. So legte Sulla im Jahre 84 v. Chr. der römischen Provinz Kleinasien, die sich gegen Rom empört, sich dem aufständischen König von Pontus angeschlossen hatte und von neuem durch ihn (Sulla) besiegt worden war, eine ungeheure einmalige Kontribution auf, die aber nur mit Hilfe des unechten Transfers möglich wurde. «Wie das Zusammenwirken der rohen ökonomischen Zustände und der rücksichtslosen Ausnutzung der politischen Uebermacht zu Gunsten der Privatinteressen eines jeden vermögenden Römers eine wucherliche Zinswirtschaft allgemein machte, zeigt z. B. die Behandlung der von Sulla der Provinz Asia 84 auferlegten Kriegssteuer, die die römischen Kapitalisten vorschossen: sie schwoll mit gezahlten und nichtgezahlten Zinsen binnen 14 Jahren auf das Sechsfache ihres ursprünglichen Betrags an. Die Gemeinden mussten ihre öffent-

[1]) J. K. Rodbertus: Zur Geschichte der römischen Tributsteuern seit Augustus. Jahrbuch für Nationalökonomie. Bd. IV. 1865; Bd. V. 1865; Bd. VIII. 1867.

lichen Gebäude, ihre Kunstwerke und Kleinodien, die Eltern ihre erwachsenen Kinder verkaufen, um dem römischen Gläubiger gerecht zu werden; es war nichts Seltenes, dass der Schuldner nicht bloss der moralischen Tortur unterworfen, sondern geradezu auf die Marterbank gelegt ward.»[2])

Der einmalige Tribut konnte durch eine oder mehrere Annuitäten aufgebracht werden. Im Gegensatz dazu stand die dauernde Tributverpflichtung. Sie kam einer direkten Besteuerung der unterworfenen Provinzen — einst selbständigen grossen Reichen — gleich. Adolf Wagner nennt sie «das wichtigste Beispiel dauernder Abschiebung von Staatskosten auf Unterworfene.»[3]) Dieser Provinzialtribut musste die Löhnung der römischen Soldaten und die Kriegsausgaben decken. Beides, Löhnung und Kriegsausgaben wurden in der Frühzeit Roms von den römischen Staatsbürgern als tributum civium in Form einer Kopfsteuer aufgebracht. Vom Jahre 168 v. Chr. an, nach Beendigung des mazedonischen Krieges, wurde diese Steuer über die Kaiserzeit hinaus bis zum Ende des 3. Jahrhunderts vom Staatsbürger weg auf den unterlegenen Feind abgewälzt. Zwar erfolgte für den römischen Bürger keine offizielle Aufhebung des tributum civium, aber in der ganzen Epoche von 168 v. Chr. bis zum Ende des 3. Jahrhunderts ist diese Steuer nicht *einmal* mehr in Rom erhoben worden.[4])

Ein stetig erhobener Tribut erfordert eine vorsichtigere ökonomische Einstellung des Siegerstaates dem Besiegten gegenüber als ein einmalig erhobener. Die mit Dauertributen belegten Staaten hätten zahlungskräftig erhalten werden müssen. Es ist Rom nicht gelungen, den Niedergang der besiegten tributzahlenden Provinzen aufzuhalten. Ihr einst kräftiger Bauernstand mit eigenem Grundbesitz verschuldete durch die von ihm aufgebrachten und nach Rom abfliessenden Summen mehr und mehr. Um seine Gläubiger befriedigen zu können, musste er sich von römischen Bodenspekulanten und Kapitalisten, die ihr Geld in Grund und Boden anlegen wollten, seinen Boden abkaufen lassen.[5]) So kam es, dass ausser dem jährlichen Tribut ein immer grösserer Teil der Bodenrente aus dem pflichtigen Lande ab- und den Spekulanten in Rom zuströmte. Das Sozialprodukt der pflichtigen Provinzen verminderte sich so stark, dass die Tributleistung im echten Transfer nicht mehr möglich war. Römische Kapitalisten streckten den Staatsschuldnern die geforderten Tributsummen unter schwersten Bedingungen, d. h. zu Wucherzinsen vor. Um diese hohen Zinsen verteuert floss der Tribut im unechten Transfer nach Rom zurück.

In fränkischer, merowingischer, karolingischer und späterer Kaiserzeit leisteten die unterworfenen Nationen (meist in geringerer Abhängigkeit) Dauertribute in Bargeld und Sachlieferungen wie Pferde, Kühe und Schweine. Aber schon zur Zeit der Karolinger, als die Ausgaben des Reiches sich mehrten, fielen diese Tributleistungen, die im Verhältnis zu den Reichsausgaben klein waren, nicht mehr stark ins Gewicht und hörten nach und nach jedenfalls als Dauertributverpflichtung fast auf.[6])

---

[2]) Theodor Mommsen: Römische Geschichte. II. Bd., 13. Aufl., S. 394, Berlin 1921.

[3]) Adolf Wagner: Finanzwissenschaft, III. Teil, I. Bd., «Steuergeschichte des Altertums bis zur Gegenwart». S. 24. 2. Aufl., Leipzig 1910.

[4]) Adolf Wagner a. a. O., S. 23.

[5]) Mommsen a. a. O., S. 393.

[6]) Rudolf Kötzschke «Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters». S. 164. Jena 1924.

Mit *einer* Dauerverpflichtung, der bedeutungsvollsten des Mittelalters, die bis ins 19. Jahrhundert hinein reicht, haben wir uns noch zu befassen: es handelt sich um die irische Tributleistung an England. Sie hat sich über sieben Jahrhunderte hin erstreckt und wir können sie in ihrer furchtbaren Wirkung auf Irland in allen ihren Phasen beobachten. Die privatrechtlich fundierten Tributleistungen von Irland an England leiteten sich von der staatlichen Eroberung Irlands durch England ab. Die siegreichen englischen Feudalherren wurden vom englischen König mit erobertem irischen Grundbesitz belohnt und entlohnt. Diese englischen Herren, verwöhnt durch englischen Luxus, der besonders am Königshof getrieben wurde, wollten nicht in dem bäuerlichen Irland leben, um dort die Pachterträgnisse zu verzehren. Sie blieben in England und verzehrten hier ihre irischen Renten. Sie betrachteten ihren irischen Grundbesitz als Rentenquelle, welche möglichst reichlich fliessen sollte. Nur ein wahrer Raubbau am Boden konnte die geforderten Pachtzinse ermöglichen. Die Aufbringung der Tribute wurde den zinsenden irischen Bauern von Jahrhundert zu Jahrhundert schwerer und der Niedergang Irlands und seiner Bauern immer offensichtlicher. Ende des 17. Jahrhunderts berichtete der englische Generalgouverneur von Irland nach England, «dass er die Leiden dieses Landes mit nichts anderem vergleichen könne als mit denen eines Hirsches, der abgerannt, den Hunden zum Lohn hingeworfen werde, und von dem sich jeder sein Stück abreisse.»[7])

Die gleichen Formen der Pachtzinsleistungen blieben bis zum Ende des 16. Jahrhunderts bestehen. Die Pächter erfüllten die Forderungen ihrer Pachtherren durch Lieferung von Sachwerten, und zwar meistens Getreide. Von da ab wurden die Sachlieferungen zum grössten Teil in Bartransfer umgewandelt. Der englische Statthalter in Irland erkannte die neue grosse Gefahr für Irlands Wirtschaftsleben. Irland — grösstenteils Agrarland — war arm an Bargeld. Jeder Abzug von Geld musste die irische Wirtschaft schwer gefährden. Der Statthalter erliess darum ein Gesetz, dass kein Pachtzins in Geldform Irland verlassen dürfe. Aber seine Macht reichte nicht aus, um seine Verfügung durchzusetzen. Die mächtigen englischen Feudalherren, Absentees genannt, erreichten eine Gegenverfügung von England aus, welche ihnen ihre Tribute in Geldform sicherte. Die Iren forderten immer wieder, dass die Absentees ihre irischen Renten wenigstens in Irland verzehren sollten, damit der Geldstrom nicht das Land verliesse. Auf heutige Verhältnisse übertragen hiesse das so viel wie: Tribute sollen vom Gläubiger im Schuldnerland verwendet werden. — Die Forderungen der Iren wurden nicht berücksichtigt. Der ständige Geldabfluss aus dem immer kapitalschwächer werdenden Irland bewirkte eine stetig wachsende Depression der Wirtschaft. Diese erzeugte eine Armut, von deren Entsetzlichkeit Jonathan Swift uns in schauerlichem Zynismus berichtet. Unter anderem schlägt er als Massnahme gegen das Elend vor, «die 100,000 jährlich Neugeborenen gebraten zu Markte zu bringen und dadurch ausser der Kostenersparnis von 50,000 £ eine Geschmackserweiterung für die Absentee-Gentlemen zu erzeugen.»[8])

Schon zur Zeit des englischen Frühkapitalismus ergab sich für die Durchführung der irischen Tributzahlungen eine neue Schwierigkeit. Es taucht das Empfangsproblem auf und tritt bald als grösstes und an erster

---

[7]) Leland: «History of Ireland», VI. Aufl., Bd. 3, S. 485. London 1885.

[8]) Jonathan Swift: Satyrische und ernsthafte Schriften. S. 340. Hamburg und Leipzig 1760.

Stelle stehendes Problem in den Vordergrund. Die eine Möglichkeit der Tributaufbringung durch Konsumeinschränkung war in Irland nicht möglich, denn der Lebensstandard lag längst unter dem niedrigsten Niveau. So blieb also nur gesteigerter Export übrig, um zusätzliche Barmittel nach Irland zu bekommen, die dann für die Tributzahlungen hätten verwendet werden können. Als Warenimportländer kamen in erster Linie England und seine Kolonien in Betracht. Die Zinspflichtigen, unfähig ihre Geldzinsen aus dem gepachteten Boden herauszuwirtschaften, spannen und woben im Heimbetrieb Wolle und Tuche. Sie waren bereit, ihre Arbeit zu Schleuderpreisen zu verkaufen. Bald genug setzten die englischen Gegenmassnahmen ein. Die englischen Wollproduzenten fürchteten mit Recht die irische Konkurrenz und forderten energische Gegenmassnahmen der englischen Regierung. Durch die Navigations-Akte 1651 wurde Irland der direkte Handelsverkehr mit den Kolonien verboten. Diese Massnahme genügte den englischen Wollfabrikanten und Händlern noch nicht. Die ersteren, meist Landlords, setzten im Parlament, in welchem sie reichlich vertreten waren, durch, dass der englische König erklären musste, «er werde alles tun, um die Tuchfabrikation in Irland zu vernichten». Schon vor dieser feierlichen Erklärung hatte 1673 der englische Lordleutnant in Irland, Lord Essex, ein Memorandum nach England geschickt, in welchem es heisst, «die Fortschritte der Wollenfabrikation in Irland würden dem englischen Handel so nachteilig sein, dass es nicht klug erscheint diese zu fördern.»[9])

1698 holte England zum entscheidenden Schlage aus. Es verhängte über Irland einen so hohen Exportzoll und gleichzeitig Importzoll nach England für seine Wollprodukte, dass Irland der Export unmöglich gemacht wurde. Gleichzeitig wurde nur noch der Export von Rohwolle nach England gestattet. Es war den englischen Wollproduzenten und Kaufleuten hiermit gelungen, den irischen Wollwarenexport zu vernichten und damit den grössten Teil der irischen Wollproduktion. — Hätte sich die irische Wollexportindustrie ungehindert betätigen können, so wäre zum Ausgleich dieser Exporte ein Geld- oder Warenstrom aus dem Ausland nach Irland geflossen; dieser hätte für die Tributleistung an England verwendet werden können.

Die einseitigen Wertübertragungen dauerten bis weit ins neunzehnte Jahrhundert an. Wir finden sie heute noch, wenn auch in gemilderter Form. 1843 legte O'Connell dem englischen Parlament eine irische Bittschrift, die «Repeal Acts», vor, welche eine einzige Anklage bildet. Wir lesen darin: «Kein Land der Erde zahlt einem andern einen solchen Abhängigkeitszins, wie Irland England zahlen muss, einen Tribut, welcher Erschöpfung, Armut, Elend und Dürftigkeit in allen schrecklichen Formen hervorbringt.» 1864 sagte Colonel Dunne in seiner Parlamentsrede vom 26. Februar: «About 4 Mill. £ were sent annualy to this country and spent in England or elsewhere by absentees.»

Die jahrhundertelang andauernden Tributleistungen haben England, trotzdem es zur Unterdrückung der Hungeraufstände und später, um dem ungeheuren irischen Elend zu steuern, notgedrungen grosse Summen aufwenden musste, einen unübersehbaren materiellen Gewinn gebracht. N. Goschen schreibt: «Auch gibt es Fälle, wo besonders günstige Umstände eine Nation in den Stand setzen, sich andere Nationen tributpflichtig zu machen für Grundzinsen oder gewisse Gebühren, wodurch zu Gunsten dieser Nation ein Einkommen geschaffen wird, das mit der nämlichen Kraft wirkt

[9]) J. Venedey: Irland. I. Bd., S. 168. Leipzig, 1844.

wie dasjenige, welches aus Zinsen für Staatsschulden, aus Frachtkosten oder aus Zahlungen für exportierte Waren entspringt.»[10]) Nach meiner Ansicht musste dieses «Einkommen», welches durch Tributleistungen entstand, mit noch viel grösserer Kraft wirken als die Zinsen für Staatsschulden, Frachtkosten oder Zahlungen für exportierte Waren, denn es handelte sich hier nicht um Leistung und Gegenleistung, sondern um einseitige Wertübertragungen. Heute hat dieser allgemein gehaltene Satz von Goschen seine Gültigkeit in weitem Masse verloren. Dies wird sich bei der grössten Tributleistung des 19. Jahrhunderts, nämlich der von Frankreich an Deutschland, zeigen.

Wir haben gesehen, dass sich von der Antike bis zur Neuzeit Wesen, Form und Art der Tribute nicht geändert haben. Damals wie heute bedeuten sie einseitige Wertübertragungen von dem Schuldner- ins Gläubigerland, erzwungen durch die Macht des Stärkeren. Die verschiedenen Spielarten der Zahlungen haben sich erhalten, sie können einmalig, in wenigen Annuitäten auf kürzere oder längere Perioden verteilt oder als Dauertribut gefordert und geleistet werden. Sie können aus Sachlieferungen oder Barüberweisungen oder aus beiden bestehen. Gab es in der Antike und im frühen Mittelalter noch kein Empfangsproblem, so spielte Aufbringung und Transfer, d. h. echter oder unechter Transfer, eine grosse Rolle. Die ökonomische Wirkung der Tributzahlungen auf das Schuldnerland hat sich bis heute nicht geändert, die gleichen Momente damals wie jetzt bestimmen ihren Stärkegrad. — Völlig neu und in den verschiedensten Formen erscheint im Zeitalter des Hochkapitalismus die Wirkung der Tribute auf das empfangende Land. Tribute in der Antike, in vor- und frühkapitalistischer Zeit gezahlt, konnten, auch wenn sie zum völligen Untergang des pflichtigen Landes führten, dem empfangenden Lande nicht verhängnisvoll werden. Die Räder des Wirtschaftslebens liefen in jedem Staate für sich und griffen noch nicht ineinander. Erst die hochkapitalistische Aera verknüpfte mehr und mehr das ökonomische Leben und Schicksal aller, — sogar sich feindlich gesinnter Staaten. Der Frühkapitalismus schuf die nationale Industrialisierung, der Hochkapitalismus die internationale Verflechtung auf Gedeih und Verderb. Der Raum für den Massenabsatz, der ein Merkmal der hochkapitalistischen Wirtschaft ist, kann nicht unbegrenzt ausgedehnt werden. Die Produktion aber schreitet immer gewaltiger fort und kann ins Unendliche fortgesetzt werden. Die Diskrepanz zwischen Steigerung der Produktion und Ausdehnung des (ausserdem endlichen) Raumes für den Absatz muss immer grösser werden. Auf niemanden kann als Konsumenten verzichtet werden. Das gegenseitige Interesse der Industriestaaten ist daher gleichzeitig negativer und positiver Natur. Der Konkurrenzstaat muss als Produzent zwar so stark wie möglich niederkonkurriert, als Konsument aber so zahlungsfähig wie möglich gemacht werden. Eines aber schliesst das andre aus. Notgedrungen setzte darum langsam eine internationale Verständigung über Produktion und Absatz ein, die aber immer wieder durch kriegerische Auseinandersetzungen gestört und unterbrochen wurde.

Die Erkenntnis der unbedingten Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit müsste bei allen Friedensschlüssen eine klare, ökonomische Politik des Siegers zur Folge haben. Für die Bemessung der Höhe der Tributleistung müsste vor allem *der* Gesichtspunkt massgebend sein, dass der

---

[10]) N. G. Goschen: «Theory of the foreign Exchange», S. 20, übersetzt von Dr. F. Stöpel. Frankfurt a. Main 1875.

militärisch Besiegte durch die ihm auferlegten Zahlungen keinesfalls seinen nationalen Reichtum so weit einbüssen darf, dass er als Konsument für die Produkte des Siegerstaates und als Faktor für die Weltwirtschaft verloren geht. Es dürfte zwar unmöglich sein, den Grenzfall zu berechnen, bei welchem der Besiegte eben noch fähig ist, die geforderten Tribute zu zahlen, ohne zu sehr in seiner Konsumkraft geschwächt zu werden. Deshalb müssten die Verpflichtungen weit entfernt vom Grenzfall liegen, um vor einer Fehlberechnung sicher zu sein. Ist die Wertverminderung, welche das Sozialprodukt im zahlenden Land durch die Tribute, die ja in keiner Form zurückkehren, erleidet, grösser als die Ersparnisse und als die Möglichkeit, das Verlorene durch Wertexporte zu ersetzen, so wird das tributzahlende Land nicht nur als Konsument ausländischer Produkte ausscheiden müssen, sondern die Durchführbarkeit der Zahlungen wird in Frage gestellt, wodurch der Sieger zum zweifachen Opfer seiner eignen Forderungen wird. «Il est aussi bon que salutaire de comprendre, qu'on s'enrichit difficilement des dépouilles d'autrui.» [11]) Die deutschen Forderungen an Frankreich nach dem Krieg 1870/71 konnten von Frankreich erfüllt werden, denn sie lagen im Bereich des Möglichen. Wie weit aber diese Tributleistung in das Wirtschaftsleben des Schuldner- wie des Gläubigerlandes eingegriffen hat, welche unerwarteten Folgen sie hatte und wie selbst die übrigen kapitalistischen Länder von ihr berührt worden sind, soll in dieser Arbeit aufgezeigt werden.

[11]) L. Wolowski: Résultats Economiques du Payement de la Contribution de Guerre en Allemagne et en France. S. 42. Sonderabdruck aus «Journal des Economistes». Déc. 1874. Paris 1874.

I. Teil

Die Tributleistung Frankreichs an Deutschland nach dem Krieg 1870/71.

Kapitel 1.

Die Zahlungsverpflichtungen des Friedensvertrages.

§ 1. *Vorverhandlungen für den Friedensschluss.*

Die Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich haben sich von 1870—1871 hingezogen. Der Sieg von Sedan am 1. September 1870 brachte die Gefangennahme und Abdankung Napoleons III. Am Abend des 1. September erwiderte sein Vertreter Castelnau auf Bismarcks Anfrage, ob der Kaiser bereit sei, in Friedensverhandlungen einzutreten, dass die Uebergabe des kaiserlichen Degens noch nicht die von Frankreich bedeute. Am 4. September wurde der französische gesetzgebende Körper bei der Beratung, ob der Sohn Napoleons zum Kaiser ausgerufen werden solle, gesprengt und eine Regierung der nationalen Verteidigung ausgerufen. Minister des Aeusseren wurde Jules Favre, Gambetta Minister des Inneren. Der in Frankreich sehr beliebte Thiers wurde dazu ausersehen, an die Höfe von London, Wien, Petersburg und Florenz zu reisen, um sich für etwaige Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich die Unterstützung der Neutralen zu sichern. Er sollte ihnen klar machen, wie wichtig es auch für sie sei, dass Frankreich als ungeschwächte Grossmacht erhalten bleibe.

Favre begab sich unterdessen Anfang September ins grosse Hauptquartier nach Ferrières, um sich dort mit Bismarck privatim zu besprechen. Favre reiste ohne gesetzliche Vollmachten, denn die gesetzgebende Versammlung war noch nicht zusammengetreten und erst für den 16. Oktober einberufen. Favre war fest entschlossen, in keine Landabtretung einzuwilligen. Am 6. September hatte er in einem Rundschreiben an die auswärtigen französischen Gesandten geschrieben [12]): «Wir werden keinen Fuss-

[12]) Favre: Zit. bei Fr. Luckwaldt «Das europäische Staatensystem 1850—90». Propyläen-Weltgeschichte, Bd. VIII., S. 260. Berlin 1930.

breit unseres Gebietes, keinen Stein unsrer Festungen opfern.» Eine Einigung zwischen Bismarck und Favre kam nicht zustande. Am 19. Oktober nachmittags fand dann die erste offizielle Konferenz mit Bismarck im Schloss Haute Maison bei Montry statt, die zweite am gleichen Abend, die dritte am Mittag des 20. in Ferrières, der Besitzung des Baron Rothschild. Favre vertrat den gleichen Standpunkt wie in seinem Rundschreiben, der aber für Bismarck undiskutabel war, und so wurden die Verhandlungen abgebrochen. Bismarck hatte seinem Generalstab erklärt, dass er persönlich an der Annektierung von Elsass-Lothringen desinteressiert sei. Schon einige Jahre vorher hatte er sich englischen Journalisten gegenüber geäussert: «Die Elsässer sind Franzosen geworden und wünschen es zu bleiben.»[12 a]) Er musste aber, ebenso wie sein König, dem starken Druck des Generalstabs, der den Willen des deutschen Volkes hinter sich hatte, nachgeben und forderte also von Favre die Uebergabe des Elsass. Favre kehrte zurück, ohne für Frankreich etwas erreicht zu haben. Nicht anders war es Thiers ergangen, der zur selben Zeit nach Frankreich zurück kam. England und die übrigen Neutralen bekundeten kein allzu grosses Interesse an einem für Frankreich günstigen Frieden. Für eine Intervention war nur der russische Kanzler Gortschakow zu gewinnen gewesen. Aber Zar Alexander bekundete öffentlich seine Freude über die deutschen Siege und war einer offiziellen Fürsprache zugunsten Frankreichs abgeneigt.

Der Krieg ging weiter, aber gleichzeitig unterhandelte Bismarck nun mit Bazaine und dem Stellvertreter des gefangenen Kaisers, mit der Kaiserin Eugenie. Bismarck hätte am liebsten mit Napoleon selber verhandelt, aber dieser lehnte ab. Alle diese Besprechungen blieben erfolglos und Bismarck wendete sich wieder der neuen Regierung zu. Am 31. Oktober reiste Thiers nach Versailles, um mit Bismarck über einen eventuellen Waffenstillstand zu verhandeln. Anfangs schien eine Einigung möglich, aber als Bismarck die Abtretungen zur Sprache brachte, lehnte Thiers weitere Besprechungen ab, da er die Verantwortung für eine Einwilligung nicht allein übernehmen könne. Er reiste ab, um sich mit der Pariser Regierung zu besprechen. Diese wollte von keiner Gebietsabtretung wissen und verweigerte Thiers die Zusage für die Unterzeichnung des Waffenstillstands. Der Krieg ging weiter, bis die Lage von Paris, das ganz zerniert war und in dem die Hungersnot immer schrecklicher wütete, völlig verzweifelt wurde. Ende Januar brach der letzte Widerstand zusammen. Zum zweitenmal fuhr Favre ins grosse Hauptquartier, diesmal nach Versailles, am 23. Januar. Er bat dringend um eine Unterredung, die Bismarck ihm sofort gewährte. Die einzelnen Punkte für den Waffenstillstand wurden besprochen und, nachdem Favre die Genehmigung der französischen Regierung eingeholt hatte, wurde er am 28. Januar, abends 7 Uhr, in Versailles unterzeichnet. Er sollte bis zum 19. Februar andauern. Inzwischen würde die Nationalversammlung gewählt sein, und diese über Krieg oder Frieden entschieden haben. Die Nationalversammlung tagte vom 13. Februar an in Bordeaux. Sie wählte Thiers am 17. zum Haupt der Exekutive der französischen Republik und bestätigte Favre als Aussenminister. Ferner gab man Thiers, Favre und Picard Vollmacht die Friedensverhandlungen zu führen und wählte einen Ausschuss von 15 Mitgliedern, welche die Verhandlungen der Bevollmächtigten von Paris aus überwachen sollten. In diesem Augenblick, als die Verhandlungen beginnen sollten, versuchte Gladstone in letzter Minute die Neutralen in einem Protest gegen Annexionsgelüste Deutschlands zu einigen. Er wollte ausser-

[12 a]) Zit. bei Fr. Luckwaldt a. a. O., S. 262.

dem vorschlagen, ein Schiedsgericht einzusetzen, welches die Höhe der Tributleistung bestimmen sollte. Das englische Parlament aber durchkreuzte Gladstones Plan, indem es ihm seine Zustimmung verweigerte.

Thiers und Favre fuhren am 21. nach Versailles, wo der Vorfriedensvertrag besprochen wurde. Unterdess verlängerte man den Waffenstillstand. Nachdem sich Thiers und Favre über die einzelnen Punkte der deutschen finanziellen Forderungen durch Bismarck hatten unterrichten lassen, forderten sie Urlaub, um sich mit dem Finanzberater der französischen Regierung, Alphonse Rothschild, besprechen zu können. Bismarck willigte ein, wenn auch ungern. Rothschild äusserte sich Thiers und Favre gegenüber, dass Frankreich den geforderten Tribut werde leisten können, wenn sich der Weltgeldmarkt an dieser Finanzoperation beteiligen würde. Gustav Rothschild, Alphonse' Bruder, sagte damals in London zum Grafen Vitzthum: «Es gibt keinen Financier in Europa, der nicht den Kredit, den man Frankreich geben kann, nach den Bedingungen ermisst, die man dem Lande auferlegt.» [13]) Während die Besprechungen zwischen Favre und Rothschild andauerten, reiste Thiers nach Versailles zurück und erreichte in neuen Zusammenkünften mit Bismarck, dass dieser die Tributsumme von 6 Milliarden auf 5 Milliarden Fr. herabsetzte. Am 26. Februar wurde der Präliminarfrieden unterzeichnet, auf deutscher Seite von Bismarck, Graf Bray, Wächter und Jolly, auf französischer von Thiers und Favre. Artikel 2 dieses Vertrages forderte die Zahlung von 5 Milliarden Fr. Die erste Milliarde sollte noch 1871, die restlichen 4 Milliarden in einem Zeitabschnitt von 3 Jahren gezahlt werden. Merkwürdigerweise enthielt der Vertrag nichts über die Art der Zahlungen oder die Geldsorten, in denen gezahlt werden sollte. Wahrscheinlich hielt man es nicht für wichtig, diesen Punkt im Vorfrieden festzulegen. Bismarck persönlich hielt die Bedingungen für schwer, denn er sagte zu Thiers, als dieser den Vertrag unterzeichnete: «Sie sind *der* Franzose, der es am wenigsten verdient, einen solchen Frieden für sein Vaterland zu unterzeichnen.»[13a])

Bei der Festsetzung der Tributforderung hatte sich Bismarck von Sachverständigen, den Bankiers Bleichröder und Henckel von Donnersmarck, beraten lassen. Diese hatten seine Bedenken über die Durchführbarkeit der Aufbringung und Transferierung solch ungeheurer Summen zerstreut und versichert, dass die Zahlungen möglich seien, wenn man den gesamten Geldmarkt für dieses Unternehmen interessieren könne. Die Sachverständigen arbeiteten die finanztechnischen Punkte des Vertrages so genau und klar aus, dass L. Wolowski, einer der unerbittlichsten Gegner Deutschlands, mit seiner Bewunderung für die Genauigkeit des Zahlungsplans nicht zurückhielt und schrieb: «Les conseils financiers du prince de Bismarck n'avaient négligé aucune précaution, c'est une justice à leur rendre.» [14]) Dieser Plan, «nach welchem Frankreich diese anscheinend so schwere Auflage abtragen könne, ohne es zu spüren» (Aussage der deutschen Sachverständigen)[14a]), wurde Frankreich angeboten. Favre berichtete darüber in der Nationalversammlung und über seine Antwort an Bismarck. «Es ist wahr, dass diese Herren (Bleich-

---

[13]) Egon Caesar Conte Corti: «Das Haus Rothschild in der Zeit seiner Blüte». Bd. II., S. 450. Leipzig 1928.

[13a]) Zit. bei Jules Favre: «Gouvernement de la défence nationale». Bd. III., S. 112. Paris 1875.

[14]) L. Wolowski a. a. O., S. 13.

[14a]) Zit. bei Jules Favre a. a. O., S. 112.

röder und Donnersmarck) sich bereit erklärten, die Leistungen von Vorschüssen und die Abrechnung mit der deutschen Regierung ausschliesslich auf sich zu nehmen. Aber Dienstleistungen dieser Art konnten wir nicht annehmen. Es war schon grausam genug, dem Tribute zu unterliegen, zu dem der Gegner uns abgeschätzt hatte. Die Vereinnahmung desselben seinen (Bismarcks) Bankiers anzuvertrauen, wäre zu viel gewesen (c'eût été trop d'en confier la perception à ses banquiers).»[14b]) Er habe dann Bismarck zu verstehen gegeben, dass sich Frankreich in seinem Unglück selber helfen werde. «En cela nous cédions à un sentiment de la dignité nationale bien légitime.»[14c])

Der endgültige Friedensvertrag wurde am 10. Mai 1871 in Frankfurt a. M. unterzeichnet. Die Höhe der Tributzahlung von 5 Milliarden Franken war beibehalten worden. Trotzdem es Gladstone nicht gelungen war, die Neutralen für einen wirksamen Protest gegen allzu harte Bedingungen zusammenzuschliessen, hatte Bismarck klar gesehen, dass er sich das Wohlwollen der neutralen Staaten nur dann erhalten könne, wenn Frankreich bei Ausführung der deutschen Forderungen nicht allzu sehr geschwächt, nicht an seinem Wiederaufbau gehindert und als Grossmacht erhalten würde.

§ 2. *Die endgültigen Zahlungsbedingungen.*

Die Bestimmungen des Vorfriedens wurden endgültig im Friedensvertrag von Frankfurt/Main am 10. Mai 1871 festgelegt. Während Artikel 2 des Vorfriedensvertrages eine Tributverpflichtung von 5 Milliarden Fr. bestimmte, finden wir im Artikel 7 des Frankfurter Vertrages Bestimmungen über Zahlungsform und Termine der Zahlungen. Der Tribut darf nicht auf viele Annuitäten verteilt in einer Reihe von Jahren geleistet werden, sondern muss in wenigen grossen Raten bis zum März 1874 gezahlt sein.

Von den 5 Milliarden müssen

500,000,000 Fr. 30 Tage nach Wiederherstellung der Autorität der französischen Regierung,
1,000,000,000 Fr. im Laufe des Jahres 1871,
500,000,000 Fr. 1. Mai 1872,
3,000,000,000 Fr. bis zum 2. März 1874

bezahlt sein, so dass die gesamte Kriegsschuld bis zu diesem Datum abgetragen ist.

Die erste Halbmilliarde sollte voll bezahlt werden, während von der zweiten Halbmilliarde der Preis der Elsässischen Ostbahn, der mit 325 Millionen Franken festgesetzt wurde, abgezogen werden durfte. Die Ostbahn ging selbstverständlich mit der Annektierung des Elsass auch in die Hände des Deutschen Reiches über.

Vom 3. März 1871 an sollten die noch ausstehenden 3 Milliarden mit 5 Prozent zu verzinsen und die Zinsen jeweilig am 3. März jeden Jahres fällig sein.

[14b]) Jules Favre a. a. O., S. 112.
[14c]) Jules Favre a. a. O., S. 112.

Die Zahlungen müssen im einzelnen folgendermassen ausgeführt werden:

1871	Januar	Februar	März	Juni	August	bis Ende 1871
				500,000,000	125,000,000	875,000,000
1872	15.—1. Mai 650,000,000 (einschl. 150,000,000 Zinsen)			Juni-7. Sept. 500,000,000		
1873		1. Februar 500,000,000				
1874			1. März 1,000,000,000			
1875			1. März 100,000,000			

Es sollten also
1871 1,500,000,000
1872 1,150,000,000
1873 500,000,000
1874 1,000,000,000
1875 1,000,000,000 Fr. gezahlt werden.[15])

Es sollte in *Metall* (Gold oder Silber), in *Noten* (der Bank von England, der preussischen, der königlichen Bank der Niederlande und der belgischen Nationalbank) und in *Anweisungen* auf Ordre oder diskontierbaren *Wechseln* ersten Ranges gezahlt werden. Von Münzen durften angenommen werden:

Münzen des 30 Talerfusses, der Taler zu	Fr.	3.75
28 Kreuzer zu	»	1.—
Münzen der süddeutschen Währung, 40 Kreuzer . .	»	1.—
Münzen der österreich. Währung, 8 Silbergroschen .	»	1.—
die deutsche Mark zu	»	1.25
die Mark Banco zu	»	1,872717
der bremische Goldthaler zu	»	4.15
der niederländische Gulden zu	»	2.10
der Sovereign zu	»	25.22 [16])

[15]) Ludwig Gieseke: «Die Abnahme der französischen Kriegsentschädigung 1870/71 in Strassburg i. E.», S. 10. Veröffentlichung des Zentralverbandes des deutschen Banken- und Bankiergewerbes. Berlin 1906.

[16]) Gieseke a. a. O., S. 12.

Die Umrechnung der verschiedenen Geldsorten in französische Frankenwährung wurde vorgenommen, um den tributempfangenden verantwortlichen Stellen einen annähernd klaren Ueberblick zu verschaffen, ob die Franzosen zu jedem fälligen Termin ihre Verpflichtungen ungefähr erfüllten. Die Umrechnung war aber Frankreich gegenüber nicht bindend.

Für die Zahlungen waren solche in Noten der Bank von Frankreich nicht zulässig, nur für die erste Halbmilliarde durften 125 Millionen in Noten der Bank von Frankreich gezahlt werden. Es wurde ausdrücklich erlaubt,[17]) dass

bis 1. Juni 40 Millionen
„ 8. „ 40 „
„ 15. „ 45 „

in Noten der Bank von Frankreich gezahlt werden dürften, und zwar möglichst in Noten zu 100, 50 und 20 Fr.[18])

Für die Franzosen bedeutete das deutsche Entgegenkommen eine grosse Erleichterung, denn die Noten der Bank von Frankreich lagen bereit. Sie konnten, da die Zahlungen unmittelbar einsetzten, sogleich verwendet und die nachfolgenden in Ruhe vorbereitet werden.

Wolowski, Mitglied der Budgetkommission von 1875, errechnete eine Gesamtzahlung von 5,315,755,853.29 Fr., die sich wie folgt zusammensetzte:

Kriegsentschädigung	5,000,000,000.— Fr.
Zinsen	315,755,853.29 Fr.[19])

Von dieser Summe wurden nicht bezahlt, sondern Frankreich gutgeschrieben:

325,000,000 Fr. für die Ostbahn,
98,400 Fr. für zuviel gezahlte Kriegssteuer.

Im Regierungsblatt vom 21. Mai 1871 (Seite 243) wurde speziell angeordnet, dass den Franzosen 98,400 Fr. gutzuschreiben seien, welche diese in Form von Pariser Kriegssteuern zu viel gezahlt hatten. Wolowskis Rechnung über die Gesamtleistung übersteigt um Fr. 165,755,853.29 [20]) die deutschen Angaben, da er einen höheren Zinsendienst errechnet hat.

Durch ein Spezialabkommen, welches am 29. Juni 1872 in Versailles abgeschlossen wurde, ist es den Franzosen erlaubt worden Vorauszahlungen zu machen. Diese — nach unten limitiert — durften nicht weniger als 100,000,000 Franken betragen und sollten wenigstens einen Monat vorher angekündigt werden.

---

[17]) Deutsches Regierungsblatt vom 21. Mai 1871, S. 243 (nach Gieseke a. a. O. Seite 8).

[18]) Gieseke a. a. O., S. 8 f.

[19]) L. Wolowski a. a. O., S. 13; ebenso: Léon Say: «Rapport sur le payement de l'indemnité de guerre et sur les opérations de change qui en ont été la conséquence», abgedruckt im Anhang zu G. J. Goschen: «Theory of the foreign Exchange», trad. par Léon Say. 3. Aufl., S. 249 f. Paris 1892.

[20]) L. Wolowski a. a. O., S. 13 f.

Kapitel II:

Die Aufbringung.

§ 1. *Die äusseren Mittel der Aufbringung und Zahlung*

Das Transferproblem, das grosse Problem der Tributverpflichtung Deutschlands an Frankreich nach dem verlorenen Weltkrieg, spielte bei den Zahlungen Frankreichs an Deutschland nach dem Krieg 1870/71 keine entscheidende Rolle. Deutschland dachte damals nicht daran, den Transfer der geforderten Milliarden zu hindern, sondern hat ihn nach Kräften erleichtert. Das grosse Problem, welches Frankreich damals lösen musste, war das Problem der Aufbringung.

Die äusseren Mittel, derer sich Frankreich bediente, um sich seiner Tributlast von 5 Milliarden zu entledigen, lassen sich in 4 Kategorien einteilen, die einen sehr verschiedenen Anteil an der Abzahlung hatten. Die Kategorien umfassen:[21])

I. Kategorie:	a)	Kompensationen in Höhe von . .	Fr.	325,098,400.—
II. Kategorie:	b)	fremde Banknoten, deutsches Geld, Gold und Silber	Fr.	742,334,079.03
III. Kategorie:	c)	Noten der Banque de France . .	Fr.	125,000,000.—
	d)	deutsche Banknoten	Fr.	105,039,145.18
		(von denen mehr als die Hälfte, nämlich Fr. 62,500,000 aus den beiden ersten Milliarden stammen)[22])		
	e)	französisches Gold	Fr.	273,003,058.10
	f)	französisches Silber	Fr.	239,291,875.75
IV. Kategorie:	g)	Devisen	Fr.	4,248,326,374.26
		davon waren deutsche und sofort verwendbare Wechsel	Fr.	2,799,514,183.72
		und nicht deutsche Werte, aber Mark Banko-Werte eingerechnet	Fr.	1,448,812,190.45

Aus diesen Zahlen sehen wir sofort, dass der Wechsel das hauptsächlichste Zahlungsmittel der französischen Regierung war. Bei allen Zahlungsterminen wurde mit seiner Hilfe der weitaus grösste Betrag gezahlt. «De ces procédés, le plus productif a été l'acquisition de lettres de change».[23]) «Ce portefeuille, nous savons qu'il a renfermé plus de 120,000 effets, pour une valeur de 4 milliards 248 millions de francs».[24])

Zwischen Deutschland und Frankreich war vereinbart worden, dass die Zahlungen an verschiedenen Plätzen geleistet werden sollten. Einer der wichtigsten dieser Plätze war Strassburg. Wir besitzen gerade von Strassburg ein sehr interessantes Dokument, das uns über die Zahlungen, die dort

---

[21]) Léon Say a. a. O., S. 266, 272, 288.
[22]) Léon Say a. a. O., S. 246.
[23]) Léon Say a. a. O., S. 312.
[24]) Léon Say a. a. O., S. 312.

gemacht worden sind, bis ins kleinste genau berichtet. Es sind dies die Aufzeichnungen Ludwig Giesekes, der, als deutscher Rechnungsbeamter nach Strassburg geschickt, die französischen Zahlungen hier entgegenzunehmen hatte.

Gieseke teilt die in Strassburg übergebenen Beträge in 4 Perioden ein, scheidet die Beträge in Gold, Silbergeld (deutsches und französisches), Banknoten und Anweisungen (deutsche und französische) und Wechsel. Diese Tabelle [25]) gibt uns ausserordentlich deutlichen Aufschluss über die Gewichtigkeit jedes Zahlungsmittels, wenn man die Gesamtsumme in Betracht zieht.

Zusamenstellung aller Zahlungsmittel der in Straßburg eingezahlten Beträge	Gold (franz.)		Silbergeld deutsches		Silbergeld französisches		Banknoten und Kassenanweisungen (außer französischen)	
	Fr.	Cts.	Fr.	Cts.	Fr.	Cts.	Fr.	Cts.
I. Periode 1871	109,000,000	00	44,823,985	10	41,020,805	43	30,695,195 125.000,000 Banque de France Noten	14 00
II. Periode 13. 1. - 11. 4. 1872	181,132	89	676,494	29	2,490,002	00	762,427	10
III. Periode 9. 8. - 10. 10. 1872	49,985	00	26,032,772	69	32,030,370	80	14,027,970	46
IV. Periode 1873	97,463,500	00	2,430,313	29	209,665,336	09	10,985,429	95
Zusammen	206,694,677	89	73,963,565	37	285,206,514	32	56,471.022	65

Zusammenstellung aller Zahlungsmittel der in Straßburg eingezahlten Beträge	Wechsel		Summe aller Zahlungsmittel		Für Geldsäcke angerechnet	
	Fr.	Cts.	Fr.	Cts.	Fr.	Cts
I. Periode 1871	717,771,593	06	1,068,336,613	33	24,974	60
II. Periode 13. 1. - 11. 4. 1872	622,290,896	13	626,401,135	06	182	65
III. Periode 9. 8. - 10. 10. 1872	377,699,079	45	449,853,695	65	13,517	25
IV. Periode 1873	379,765,337	65	700,329,031	13	19,114	15
Zusammen	2,097,526,906	29	2,844,920,475	17	57,788	65

Wir sehen hier, dass von Fr. 2,844,920,475.17, die in Strassburg bezahlt wurden, Fr. 2,097,526,906.29 in Wechseln gezahlt wurden, also Wechsel auch in Strassburg den grössten Anteil an der Zahlung hatten. Gieseke stellt

[25]) L. Gieseke a. a. O., Tafel IV.

in einer andern Tafel alle in Strassburg abgelieferten Wechsel zusammen. Wieder teilt er die Wechselablieferungen in 4 Perioden ein. Ausserdem gibt er die verschiedenen Länder an, auf die die Wechsel lauteten, jedes Mal den höchsten und niedrigsten Wechsel und die Stückzahl.[26])

	an englischen Plätzen					an holländ. Plätzen					an belgischen Plätzen				
				Wechsel niedr.	höchste				Wechsel niedr.	höchste				Wechsel niedr.	höchste
	Stück	Fr.	Cts.	£		Stück	Fr.	Cts.	fl.		Stück	Fr.	Cts.	Fr.	Fr.
Periode I. 8. 7. - 9. 9. 71	1930	385,466,713	35	4	1,265,000	584	117,580,417	—	355	2,500,000	315	72,382,060	77	55	8,000,000
Periode II. 1872 13. 1. - 8. 3. 73	68	170,235,000	—	50,000	100,000	976	127,949,588	14	284	2,000,000	1715	71,602,559	36	100	2,000,000
Periode III. 1873															
Periode IV.	5	12,650,000	—	100,000	100,000										

	an deutschen Plätzen Taler à Fr. 3 75					an deutschen Plätzen Gulden fl. = 2 Fr. 14 2/7 Cts.					in Hamburg Banco MBo = 1 Fr. 87 1/2 Cts.				
				Wechsel niedr.	höchste				Wechsel niedr.	höchste				Wechsel niedr	höchste
	Stück	Fr.	Cts.			Stück	Fr.	Cts.			Stück	Fr.	Cts.		
Periode I 8. 7. - 9. 9. 71	1056	73,828,574	15	47	2,518,385	39	15,198,214	26	4,000	500,000	418	53,328,822	84	111	1,800,000
	4372 Wechsel über 717,784,802.37 Fr.														
Periode II. 1872 13. 1. - 8 3. 73	727	178,638,440	48	48	4,000,000	14	10,618,538	13	100,000	900,000	1013	63,246,770	02	181	2,950,000
	4513 Wechsel über 622,290,896.13 Fr.														
Periode III. 1873	3263	103,671,258	66	52	1,314,185	364	125,386.422	52	110	21,057,940	1480	148,641,398	27	82	24,701,357
	5107 Wechsel über 377,699,079.45 Fr.														
Periode IV.	7914	319,678,375	99	13	1,107,360	576	16,814,222	45	32	2,343,500	2039	30,622,739	21	108	3,120,000

Die Durchschnittsbeträge der Wechsel sind in den verschiedenen Zahlungsperioden sehr verschieden gewesen. Sie wurden von Periode zu Periode kleiner und waren manchmal auf lächerlich kleine Beträge ausgestellt. Der Durchschnittsbetrag aller Wechsel sank von:

165,312 Fr. der I. Periode
auf 136,637 „ II. „
auf 73,957 „ III. „
auf 36,053 Fr. „ IV. „ [27])

Der Durchschnittsbetrag der *deutschen* Wechsel betrug 93,778 Fr. in der I. Periode, erreichte seinen Höhepunkt mit 140,749 Fr. in der II. Periode wegen des grossen darin enthaltenen Finanzwechsels; sank auf 73,957 Fr. in der III. Periode trotz des grössten Wechsels aller Perioden und sank weiter auf 35,437 Fr. in der IV. Periode.

Der kleinste Wechsel lautete auf 13 Taler 11 Groschen 7 Pfennige, der grösste auf 24,701,357 Mark. Er wurde vom Comptoir d'Escompte Paris auf das Bankhaus L. Behrens und Söhne, Hamburg, gezogen.

---

[26]) L. Gieseke a. a. O., Anhangstafel.

[27]) L. Gieseke a. a. O., S. 36.

Die Zusammenstellung der niedrigsten und höchsten Wechsel, die in Strassburg übergeben wurden, verdanken wir wieder Gieseke. Er ordnet die Wechsel nach den Währungen, auf die sie lauten, und gibt uns im übrigen noch an, auf wen sie gezogen sind.[28])

Wechsel	Niedrigste Beträge 415 sh.	Höchste Beträge 2,000,000 Fr.	Zahlungspflichtige
Holl. Gulden	32 fl.	2,500,000 fl.	Goldschmidt Amsterdam, gezogen v. Rothschild, Paris
belg. Franken	55 Fr.	8,000,000 Fr.	S. Lambert, Brüssel gezogen v. Rothschild Paris
Taler	13	400,000	Bleichröder, Berlin gezogen v. Rothschild Paris
südd. Gulden	32 fl. 34 Kreuzer	21,057,940 fl. 53 Kr.	J. S. H. Stern, Frankfurt, gezogen v. Finanzminister Paris
Mark Banko	82 Mk. 3 sh. 5 Pf.	24,701,357 Mk. 10 sh. 8 Pf.	G. L. Behrens & Söhne, Hamburg, gezogen v. Comptoir d'Escompte, Paris
Reichsw. Mark	108 Mark	3,120,000 Mk.	Norddeutsche Bank Hamburg

Bei Giesekes Aufzeichnung ist der Anteil der Banknoten an den Zahlungen sehr gering, da die Noten meist sofort zur Landeshauptkasse für Rechnung Reichshauptkasse wanderten. Für die drei ersten Zahlungen am 1., 8., 15. Juni 1871 in Strassburg gibt Gieseke sogar die Stückelung und Anzahl der Noten an.[29])

I. Zahlung 1. Juni 1871

30 Millionen in 1000 Fr. Noten
5 „ „ 500 „ „
4 „ „ 100 „ „
1 „ „ 20 „ „
40 Millionen

[28]) L. Gieseke a. a. O., letzte Anhangstafel.
[29]) L. Gieseke a. a. O., S. 10.

II. Zahlung 8. Juni 1871

26	Millionen	in	1000	Fr.	Noten
7½	„	„	500	„	„
6½	„	„	100	„	„
40	Millionen				

III. Zahlung 15. Juni 1871

30	Millionen	in	1000	Fr.	Noten
8	„	„	500	„	„
6	„	„	100	„	„
1	„	„	20	„	„
45	Millionen				

Die Ueberweisung der 5 Milliarden wurde in zwei grosse Zahlungsabschnitte eingeteilt, nämlich in die Zahlung der zwei und die der drei Milliarden. Die erste Zahlung begann am 1. Juni 1871 und endete am 6. März 1872. Sie war in 16 Raten eingeteilt und umfasste mit Kapital und Zinsen einen Betrag von 2,161,958,767.43 Fr., wovon der Wert der Ostbahn und die Rückgabe der Summe von 98,400 Fr. an die Stadt Paris (zusammen 325,098,400 Fr.) abgezogen wurden, so dass tatsächlich noch 1,836,860,367.43 Fr. gezahlt worden sind. Und zwar wie folgt:[30])

Noten der Banque de France	125,000,000.— Fr.
Französisches Gold	109,001,502.85 Fr.
„ Silber	63,016,695.— Fr.
Bargeld und deutsche Banknoten	62,554,115.93 Fr.
Taler	312,650,509.01 Fr.
Frankfurter Gulden	25,816,752.37 Fr.
Mark Banco	116,575,592.13 Fr.
Holländische Gulden	250,540,821.46 Fr.
Belgische Franken	147,004,546.40 Fr.
Pfund Sterling	624,699,832.28 Fr.
Im Ganzen	1,836,860,367.43 Fr.

Die Zahlung der 3 Milliarden begann am 29. August 1872 und endete am 5. September 1873. Sie wurde in 17 Teilzahlungen zerlegt. Durch Zinsen und Unkosten erhöhten sich die 3 Milliarden auf 3,153,800,085.86 Fr. Sie setzten sich zusammen aus:[31])

[30]) Léon Say a. a. O., S. 246.

[31]) Léon Say a. a. O., S. 246.

Französischem Gold	164,001,555.25 Fr.
„ Silber	176,275,180.75 Fr.
Bargeld und deutschen Banknoten	42,485,029.25 Fr.
Taler	2,172,663,212.03 Fr.
Frankfurter Gulden	209,311,400.42 Fr.
Mark Banko	148,641,398.27 Fr.
Reichsmark	79,072,309.89 Fr.
Belgischen Franken	148,700,000.— Fr.
Pfund Sterling	12,650,000.— Fr.
Im Ganzen	3,153,800,085.86 Fr.

Für die Tributzahlungen sind einschliesslich der Zinsen und sonstigen Kosten folgende Beträge in folgenden verschiedenen Währungen verwendet worden: [31 a)]

		Mittelkurs	Franz. Francs
Taler	690,907,104	3,7910	2,619,228,831 Fr.
Livres Sterling	60,583,452	25,4943	1,544,532,725 Fr.
Mark Banco	280,707,013	1,9089	535,841,617 Fr.
Francs belges	518,209,291	1,0061	521,370,367 Fr.
Florins de Hollande	150,549,519	2,1509	323,816,960 Fr.
Florins de Francfort	110,341,200	2,1637	238,745,254 Fr.
Mark	63,275,492	1,2528	79,271,536 Fr.
		Zusammen:	5,862,807,290 Fr.

Von den fremden Währungen wurden in deutsche Werte (Mark oder Taler) konvertiert:

von	60,583,452 Livres Sterling wurden	31,687,315	konvertiert
»	280,707,013 Mark Banko wurden	120,194,296	»
»	518,209,291 belgischen Franken wurden	210,966,580	»
»	150,549,519 holländischen Gulden wurden	33,361,898	» [31 b)]

Von den 690,907,104 Talern wurden 415,205,378 Taler direkt erworben.. Der Rest wurde beigebracht durch Konversion folgender Werte:

22,621,312	holländische Gulden in	12,704,151 Taler
161,383,961	belgische Franken in	43,022,026 »
116,136,790	Mark Banko in	58,077,232 »
24,000,985	Livres Sterling in	161,898,317 » [31 c)]

Von den 280,707,013 Mark Banko wurden 207,566,408 direkt erworben. Der Rest wurde beigebracht durch Konversion folgender Werte:

[31 a)] Léon Say a. a. O., S. 290.
[31 b)] Léon Say a. a. O., S. 291.
[31 c)] Léon Say a. a. O., S. 291.

8,463,621 holländische Gulden in	9,483,638	Mark	Banko
45,571,919 belgische Franken in	24,321,351	»	»
2,894,698 Livres Sterling in	39,335,616	»	» [31d)]

Von den 110,341,200 Frankfurter Gulden wurden 76,254,063 direkt erworben. Der Rest wurde beigebracht durch Konversion folgender Werte:

2,176,309 holländische Gulden in	2,127,706	Frankf.	Gulden
4,010,699 belgische Franken in	1,868,156	»	»
2,000,000 Mark Banko in	173,033	»	»
2,528,544 Livres Sterling in	29,918,242	»	» [31e)]

Von den 63,275,492 Mark wurden 15,266,175 direkt erworben. Der Rest wurde beigebracht durch Konversion folgender Werte

109,654.— holländische Gulden in	185,329	Mark
3,857,506 Mark Banko in	5,788,672	»
2,061,345.— Livres Sterling in	42,035,316	» [32)]

§ 2. *Die inneren Elemente der Aufbringung und Zahlung.*

Die ökonomische, im Gegensatz zur technischen, Aufbringung von Tributen ist theoretisch möglich, so lange die jährliche Forderung nicht grösser ist als das jährliche Sozialprodukt des Schuldnerlandes abzüglich der Mittel für Konsum und Reproduktion. Mässige Forderungen des Siegers können aus den Rücklagen des besiegten Volkes erfüllt werden. Die abströmenden Tribute gehen für den Konsum oder die Kapitalbildung verloren. Die Durchführung des Grenzfalles, bei dem die Forderung des Siegers gleich dem Gesamtvermögen des besiegten Landes ist, müsste die Existenz des besiegten Staates und seiner Wirtschaft in Frage stellen.

Dieser Grenzfall ist in der Geschichte keine Seltenheit gewesen, und die Forderungen der Sieger nach dem Weltkrieg näherten sich ihm bedenklich. Deutschland, eines grossen Teils seines Volksvermögens beraubt, sollte Tribute zahlen in einer Höhe, die seine Rücklagen hundertfach überstiegen. Aufbringung und Zahlung mussten daher für unübersehbare Zeit auf kommende Jahrzehnte verteilt werden. Die Durchführung dieser furchtbaren Dauerbelastung hätte das deutsche Volk in den Abgrund gestürzt. Die bis ins Unmass übersteigerten Forderungen bewirkten endlich die völlige Einstellung der Zahlungen.

Die finanziellen Bedingungen, die Deutschland 1871 an Frankreich stellte, sind verhältnismässig leicht gewesen. Die Tribute konnten aus den Ersparnissen des französischen Volkes, den Barvorräten an Edelmetall und den Guthaben und Forderungen an das Ausland bezahlt werden. Keine Vermögenssteuer, keine erzwungene Konsumeinschränkung, keine Lohnkürzung, Importdrosselung oder Exportforcierung auf lange Zeit war nötig,

---

[31d)] Léon Say a. a. O., S. 292.
[31e)] Léon Say a. a. O., S. 291.
[32)] Léon Say a. a. O., S. 292.

um die Zahlungen zu ermöglichen. Es konnte mit einer «merveilleuse facilité» [33]) gezahlt werden, denn «si cette exportation sans compensation réelle pour la France, n'a pas encore été très sensible à notre pays, c'est qu'au moment de la guerre la France possédait une masse énorme d'épargnes non employées, flottantes. Pendant les premières années du second empire, elle avait beaucoup produit, surtout par le développement de ses industries et de son commerce: et malgré de nombreuses améliorations nationales, telles que les chemins de fer, elle avait beaucoup épargné. Sa richesse était exubérante, et se répandait au dehors en alimentant des Etats étrangers besogneur ou, des entreprises étrangèrs, qui, faibles de crédit servaient aux prêteurs de forts beaux intérêts.».[34])

In Frankreich und in der übrigen Welt sah man die Wirkung der Frankreich auferlegten Verpflichtung sehr verschieden an. Während Thiers von einer «wahren Erleichterung» sprach, als er die Bedingungen erfuhr, und am 22. Juli 1871 in der Nationalversammlung sagte, «la France a encore tout ce qu'il faut pour être la France»[35]), drückte sich Wolowski wesentlich pessimistischer aus. «Jamais un peuple n'eut a supporter une charge aussi lourde».[36]) Um die gleiche Zeit schrieb John Stuart Mill seinem Freund Gustave d'Eichthal: «Quelles que puissent pour la France les suites immédiates de ces événements, il ne lui faudra pas beaucoup d'années pour redevenir aussi grand qu'auparavant».[37])

Das Vertrauen des französischen Volkes auf die gesunde Finanzpolitik seines Landes, auf die intakt gebliebenen Finanzen, seine Disziplin und Vaterlandsliebe haben vor allem die schnelle Durchführung und die fast reibungslose Abwicklung der Tributzahlungen möglich gemacht.

Die Zahlungen Frankreichs an Deutschland in Höhe von 5,301,145,078.44 Franken sind in einem Zeitraum von 27 Monaten durchgeführt worden. Es ist die bis dahin grösste Finanzoperation gewesen, die die Finanzgeschichte kennt. «La plus gigantesque opération financière qu'ait encore vue le monde».[38]) Sie fällt in die Zeit des aufblühenden Hochkapitalismus und wird mit dessen hervorragendstem Werkzeug, dem Kredit, ermöglicht. Dieser Kredit steht Frankreich nicht nur im eigenen Land und in dem des Gläubigers (siehe Rom - Kleinasien) zur Verfügung, sondern auf allen grossen europäischen Geldmärkten, die in engster Zusammengehörigkeit arbeiten. Léon Say sagte darüber: «La concentration des efforts de toutes les banques de l'Europe a produit des résultats d'une grandeur inespérée. C'est là un fait nouveau dans l'histoire économique de l'Europe, et il convient d'y attacher une importance particulière».[39])

---

[33]) Paul Leroy-Beaulieu: «La situation économique des principaux états de l'Europe», in «Revue des deux mondes», 4. Nov. 1876, S. 618.

[34]) A. de Malarce: «Les milliards de M. de Bismarck». Economiste français, 1873, S. 203.

[35]) Thiers: «Discours», Bd. XII, S. 418, publ. par M. Calmon. Paris 1879—1883.

[36]) L. Wolowski a. a. O., S. 2.

[37]) John Stuart Mill: «Correspondance inédite avec G. d'Eichthal 1828—71». S. 229. Paris 1898.

[38]) P. Leroy-Beaulieu: «L'Opération financière de la Libération du Territoire». Economiste français, 1873, S. 617.

[39]) Léon Say: «Rapport sur le payement de guerre et sur les opérations de change qui en ont été la conséquence». Journal Officiel. 2 nd. S. 280. Déc. 1874.

An der Ausführung der Tributzahlungen war vor allem das Bankhaus Rothschild, Vertrauensinstitut der französischen Regierung, beteiligt. Der grosse Einfluss seines Chefs erstreckte sich nicht nur auf französische, sondern auch auf Wiener und Londoner Grossbanken und Börsen. Sowohl in Wien als in London spielten die Vettern von Alphonse Rotschild, auch Besitzer des Bankhauses gleichen Namens, eine mächtige Rolle im Finanzleben. In London beherrschte Lionel Rothschild, der Freund Disraelis, Börse und Geldmarkt. Dies war für Frankreich von allergrösster Bedeutung. Lionel bemühte sich, gleichzeitig mit Alphonse, im Interesse Frankreichs den französischen Wechselkurs hoch zu halten. Er gründete zu diesem Zweck eigens ein Bankkonsortium, dem er als Präsident vorstand.

Die grössten Finanzhäuser Europas stellten sich Frankreich als Kreditgeber zur Verfügung. Dies ist um so erstaunlicher, als Frankreich den Krieg verloren hatte. Aber Frankreichs Position war in den Augen der finanziellen Welt unerschüttert geblieben, und den Banken bedeutete es kein finanzielles Wagnis, sich an der grossen Finanzoperation zur ökonomischen Aufbringung des Tributes zu beteiligen. Um so mehr, als alle Sachverständigen sich dahin geäussert hatten, dass die Tributlasten für Frankreich tragbar und ohne grosse Schwierigkeiten durchführbar seien, wenn die internationale Finanzwelt bereit sei mitzuhelfen. Für die Grossbanken der verschiedenen Länder bedeutete die aktive Mithilfe nicht nur kein Risiko, sondern ein grosses und sicheres Geschäft.

a) *Bargeld und Notenbeschaffung.*

Die Summe von 5 Milliarden setzte sich aus Bargeld, Noten und Wechseln zusammen, von denen Bargeld und Noten den kleinsten, die Wechsel den grössten Anteil an der Gesamtsumme hatten.

Im Verhältnis zur gesamten Tributsumme hat Frankreich nur wenig in barem Geld bezahlt, denn das Land konnte sich nicht seines gesamten Gold- und Silberbestandes berauben. Zur Zeit der ersten Tributzahlungen war in Frankreich viel bares Geld vorhanden. 4 Jahre vor Beginn des Krieges hatten ein paar grosse französische Industrieunternehmen Konkurs angemeldet, wodurch das aktienbesitzende Publikum schwer getroffen worden war. Das Vertrauen in die Unternehmungen war erschüttert, ein grosser Teil des Publikums zog sein Geld aus den Unternehmungen heraus und legte es als Depositum an. Die politische Unsicherheit andrerseits hielt die industriellen Kreise von Neugründungen und Erweiterungen und das sonst anlagesuchende Publikum vor Festlegung ihrer Ersparnisse ab. Mehr als eine Milliarde Franken strömte in die Tresors der Banque de France. «L'or et l'argent monnayés excédèrent les besoins de transaction et plus d'un milliard alla s'entasser inactif dans les caves de la Banque de France».[40]) Der Diskont sank von 5 auf 2½ % (1867—1870).

Ausser diesen in den Banken ruhenden Ersparnissen standen der französischen Regierung noch andere Barbeträge zur Verfügung, nämlich die in Strümpfen und Geldschränken gehorteten Geldmengen, deren Höhe nicht zu unterschätzen ist. Der «Economiste français» schreibt darüber: «Une forte partie de revenu national restait ainsi en réserve et improductive dans les coffres forts ou dans les cachettes. Nul part en Europe n'y avait une

---

[40]) A. de Malarce a. a. O., S. 203.

semblable abondance de capitaux ocultes».[41]) Leroy-Beaulieu schätzte die namentlich von französischen Bauern gehamsterten Beträge an gemünztem Metall auf zirka 2 Milliarden.[42]) Einen grossen Teil dieses gehamsterten Bargelds stellten seine Besitzer dem Schatzamt sofort zur Verfügung und nahmen bereitwilligst französische Staatspapiere dafür entgegen. Noch über ein drittes Bargelddepot konnte das französische Schatzamt disponieren. Es waren dies die Ersparnisse, die der Staat seit langem an sich zu ziehen gewohnt war, die ihm darum auch sofort und ohne weiteres zur Verfügung standen und einen hohen Betrag lieferten. Es gab in Frankreich sogenannte «caisses des dépots et consignations». In diese Kassen flossen die täglichen Sportel- und Gebühreneinnahmen, die Kautionen der Beamten und Unternehmer, die Sparkassenbestände und die Steuervorauszahlungen. Barbeträge in ausländischer Valuta flossen dem französischen Schatzamt zu in Folge der Einzahlungen fremder Staaten für die französischen Anleihen, von denen später noch zu reden ist. Von den 273,003,058.10 Fr. in Gold sind 150 Millionen von der Banque de France geliefert worden. Das französische Schatzamt hatte mit der Banque de France ein Abkommen über Lieferung von 200 Millionen in Gold getroffen. Von diesem Betrag verwendete die Regierung vorerst 150 Millionen als Zahlung an Deutschland. Sowohl für die Banque de France, als die französische und auch die deutsche Regierung war die Bezahlung in Gold von grösstem Vorteil. Aus folgendem Grund für die Banque de France: die gesetzliche Umlaufsmenge für Noten betrug nach dem Gesetz vom 15. Juli 1872 3 Milliarden 200 Millionen Franken. Im Umlauf waren zu dieser Zeit 2,800,000,000 Franken. Die Banque de France hatte also eine Reserve von 400 Millionen in Noten, die sie für Diskontmanipulationen nötig hatte. Es wäre also gefährlich gewesen, von dieser Summe fast die Hälfte abzuziehen, wenn es auch nur für kurze Zeit gewesen wäre. — Die französische Regierung übernahm das Gold umso lieber, als sie dadurch der Notwendigkeit enthoben wurde, in Höhe dieser 150 Millionen in Gold mit französischen *Noten* Wechselankäufe zu machen.

Der Vorteil, welchen Deutschland davon hatte, lag nicht so offen erkennbar da. — Deutschland, das sich gerade im Uebergang von der Silber- zur Goldwährung befand, kaufte vor allem in England Gold. Zu gleicher Zeit, als Frankreich die 150 Millionen in Gold an Deutschland ablieferte, lag in Frankreich die 3 Milliarden-Anleihe auf. Hätte Deutschland die 150 Millionen nicht in Gold erhalten, sondern sie erst bei der Bank of England gekauft, so hätte England zur Diskonterhöhung schreiten müssen, und dies hätte weitergreifend eine Kapitalversteifung in Paris zur Folge gehabt. Dadurch wäre der Erfolg der 3 Milliarden-Anleihe gefährdet worden. Schon im Februar 1874 sind die 200 Millionen Fr. der Banque de France vom französischen Schatzamt zurückgezahlt worden. — Die restlichen 123 Millionen in Gold wurden an verschiedenen Geldplätzen vom französischen Schatzamt gekauft oder stammten einmal aus Beträgen, die bei den öffentlichen Kassen einliefen, oder andernteils aus Guthaben, die durch Warenexporte nach Deutschland entstanden waren und jetzt zurückgezogen wurden.

An Silbergeld sind der deutschen Regierung 239,000,000 Fr. übergeben worden. Wieder stammte der grösste Teil aus Beständen der Banque de France und der öffentlichen Kassen. Ein Teil wurde mit Hilfe privater

[41]) P. Leroy-Beaulieu a. a. O., S. 618.

[42]) L. v. Hirschfeld: «Die Finanzen Frankreichs nach dem Kriege 1870/71», S. 63, Berlin 1875.

Händler, welche das Silber dem Umlauf durch Kauf entzogen, aufgebracht und dem Schatzamt angeboten. 92,792,445 Fr. in Feinsilber stammten sogar aus Deutschland. Dieses Feinsilber wurde nach Paris gebracht, in 5 Fr. ausgeprägt und zur Zahlung an Deutschland verwendet. Allein aus Hamburg bezog Frankreich für 35,643,729 Fr. Silber.[43]) Nach einem Abkommen des französischen Schatzamtes mit einigen Hamburger Bankhäusern über längere Zeit laufende Kreditwechsel waren diese verpflichtet, in obiger Höhe Taler oder Feinsilber zu liefern. Die Verteilung der Lieferung auf eine längere Zeitperiode konnte den Hamburger Häusern nur willkommen sein, denn sie hätten die zugesicherten Silbermengen gar nicht auf einmal liefern können. Die Hamburger Girobank, ein Unternehmen, das nach 256jährigem Bestehen seit längerer Zeit liquidieren wollte, es aber ohne grosse Verluste nicht hätte tun können, zog aus der Beteiligung an obigem Geschäft ausser einem Reingewinn von 60,000 Mark den Nutzen einer verlustlosen und ruhig verlaufenden Liquidation.

Es blieb der französischen Regierung überlassen, die auf Mark-Banko lautenden Wechsel in Taler oder Feinsilber einzulösen. «Suivant le cours, le Trésor vendait ses effets en marcs banco ou faisait venir de l'argent.»[44]) Das französische Schatzamt bezog also entweder Silber oder verkaufte die Mark-Banko-Wechsel je nach der Notwendigkeit, den französischen Kurs zu halten oder das Feinsilber billig in Taler umzuwandeln.

Ein ziemlich hoher Betrag, nämlich 73,963,565.37 Fr., wurde von Frankreich in *deutschem* Silbergeld übergeben. Ein grosser Teil davon befand sich in Frankreich. Deutsche Offiziere und Soldaten hatten während des Krieges in den besetzten Gebieten ihre persönlichen Einkäufe mit deutschem Silbergeld bezahlt. Gezwungenermassen hatten die Franzosen es angenommen und lieferten es nun bereitwilligst ab, als das französische Schatzamt dazu aufforderte. — Ausser den Zahlungen in Silber und Gold bediente sich die französische Regierung der Zahlung in Noten. Die ersten 125 Millionen in Noten, die einzigen *französischen* Noten, die verwendet werden durften, lieferte die Banque de France dem französischen Schatzamt. Nach kurzer Zeit schon wurde diese Schuld an die Banque de France abgetragen. Im übrigen trat das Schatzamt selber an allen Geldmärkten als Notenkäufer auf.

b) *Die Wechselbeschaffung.*

Der Bargeld- und Notenanteil an den Gesamtzahlungen von 5,3 Milliarden ist im Vergleich mit dem Anteil, den die Wechsel ausmachen, gering. Es bleibt zu erklären, wie es dem französischen Schatzamt gelungen ist, sich ein Wechselportefeuille von 4,248,000,000 Fr. zu verschaffen. Der Besitz an Wechseln kann — ausser vom Kreditwechselkauf — noch von fünf verschiedenen Geschäften herrühren. Nämlich vom:

1) *Warenhandel.* Frankreich erhält für Waren, die ins Ausland geliefert werden, seine Bezahlung in Wechseln. Aber

1869	hatte	Frankreich	einen	Waren-Importüberschuss	von	78,200,000 Fr.
1870	„	„	„	„	„	65,300,000 Fr.
1871	„	„	„	„	„	694,200,000 Fr.

[43]) Léon Say a. a. O., S. 273.

[44]) Léon Say a. a. O., S. 273.

und erst

1872	„	„	„	Waren-Exportüberschuss	„ 191,300,000 Fr.
1873	„	„	„	„	„ 326,700,000 Fr.[45])

Es machten also die Warenexportüberschüsse der Jahre 1872 und 1873 die Importüberschüsse des Jahres 1871 wett. Das ungeheure Wechselportefeuille konnte also nicht aus Geschäften des Warenhandels stammen.

2) *Edelmetallhandel.* Die Bewegung der Edelmetalle ist nicht so leicht zu erfassen wie die der Waren. Die amtliche Statistik fusst auf den bei den Zollämtern einlaufenden Deklarationen, die oft ungenau und zu niedrig angegeben sind, um Versicherungskosten zu sparen. Say[46]) gibt uns die Bewegung der Edelmetalle (Gold und Silber in Barren und Münzen) für die Jahre 1867—1873 an, fügt aber gleich hinzu, dass er sie selber nicht für ganz zuverlässig halte. Immerhin, sagt er, würden sie annähernd stimmen. Say stellt fest, dass auch der Münzexport in den Jahren 1870—73 kein wichtiger Faktor für den grossen Wechselbesitz gewesen sein kann. Während nämlich der von Say geschätzte Export an Edelmetall ungefähr 700 Millionen Fr. betrug[47]), wurden Deutschland zirka 500 Millionen in Edelmetall übergeben, so dass für die Bewegung der Edelmetalle nur 200 Millionen Fr. übrig blieben, die für die Beschaffung von Wechseln dienen konnten. Wiederum ein kleiner Betrag im Verhältnis zu dem Wechselbesitz im Werte von zirka 4 Milliarden.

3) *Fremdenverkehr.* Die Wechselbeträge, welche durch Ausländer, die in Frankreich reisten und lebten, einströmten, beliefen sich ungefähr auf 200 Millionen Fr.[48]) Auch diese Summe fällt nicht als massgebendes Element der Wechselbeschaffung ins Gewicht.

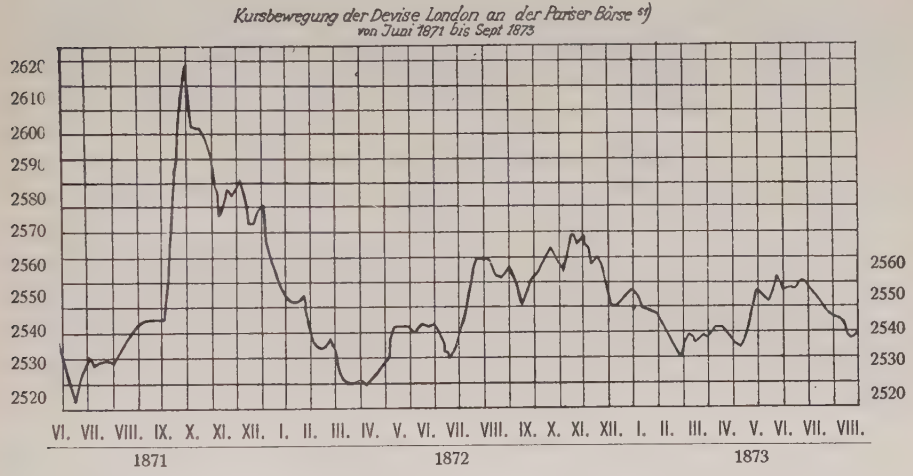
4) *Zinserträgnis von Kapitalien, die im Ausland angelegt sind.* Auch diese Erträgnisse haben nicht das ungeheure Wechselportefeuille geschaffen. Zwar brachten sie jährlich einen Betrag von 600—700 Millionen Fr.[49]), aber diese Zinsen wurden zum grossen Teil wieder im Ausland investiert. Es bleibt also nur

5) *Der Besitz an ausländischen Effekten.* Der auserordentlich grosse Besitz der Franzosen an ausländischen Effekten gab die Möglichkeit, das Wechselportefeuille in Höhe von 4 Milliarden zur Verfügung zu haben. Seit den letzten 25 Jahren hatte Frankreich mehr und mehr ausländische Werte erworben. Say gibt die jährliche Zunahme an ausländischem Effektenbesitz Frankreichs mit 700—800 Mill. an.[50]) Seit der Mitte des Jahrhunderts nahm der ausländische Effektenbesitz der Franzosen von Jahr zu Jahr schneller zu. Die französischen Kapitalisten haben ihre ausländischen Effekten und die Coupons der ausländischen Werte, die in Frankreich lagen und zusammen einen Betrag von mehr als 4 Milliarden ausmachten, der französischen Regierung zur Verfügung gestellt. Die Regierung bemächtigte sich ihrerseits aller

---

[45]) Léon Say a. a. O., S. 289.
[46]) Léon Say a. a. O., S. 290.
[47]) Léon Say a. a. O., S. 296.
[48]) Léon Say a. a. O., S. 295.
[49]) Léon Say a. a. O., S. 294.
[50]) Léon Say a. a. O., S. 297.

Guthaben, die auf dem Wechselmarkt erhältlich waren. Für mehr als 2 Jahre traten sie und ihre Agenten als bedeutendste Wechselkäufer auf. Die Bedingungen, zu denen die Wechsel gekauft wurden, besserten sich für die Regierung von Jahr zu Jahr. Anhand der Kursbewegung der Devise London an der Pariser Börse für die Jahre 1871—73 lässt sich dieses sehr gut nachweisen.



Der Durchschnittskurs der angekauften Wechsel auf London war 25 Fr. 4943, der höchste Kurs wurde Oktober 1871 mit 26 Fr. 1834 erreicht. Durch überstürzte Käufe, die immer preissteigernd wirken, war es zu dieser aber nur kurz andauernden Preissteigerung des englischen Pfundes gekommen. Von Mitte Januar 1873 an bewegt sich der Kurs zwischen 25.50 und 25.35 Franken.

Während der ganzen Ankaufperiode trat das französische Schatzamt in engste Fühlung mit sämtlichen Grossbanken, die an der Beschaffung der Wechsel im grössten Masse beteiligt waren. Der französische Fiskus schloss unter anderen mit einem Konsortium europäischer Banken einen Vertrag, laut dessen diese Banken verpflichtet wurden, 700 Millionen Franken in Wechseln zu liefern. Die Verteilung des Ankaufs auf eine so breite Basis verhalf dem Schatzamt zu einem niedrigen Preis der Wechsel «et a permis au Trésor français de terminer ses achats dans des conditions qu'on peut considérer comme excellentes».[52])

§ 3. *Die Finanzierung des Wechselankaufs durch Anleihen*

a) *Steuer oder Anleihe.*

Das französische Schatzamt hatte zur Finanzierung seiner Wechselankäufe zwei Wege. Es konnte die erforderlichen Summen durch eine besondere Steuer, z. B. eine einmalige Vermögensabgabe, aufbringen oder mit Hilfe

[51]) Léon Say a. a. O., Anhangstabelle.
[52]) Léon Say a. a. O., S. 276.

von Staatsanleihen. Frankreich hat den zweiten Weg gewählt und zwar aus sehr gewichtigen Gründen. Zum ersten ist eine Anleihe im Volk viel beliebter als eine neue Steuer. Ferner hätte zur Steuer nur der Franzose herangezogen werden können, während bei Begebung von Anleihen unter Umständen das gesamte internationale Grosskapital als Geldgeber in Betracht kam.

Der Anleiheweg ist vom französischen Staat beschritten worden, trotzdem er teurer war. Denn zu den 5 Milliarden, die zum grössten Teil auf dem Anleiheweg aufgebracht wurden, tritt der Zinsendienst für die Anleihen hinzu, der durch zusätzliche Steuerbelastung des französischen Bürgers finanziert wird.

Im Augenblick, wo die französischen Anleihen ganz in Frankreich untergebracht waren, blieben die Zinsen für die Anleihen im Lande.

Ein weiterer Grund für die Beschaffung der notwendigen Milliarden durch Anleihen und nicht durch Steuern war, dass das französische Schatzamt an finanztechnisch sauberes Gebaren gewöhnt war. Es war dort üblich, ordentliche Ausgaben durch Steuern, ausserordentliche durch Anleihen zu bestreiten. Die Summen, welche für die Tributzahlungen zusammenlaufen mussten, waren keine echten Einnahmen, sondern Kasseneingänge, die weitergeleitet werden und in ein andres Land einströmen mussten.

Als weiterer Gesichtspunkt für die Beschreitung des Anleiheweges mag noch geltend gemacht werden, dass mit einem im Voraus festgesetzten Betrag gerechnet werden kann, — natürlich vorausgesetzt, dass die Anleihe vollen Erfolg hat, — während die Höhe des Steuerertrages, wenn die Steuer nicht radikal und ohne Rücksicht auf die Steuerkraft erhoben wird, unbestimmt bleibt.

b) *Popularität der Anleihen in Frankreich und die Kriegsanleihen.*

Auf ganz breiter Basis hat Frankreich seine Anleihen unterbringen können. Einmal besass Frankreich eine grosse internationale Kreditwürdigkeit, die eine 100 %ige Beteiligung des Auslandes sicherte: «Toutes les autres affaires ont été suspendues pendant un temps et les capitaux de toutes les banques privées et de tous leurs clients ont concouru au succès du placement des emprunts français et du passage des capitaux à l'étranger».[53]) Anderenteils war die französische Staatsrente der populärste Anlagewert für die Franzosen. Seit 1848 gab es ein Gesetz, damals von der provisorischen Regierung gemacht, dass alle Gemeindedepositen und Sparkassenguthaben, die eine gewisse Höhe erreicht hatten, in eine Staatsrente mit 5 % Verzinsung umgewandelt werden müssten. Damit begann die Popularisierung der Staatstitel. Nach v. Hock [54]) stieg die Zahl der französischen Rententitelbesitzer von 292,000 im Jahre 1848 auf 1 Million im Jahre 1856. Eine französische Anleihe des Jahres 1854 wurde von 99,224, die von 1860 von 781,292 Franzosen gezeichnet.[54 a]) Während des Krieges 1870/71 kamen scharfe Bestimmungen für

[53]) Léon Say a. a. O., S. 280.

[54]) Freiherr Carl v. Hock: «Die Finanzverwaltung Frankreichs», Seite 539. Stuttgart und Augsburg 1857.

[54 a]) Hirschfeld a. a. O., S. 8.

die Besitzer von Ersparnissen heraus. Jeder Franzose durfte nur ein Sparkassenbuch besitzen von höchstens 1500 Fr. Die Guthaben, welche diese Summe überschritten, wurden automatisch in französische Rententitel umgewandelt. Die Stückelung der Titel ging bis zu einem Betrag von 5 Fr. In keinem anderen Lande gab es so viele 100 Franken-Titel als in Frankreich.

Das Vertrauen der Franzosen in ihre Staatspapiere war nicht unbegründet. Ein grossangelegtes Amortisationsprogramm war 1867 geschaffen worden. Hiernach wurde schon 1868 mit der Tilgung begonnen.

Es wurden getilgt:

1868	75,2 Millionen Franken
1869	76,1 Millionen Franken
1870	77,7 Millionen Franken

Die französische Rente blieb sogar während des Krieges fest, trotzdem die Amortisation der Staatsschuld 1871 eingestellt wurde: «Après tant de désastres, vers les derniers jours de la Commune à ce moment où l'insurrection par sa résistance donnait à croire à la province et à l'étranger qu'elle pouvait triompher et devenir le gouvernement légal du pays, à ce moment où le marché financier de Paris avait cessé d'exister, et où l'on se sentait à la veille d'emprunts de 5 milliards pour la rançon impérieuse à payer aux Allemands, à ce moment douloureux, le plus critique dont notre siècle ait en mémoire, la rente française, notre trois pour cent, se négociait aux bourses de Lyon, de Marseille, de Bordeaux au cours de 54 à 55 fr. c'est à dire au taux de 5 fr. 50 %. Cette excellente tenue de la rente française mérite bien d'être signalée, en ajoutant cette observation que depuis un quart de siècle la rente française a beaucoup gagné en solidité et qu'elle est aujourd'hui dans les conditions à gagner plus encore». [55])

Während des Krieges hatte Frankreich zu neuen Anleihen schreiten müssen.[55a]) Schon während der Mobilmachung musste die Regierung bei der Banque de France einmal 300, dann weitere 500 Millionen Franken in Bons de trésor aufnehmen. Es folgte dann während des Krieges im August 1870, — nachdem Zollerhöhungen auf Cacao, Kaffee und Zucker nicht genügt hatten, um die erschöpfte Kriegskasse wieder aufzufüllen — die Auflage der ersten Anleihe von 750 Millionen Franken, zu 3 % verzinslich. Sie wurde fast vollständig und in sehr kurzer Zeit von Paris gezeichnet. Die zweite Anleihe von 250 Millionen zu 6 % verzinslich wurde unter dem Namen «Nationalanleihe» Oktober 1870 begeben und von Morgan vorgestreckt. Auch sie hatte einen vollen Erfolg. Ihr folgten weitere Zuschüsse der Banque de France in Höhe von 670 Millionen. Diese Vorschüsse der Banque de France bedeuteten eine neue Papiergeldausgabe mit Zwangskurs. Diese Ausgabe verminderte den starken Druck, der sich durch die schnell sehr knapp gewordene Umlaufsmenge des Geldes bemerkbar gemacht hatte. Das Vertrauen des französischen Volkes auf die Kreditwürdigkeit der Banque de France und auf seine eigene Kapitalkraft bewirkte, dass Gold trotz der Papiergeldausgabe kein nennenswertes

---

[55]) A. de Malarce a. a. O., S. 202.

[55a]) Oualid: «Das Budget und das Finanzsystem Frankreichs». Handb. d. Finanzwiss., Bd. III, S. 110. Tübingen 1929.

Agio bekam. Die Prämie für Gold stieg nie über 2 %; 1873 schwankte sie zwischen 7 und 8 ‰ und dann verschwand sie wieder. Im ganzen hat die Banque de France während des Krieges dem Staat 1470 Millionen Franken vorgestreckt. Der Sieg der Deutschen bei Wörth am 6. August hatte den voreiligen Siegestaumel der Franzosen zerstört. In Paris rief die Kaiserin Eugenie, die als Stellvertreterin Napoleons eingesetzt war, das Parlament zusammen. Das Ministerium Ollivier wurde abgesetzt und ein Rechtskabinett mit dem als äusserst energisch und rücksichtslos bekannten General Grafen Palikao gebildet. Dieses Kabinett ermächtigte sofort die Banque de France, Papiergeld mit Zwangskurs herauszugeben, um die Goldbestände nicht anzutasten.

Es hatten also Frankreich an Inlandskrediten während des Krieges 2220 Millionen und an Auslandskrediten 250 Millionen zur Verfügung gestanden. Deutschland dagegen nur 311,112,116 Taler = 1,166,670,435 Franken, also ungefähr die Hälfte, den Taler zu 3,75 Franken gerechnet.[55 b]) Die erste deutsche Bundesanleihe (nach dem Gesetz vom 21. Juli 1870) hätte 100 Millionen Taler bringen sollen. Es wurden aber nur 68,323,300 (nominal bei 88 % Emissionskurs 60,124,504) Taler gezeichnet. Eine «freiwillige Spende» kam in einem kläglichen Betrag von 394 Talern = 1477.50 Franken zusammen. Eine preussische Staatsanleihe von 125 Millionen Talern zum Emissionskurs von 88 % brachte zuerst nur 3 Millionen. Erst nach der Schlacht bei Weissenburg fand die Anleihe völligen Absatz zu pari.[56]) Norddeutsche Schatzanweisungen und bayrische Kriegsanleihe, nach den grossen Siegen aufgelegt, wurden schwach überzeichnet. Wir sehen deutlich, dass die deutsche Kapitalkraft mit der französischen noch nicht zu vergleichen war. So konnte das Vertrauen in ihre eigene Kreditwürdigkeit bei den Deutschen dem der Franzosen nicht gleichkommen. Say sprach damals vom Kredit als der «arme nouvelle, plus terrible que la poudre à canon, dont toutes les nations doivent se servir sous peine d'infériorité».[57])

c) *Anleihebegebung zur Finanzierung des Wechselankaufs.*

Das französische Schatzamt war sich von vorneherein klar, dass es nicht leicht sein würde, ein Publikum zu finden, das in kurzer Zeit zirka 4 Milliarden für Anleihen zeichnen würde. Das Schatzamt griff daher zu drei Massnahmen, deren Erfolg evident sein sollte:

1. forderte es das gesamte Ausland auf, sich an der Zeichnung der beiden Anleihen zu beteiligen;

2. schaffte es jede nur mögliche Erleichterung für das einzahlende Publikum;

3. forderte es zwangsweise ihre Bankenkonsortien auf, nicht nur an den Wechseloperationen teilzunehmen, sondern auch zu garantieren, dass sie einen hohen Betrag in Wechseln beibringen würden.

[55 b]) Wolowski a. a. O., S. 27; ebenso: H. Loehnis: «Der Marasmus in Handel und Industrie», S. 15. Strassburg 1877.

[56]) Loehnis a. a. O., S. 15.

[57]) Léon Say: Journal Officiel. Dec. 1874.

Die erste 2 Milliardenanleihe, durch das Gesetz vom 21. Juni bewilligt, wurde schon am 27. Juni aufgelegt unter dem Namen Thiers-Anleihe. In einer Höhe von 2,220 Millionen Fr. angesetzt, wurde sie von einem Bankenkonsortium, das 55 Banken umfasste, garantiert, welche dadurch am Erfolg der Anleihe interessiert waren. Trotz des kritischen Zeitpunktes wurde diese Anleihe (mit einem Emissionskurs von 82,5 Fr.) nicht allein in Frankreich untergebracht. Sie wurde in 6 Stunden zweimal überzeichnet und darum nur mit 45 % zugeteilt. Von dem Anleiheergebnis, einem Betrag von 2,225,994,045 Fr., wurden 70 %, also 1,561,000,000 Fr., für die Tributzahlung verwendet.[58]) Die Franzosen haben sowohl für diese als auch für die nachfolgende Anleihe ihre Guthaben und Forderungen ans Ausland wie Staatsanleihen von Italien, Oesterreich, Russland, Türkei, Aegypten, U. S. A., Eisenbahnpapiere von Deutschland, Italien, Oesterreich, Spanien usw. abgestossen und das dadurch erzielte Guthaben dem französischen Staat verkauft, d. h. gegen französische Rententitel eingetauscht. «Ce n'était pas chose inconnue que les ouvriers et les paysans français eussent les épargnes, mais ce qu'on ne savait pas, ce qui n'a pas laissé de causer une surprise universelle, c'est que ces épargnes pussent faire face à une rançon aussi formidable inouie dans l'histoire et réparer aussi aisément les désastres de la guerre.»[59]) Say[60]) erklärt in seinem Bericht über die innere Aufbringung der Tributsummen die Wirkung des Abstosses der fremden Titel und Ankauf der Titel des eigenen Landes und die Ueberweisung der Summen an Deutschland folgendermassen: «Les choses se sont passées comme si les cinq milliards avaient été remis à Berlin en titres de rente, et comme si les Français avaient envoyé leurs épargnes à Berlin pour acheter ces titres de rentes, de même qu'ils les envoyaient auparavant en Italie, aux Etats-Unis, en Autriche et en Turquie, pour acheter de la rente italienne, américaine, turque ou des actions et obligations de chemins de fer autrichiens.»

Der Verkauf der ausländischen Titel brachte den französischen Verkäufern keinen Kursverlust. Die Titel erfuhren keine Baisse trotz des plötzlichen grossen Angebots, da sie sofort wieder Abnehmer fanden, die auf dem Anlagemarkt eine noch grössere Nachfrage schufen als das Angebot war. Das Deutsche Reich entledigte sich nämlich bei Beginn des Einstroms der Tribute seiner Staatsschulden und zog seine Staatstitel ein. Das deutsche Publikum musste sich nach anderen Anlagewerten umsehen und griff nach den auf dem Effektenmarkt erscheinenden freigewordenen Titeln. — Die Bezahlung der französischen ersten Anleihe durfte in 17 Raten geleistet werden. Die erste Rate war am Zeichnungstage fällig, die 16 andern Monat für Monat vom 21. August 1871 bis 21. November 1872.[61])

Auf allen grossen Geldplätzen herrschte ein gewaltiges Leben zur Zeit der Anleihezeichnung. Der Umsatz im Clearing House in London betrug um 22 Millionen £ Sterl. mehr als in der gleichen Woche des Jahres 1870.

Am 28. Juli 1872 kam die zweite französische Anleihe heraus, nachdem sie am 15. Juli bewilligt worden war. Diese zweite Anleihe war in einer Höhe von 3,499 Milliarden Fr. angesetzt bei einem Emissionskurs von 84.50 Fr. zu 5 % verzinslich. Die französische Regierung hatte dieses Mal

---

[58]) Léon Say a. a. O., S. 258.

[59]) A. de Malarce a. a. O., S. 180.

[60]) Léon Say a. a. O., S. 300.

[61]) Léon Say a. a. O., S. 257.

das wiederum garantierende Bankenkonsortium gezwungen, zu versprechen, von dieser fast 3,5 Milliarden betragenden Summe 700 Millionen Fr. in fremden Wechseln zu vorher festgesetzten Bedingungen beizubringen. Man war sich dieses Mal des Anleiheerfolges nicht ganz so sicher. Lange war über die Form der Anleihe beraten worden. Zuerst hatte man versucht, sich diesen immensen Betrag als Nationalanleihe auf dem Privatweg zu beschaffen. Von vorneherein hatte man beschlossen, die Gültigkeit dieser Anleihe zu annullieren, falls die Zeichnungen 500 Millionen nicht erreichten. Der Erfolg der Anleihe war kläglich. Es kamen kaum 50 Millionen Fr. zusammen, die in aller Stille den Zeichnern zurückgegeben wurden. Auf diesen Misserfolg hin beriet man über eine gross anzulegende Lotterie. Diese wurde abgelehnt. Ferner wurde eine 3 % Kapitalsteuer durch Selbstdeklaration erwogen. Viele Vorschläge wurden der Nationalversammlung noch gemacht, die aber alle auf eine Kapitalbesteuerung hinausliefen. Diese lehnte das Finanzministerium ab und erklärte sie für einen grossen Fehler, da eine zwangsläufige Verminderung der Volksvermögenssubstanz gefährlich sei. Der Finanzminister drückte seine Ueberzeugung aus, dass sich bei einer Anleihe das Ausland weitgehendst beteiligen würde. Wie richtig der Finanzminister gesehen hatte, zeigt das Resultat. Die Anleihe wurde 13 mal überzeichnet, anstatt 3,5 Milliarden 41 Milliarden. Es wurden grosse Beträge ausserhalb Frankreichs gezeichnet und es zeigte sich hier deutlich das Vertrauen des Auslandes in den Wiederaufstieg Frankreichs. «The Boans were quickly and dramatically oversubscribed and it is interesting to note, that nearly a third of the large foreign subscriptions to the second loan came from within Germany».[62]) Allerdings sind grosse Summen auch im Ausland vom französischen Publikum durch Strohmänner gezeichnet worden, um an dem Vorteil, der ausländischen Zahlern eingeräumt war, teilzunehmen. Wir kommen auf diesen Vorteil noch zurück. Leroy-Beaulieu schreibt darüber: «L'Opération financière de la Libération du Territoire ce n'est plus un mysthère pour personne que ces nombreuses souscriptions étrangères, dont on a fait étalage, étaient des souscriptions parisiennes déguisées qui profitaient des facilités exceptionelles accordées à l'étranger».[63]) Der gewählte Zeitpunkt für die Anleihe war ausserordentlich günstig. Es strömte z. B. französisches Kapital, das sich während des Krieges ins Ausland geflüchtet hatte, zurück und suchte nach Anlage, ebenso wie das durch die Zurückziehung deutscher Staatstitel freigewordene deutsche und österreichische Kapital. Wie schon vorher erwähnt, hatte das französische Schatzamt es gut verstanden, durch langfristige Zahlungsmöglichkeiten und andere Erleichterungen die Anleihen verlockend auszustatten. Die Anleihezeichner durften bei der 2. Anleihe in 21 Raten ihre Titel bezahlen. Die erste Rate war am Zeichnungstage fällig, die 20 andern Monat für Monat vom 21. September 1872 bis 11. April 1874. Die vielen ausländischen Zeichner konnten bei beiden Anleihen mit Wechseln in ausländischer Währung zahlen. Diese Erlaubnis verschaffte Frankreich einen ausserordentlichen Deviseneinstrom. Um die Geldflüssigkeit während der Zahlungsperiode zu vermehren, erweiterte das Schatzamt den Notenumlauf auf 3,200 Milliarden Fr. Aus psychologischen Gründen — um damit den kleinen Geldgebern, die stets eine genügende Menge von umlaufendem Silber sehen möchten, entgegenzukommen — prägte man während der ganzen Zeit der Anleihezeichnung täglich 190,000 Einfrankenstücke.

---

[62]) Inter-Ally debts and United States Effects of international P ayments. National Industrial Conference Board. S. 170. New York 1925.

[63]) Leroy-Beaulieu a. a. O., S. 618.

Die zweite Anleihe war ein ausserordentlicher Erfolg, obwohl diese 41 Milliarden nur auf dem Papier standen. Es waren niemals 41 Milliarden disponibel. Die Spekulation hat bei dieser Anleihe ihre Hände mächtig im Spiel gehabt. Es wurden grosse Summen mit Reitwechseln gezeichnet, welche den Spekulanten Gewinn, dem Staat aber kein Geld brachten. Immerhin ist die Anleihe weit überzeichnet worden, und es hätte weit über den Betrag von 3,5 Milliarden einbezahlt werden können. Der französische Staat hatte bei dieser Anleihe unvorhergesehene, kleine Verluste zu tragen. Er hatte den französischen Bankiers eine Kommissionsgebühr von 1/8 % für die in ihrem Hause gezeichneten Beträge garantiert, den ausländischen aber 1/2 %. Dies hatte die Wirkung, dass die französischen Bankiers die Zeichungsanmeldungen an die ausländischen Plätze schickten, um von dort aus die höheren Provisionen zu erhalten.

Diese zweite Anleihe in Höhe von 3,498,744,639 Fr. wurde zu 87 %, also 3,002 Milliarden Franken für die Tributzahlung verwendet.

Ein beträchtlicher Teil der Zinsen für die beiden Anleihen ging ins Ausland. Aber nicht für lange. Schon im Jahre 1875 hat Frankreich die sämtlichen Titel der beiden Anleihen aus dem Ausland zurückgeholt und in Frankreich placiert. «Ce qu'on a placé ou vendu à l'étranger de rentes françaises 5 ou 3 % a bientôt repris la route de la France, et l'année 1874 ne se passera pas avant qu'on puisse dire que les 5 milliards d'emprunts sont classés dans le pays même et sans le secour de l'étranger.»[64])

Die gewaltige Zunahme der französischen Rententitel wird aus der Zunahme an Zinszahlungen deutlich ersichtlich. Die jährlichen Zinsen, welche das französische Schatzamt für seine Rententitel zu zahlen hatte, betrugen

am Ende des I. Kaiserreiches	63,3	Millionen	Franken
in der Restauration	191,3	„	„
während der Juli-Regierung	244,2	„	„
1856	284,6	„	„
1870	363,9	„	„
1874 aber	748,5	„	„[64a])

Das unerschütterliche Vertrauen des französischen Volkes in seine Staatstitel, trotz verlorenem Krieg und enormer Vermehrung der Titel um 5 Milliarden Franken, bewirkte, dass der Kurs der Titel hoch und die Nachfrage nach ihnen rege blieb, so dass, wie oben schon erwähnt, die im Ausland placierten Titel der 3 Milliarden Anleihe Ende 1875 schon völlig nach Frankreich hereingeholt waren.

Kapitel III.

Der Transfer.

§ 1. *Das deutsche Transferproblem der Nachkriegszeit im Vergleich mit dem französischen nach 1870/71.*

Die Transferierung von Wertbeträgen zur Bezahlung von Tributen von einem Staat zum andern ist — ebenso wie die Zahlung bei einer privat-

---

[64]) Léon Say a. a. O., S. 299.

[64a]) L. v. Hirschfeld a. a. O., S. 10.

geschäftlichen Wertübertragung von einem Land ins andere — letzten Endes nur mit Hilfe von Exportüberschüssen möglich. Diese Ueberschüsse können in der Vergangenheit oder in der Zeit der Tributfestlegung erzielt worden sein. Sie können aber auch in die Zukunft verlegt werden.

Das Land, welches seine Tributzahlungen auf *künftigen* Exportüberschuss aufbauen muss, hat im Zeitalter des Schutzzolles mit einem noch grösserem als dem Transferproblem, nämlich mit dem Empfangsproblem, zu kämpfen. Die Durchführung der deutschen Tributzahlungen nach dem Weltkrieg 1918, die allerdings viel grösser waren als die Ersparnisse des deutschen Volkes, die aber mit Hilfe des internationalen Kredites im Vertrauen auf künftige Exportüberschüsse eventuell hätte möglich gemacht werden können, ist nicht nur am Transfer-, sondern auch am Empfangsproblem gescheitert. Die ausländischen Kapitalisten, welche Deutschland die Mittel zur Bezahlung der Tributschuld liehen, waren nicht identisch mit den Interessenten an der Lahmlegung des deutschen Handels. Deutschland hätte, um die ungeheuren Zahlungsforderungen erfüllen zu können, für seine Waren an allen Grenzen geöffnete Schranken finden müssen. Aber gerade das Gegenteil traf ein. Dem Streben nach forcierter Ausfuhr deutscher Waren trat der eiserne Wille der Gläubigerländer entgegen, durch hohe Schutzzölle den deutschen Warenstrom vor den Grenzen ihrer Länder aufzuhalten. Ebenso versuchten sie, den Import deutscher Waren in neutrale Länder, deren Märkte sie während des Weltkrieges erobert hatten, mit Hilfe von eigenem forciertem Warenstrom dorthin abzuhalten. Die erbittertsten Vorhaltungen und Einwendungen Deutschlands gegen den Handelskrieg der Gläubigerstaaten nach dem Kriege haben nichts genützt. Wie hätte Deutschland also die Möglichkeit haben sollen, aus Exportüberschüssen seine Tributverpflichtungen zu erfüllen, zumal nachdem seine Auslandsguthaben während des Krieges beschlagnahmt wurden! Ganz anders lagen die Verhältnisse für Frankreich nach dem verlorenen Krieg 1871. Um den von Deutschland geforderten Tribut zahlen zu können, musste Frankreichs Export nicht erst auf Jahre hinaus forciert werden. Es gab kein Transferproblem, weil die Ueberschüsse vorhanden waren. Die Stabilität des intervalutarischen Kurses war nicht gefährdet, denn der Exportüberschuss lag sozusagen bereit und konnte für die Zahlung der Tribute verwendet werden. Jahrzehnte des Fleisses und der Sparsamkeit hatten dazu gedient, diese Ersparnisse zu schaffen, und als ausländische Wertpapiere angelegt, lieferten sie Frankreich im geeigneten Augenblick, nachdem sie abgestossen waren, eine unübersehbare Menge von Devisen.

§ 2. *Aktivierung des Transfers.*

Das Bargeld ist direkt von den französischen Staatskassen an Deutschland abgeliefert worden. Die Zahlungen in Wechseln wurden zuerst so geleistet, dass Frankreich die Wechsel in den verschiedensten Währungen an Deutschland aushändigte. Deutschland wandelte die Wechselbeträge dann auf Kosten der französischen Regierung in die gewünschte Sorte um, und zwar ohne Rücksicht auf gute oder weniger gute Umwechslungsbedingungen. Dies veranlasste das französische Schatzamt, für die späteren Zahlungen die Umwandlung der vorhandenen ausserdeutschen Guthaben in deutsche Währung selbst vorzunehmen, und zwar zu den geringstmöglichen Kosten. «C'est en lettres de change que nous-avons payé près de 4¼ milliards. Pour y arriver le Trésor français n'a pas eu moins de 5,871,807,290 Fr. d'achats de change à effectuer,

car il fallait profiter des circonstances pour diminuer les frais, au moyen de la transformation succesive d'une partie des approvisionnements, échangés contre des valeurs allemandes, seules libératoires.«[65])

Frankreich übergab also bei den späteren Zahlungen nicht mehr die Wechsel, sondern liess sie durch französische Bankiers verkaufen und händigte den Erlös der deutschen Regierung in deutscher Währung aus. Daher kommt es, dass bei den ersten 2 Milliarden nur 23 % in deutscher Währung, bei den 3 Milliarden aber 88 % so gezahlt wurden. Say stellt für den Gesamtbetrag von 4,248,326,374.26 Fr. in Wechseln fest, dass von diesen 2,799,514.138.72 Fr. in deutschen Werten, also nur 1,448,812,190.54 Fr. in ausserdeutschen Werten mit Einschluss der Beträge in Mark Banko zur Zahlung an Deutschland verwendet worden sind[66]).

Der Verkauf der ausserdeutschen Wechsel durch Frankreich selber hatte noch einen andern Vorteil. Die Wechsel, welche das französische Schatzamt kaufte und die einen früheren Fälligkeitstermin hatten als die Zahlungen an Deutschland, wurden vom Schatzamt an die befreundeten Bankhäuser in London, Amsterdam usw. geschickt und dort eingelöst. Die dadurch entstehenden Guthaben gaben bis zum Zahlungstermin an Deutschland beträchtliche Zinsen zugunsten Frankreichs. Say glaubte sogar, dass diese Zinsen der durch kurzfristige Anlage entstandenen Guthaben sofort nach Frankreich flossen, dort für Reportzwecke verwendet wurden und wieder ins Ausland zurückgingen. Auf diese Weise konnten Kapitalien, die für Frankreich eigentlich schon verloren waren, bis zum letzten Augenblick voll ausgenutzt werden.

Das französische Schatzamt hatte, trotzdem die notwendigen Tributsummen durch den Erfolg der Anleihen gesichert waren, mit Schwierigkeiten zu kämpfen, um am bestimmten Termin die Summen bereit zu haben. Die Termine der Einzahlungen für die Anleihezeichner fielen nämlich nicht mit denen der Tributzahlungen zusammen. Die ersteren erstreckten sich auf eine längere Zeit als diejenigen der Tributleistung. Das französische Schatzamt musste also zu Aushilfsquellen greifen. Für die beiden ersten Milliarden stand dem Schatzamt ausser den ersten Raten der Anleihezeichner ein Kredit der Banque de France in Höhe von 1,530,000,000 Fr. zur Verfügung[68]). Für die 14 ersten Zahlungen der 3 Milliarden-Zahlung an Deutschland hatte das Schatzamt die Mittel zur Verfügung. Die drei letzten Zahlungen leistete die französische Regierung früher, als vertraglich vorgesehen war, um die Räumung französischen Bodens von deutschen Besatzungstruppen zu beschleunigen. Für die Zahlungen beanspruchte sie die Hilfe der Banque de France und anderer Finanzinstitute und erhielt die nötigen Mittel, wie es in Artikel 3 des Gesetzes vom 15. Juli 1872 vorgesehen war, auf dem Kreditwege.

«Afin d'assurer aux époques fixées le payement des 3 milliards restant dus au Gouvernement allemand et d'accélérer la libération du territoire, le Ministre des Finances pourra passer avec la Banque de France et autres associations financières des conventions particulières destinées à vendre promptement disponibles les produits de l'emprunt et à faciliter les anticipations de versement[69]).

---

[65]) Louis Wolowski a. a. O., S. 26.
[66]) Léon Say a. a. O., S. 273.
[67]) Léon Say a. a. O., S. 273.
[68]) Léon Say a. a. O., S. 229.
[69]) P. Leroy-Beaulieu a. a. O., S. 617.

Der zeitweise Kassenüberschuss, der sich durch die regelmässigen Einzahlungen des Publikums für die Anleihen ergab, wurde vom Schatzamt zurückgelegt und fand am fälligen Tributzahltag seine Verwendung.

Der Transfer ist ohne grosse Schwierigkeit von Frankreich bewältigt worden, darin waren sich alle einig, und es ist interessant, einige Stimmen darüber zu hören.

«Cette effrayante remise de capital a été effectuée sans trouble profonde»[70]). Oder «... Voici pourquoi nous-avons eu peu à souffrir de cette perte de cinq milliards»[71]). Oder «La France n'a pas paru en être appauvrie et la circulation en a été si peu troublée que les changes n'ont jamais atteint des cours aussi élevés qu'on aurait pu s'y attendre»[72]). Und endlich noch eine deutsche Stimme, die sich allerdings mehr über die Tributleistung Frankreichs im allgemeinen ausspricht: «Jedenfalls aber bleibt es eine höchst bemerkenswerte Tatsache, dass die finanziellen Leistungen Frankreichs in einer so ausserordentlichen Progression angespannt werden konnten, obwohl die Bevölkerung nur wenig zunahm, das Land zwei reiche Provinzen verloren und mit schweren wirtschaftlichen Uebeln zu kämpfen hatte, ohne dass bei alledem Klagen über Steuerdruck in irgend beachtenswerter Weise laut geworden sind».[73])

Kapitel IV.

Der Empfang. Das deutsche Empfangsproblem der Nachkriegszeit im Vergleich mit dem französischen nach 1870/71.

Ehe man zu Tributzahlungen schreiten kann, müssen entweder die Summen als Exportüberschüsse vorhanden sein oder der Zukunft vorweggenommen werden. Im ersteren Fall bieten Aufbringung, Empfang, Transfer keine Probleme. Die Schwierigkeiten liegen dann nur in der *technischen* Lösung, aber nicht in der ökonomischen. Ganz anders aber ist es, wenn der für die Tributzahlung nötige Exportüberschuss noch nicht als Ersparnis bereit liegt, sondern erst in der Zukunft geschaffen werden muss. So lagen die Verhältnisse für Deutschland 1919. Hier türmten sich sofort die Probleme, die vor allem des Empfangsproblems wegen unlösbar sein sollten. Der Aufbringung, die technisch immer möglich ist, und dem Transfer muss in zeitlicher Folge immer der Empfang voraus gehen, wobei wir unter Empfang die mehr oder weniger grosse Bereitwilligkeit der anderen Länder verstehen, den vom Schuldnerland forcierten Export aufzunehmen. Echter Bartransfer (von unechtem habe ich hier nicht zu sprechen) kann nur mit Hilfe von Ausfuhrüberschuss ermöglicht werden. Dieser wird erreicht durch Exportsteigerung und Importdrosselung. Der Exportüberschuss kann erst dann beginnen, nachdem der für das Volk lebensnotwendige Import durch Export in gleicher Höhe ausgeglichen ist. Die Problemstellung beginnt also damit: Ist es möglich den Export so zu steigern, dass er den für die Erhaltung des tributzahlenden Volkes notwendigen Import in Höhe der zu leistenden Zahlungen übersteigt?

---

[70]) Leroy-Beaulieu a. a. O., S. 617.

[71]) Leroy-Beaulieu a. a. O., S. 619.

[72]) Léon Say a. a. O., S. 284.

[73]) W. Lexis: Besprechung über Dr. R. v. Kaufmann «Die Finanzen Frankreichs» in Schmollers Jahrbuch 1883, S. 348.

Schon die Massnahme der Importdrosselung musste den Gläubiger schwer treffen, denn Deutschland gehörte zu ihren besten Kunden, und Ersatzkunden sind im 20. Jahrhundert immer schwerer zu finden gewesen.

Kommen wir nun zur Exportsteigerung des Schuldnerlandes, so sind wir am Kernstück des Problems angekommen. Jeder Versuch einer forcierten Exportsteigerung Deutschlands führte einerseits zur sofortigen Abwehrstellung aller Staaten und andererseits zu einem ungeheuren Wettbewerb aller exportierenden Länder mit Deutschland, zu denen vor allem die Gläubigerstaaten gehörten. Der Schuldnerstaat musste versuchen, durch Preisdruck den Export zu forcieren. Preisfall kann dadurch hervorgerufen werden, dass man entweder zusätzlich besteuert — die reduzierte Kaufkraft der Besteuerten verursacht dann, dass Preise unter Weltmarktpreis sinken — oder dass man die Löhne heruntersetzt. Letzteres kam nach 1919 zur Zeit der politischen Löhne nicht in Frage. War das Preissenkungsproblem gelöst und die Waren zum Export bereit, so begann das wirkliche Problem erst, nämlich das der Warenannahme. Mag auch die Regierung des Schuldnerlandes durch härteste Massnahmen die Möglichkeit erzwungen haben, durch weitgehendste Preissenkung unter Weltmarktpreis im höchsten Mass konkurrenzfähig zu werden, das Gläubigerland, das seinen Standpunkt als Gläubiger vergass, verwandelte sich in den erbittertsten Konkurrenten. Es liess sich nicht nur nicht zwingen, aus Gründen der praktischen Vernunft an den für das Gelingen der Erzielung von Exportüberschüssen nötigen Massnahmen teilzunehmen, sondern es beantwortete die Versuche der Exportforcierung seines Schuldners mit der Aufrichtung unübersteigbarer Schutz-Zollmauern.

Eine eventuelle Produktionsumstellung des Schuldnerlandes auf Waren, die in den Gläubigerländern nicht hergestellt werden, wäre mit zu grossen Kosten verbunden gewesen. Die dazu notwendigen Kapitalien würden im Inland nicht aufzutreiben sein und im Ausland nur mit einer nicht tragbaren Risikoprämie. Auf jeden Fall würde das Schuldnerland im Konkurrenzkampf weit hinter seinen Gläubigern zurückbleiben müssen. Dieses waren für Deutschland als Schuldnerland die unüberwindlichen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit.

Wie einfach dagegen war die Lösung der Aufbringung und des Transfers für das Schuldnerland Frankreich nach dem Krieg von 1870/71. Wie schon oben erwähnt, hat es für die Franzosen überhaupt kein ökonomisches Empfangsproblem gegeben, denn dieses war schon in der Vergangenheit gelöst. Die Mittel für den Transfer mussten nicht erst durch Konsumeinschränkung, Preissenkung, forcierte Ausfuhr und Umstellung der Produktion, welches ein Eindringen in das deutsche Interessengebiet bedeutet hätte, geschaffen werden. Der Ausfuhrüberschuss vergangener Jahre lag als Ersparnis zur Verwendung bereit.

Kapitel V

Die technische Lösung der Tributübernahme.

Die Schwierigkeiten, welche die Uebergabe der Tribute mit sich brachte, sind durch einen bis ins Kleinste ausgearbeiteten Plan leicht überwunden worden. Um einen Einblick in die technischen Einzelheiten zu gewähren, soll hier kurz davon berichtet werden. Die deutsche Regierung hatte ein paar

Stellen in verschiedenen Städten für die Ablieferung der Tributsummen eingerichtet. Eine der wichtigsten war Strassburg. Gerade für diese Stadt haben wir die Einzelheiten der Uebernahme, leider zwar nur für die ersten Zahlungen, in dem Bericht von Ludwig Gieseke. Dieser selbst nahm die Summen in Strassburg in Empfang. Er erzählt von merkwürdigen, ja geradezu lächerlichen Komplikationen, so z. B. bei der Unterbringung der ersten grossen Lieferung von Silber. Da niemand darüber nachgedacht hatte, wieviel Platz für die Unterbringung des Silbers nötig sei, musste man im letzten Augenblick wahllos alles nehmen, was sich an sicheren Räumen bot, nämlich zwei Gewölbe am Strassburger Bahnhof, einen Keller im Nebengebäude des Statthalterpalais, einen gewölbten Raum und einen Keller im Münzgebäude und endlich einen Raum in der Polizeidirektion, der als Vorratskeller für Fleisch diente. Jedes Mal, wenn Fleisch geholt wurde, musste ein Sicherheitsbeamter mitgehen, weil in einer Ecke das aufgestapelte Silber lag!

Allein die Einzahlungen bei der Stelle «Strassburg» haben im ganzen 2,844,920,475.17 Fr. betragen.[74])

Sofort nach Eingang der in Säcken gelieferten Beträge wurden diese von eigens dafür aus Karlsruhe und Kassel nach Strassburg beorderten Beamten gezählt. Als Honorar für das Zählen der ersten 500 Millionen Franken sind 16,978.11 Franken gezahlt worden. War Silber und Gold fertig gezählt und wieder in Säcken verpackt, so wurden sie meist sofort nach Berlin zur Reichshauptkasse befördert. Die Transporte wurden von schwerbewaffneten Beamten begleitet. Als Gesamtunkosten für Geldzählen, Fracht- und Verpackungskosten der Barbeträge gibt Gieseke 48,124.81 Fr. an.[75])

Die französischen Silberfranken (5 Fr.-Stücke) blieben teilweise längere Zeit in Strassburg liegen. Als die Zahlungen Frankreichs an Deutschland beendet waren, lagerten in Strassburg noch 236 Millionen Franken in Silber. Sie wurden nach und nach in Gold, deutsche Banknoten und deutsches Silbergeld umgetauscht und dem Reich überwiesen, wenn Zahlungen vorlagen. Ein Teil der silbernen 5 Frankenstücke wanderte nach Baden und Württemberg, nämlich je 5 Mill. Fr. Nach Hessen flossen umgewechselt 1½ Mill. in deutschem Silbergeld. 10 Mill. Fr. in französischem Silber überliess man der A.-G. für Boden- und Kommunalkredit in Strassburg zu 3 % verzinslich unter *der* Bedingung, dass die Rückzahlung in deutschem Geld in verschiedenen Raten bei 10tägiger Kündigung zu erfolgen hätte.

Die Säcke mit Gold wurden alle, nachdem es gezählt war, so schnell wie möglich nach Berlin gebracht. Jeder Sack enthielt 200,000 Fr. und hatte inklusive Verpackung ein Gewicht von 130 Pfund. Gieseke[76]) schildert einen solchen Goldtransport von Strassburg nach Berlin und die Schwierigkeiten, die bei der Weiterleitung bis Berlin entstanden. Es handelte sich um einen verhältnismässig kleinen Transport von 32 Millionen Franken. Es war August 1871. Die Abfahrt von Strassburg erfolgte am Spätnachmittag. Schon im Bahnhof Weissenburg blieb man stehen, da durch die Pfalz keine Nachtzüge liefen. So kam man erst am Mittag des nächsten Tages in Frankfurt an. Die Wagen mit dem Gold wurden von der Eisenbahnverwaltung auf den Rangierbahnhof geleitet und dort hin- und herrangiert, da niemand

---

[74]) Gieseke a. a. O., S. 34.

[75]) Gieseke a. a. O., S. 34.

[76]) Gieseke a. a. O., S. 41 f.

ein Avis bekommen hatte. Der Transportführer des Goldes durfte laut Befehl seinen Wagen nicht verlassen! Eine Verständigung mit der Eisenbahndirektion kam daher erst am Spätnachmittag zu Stande. Mit Hilfe eines Militär-Requisitenscheins wurde gegen den Protest des Bahnhofinspektors, aber mit Zustimmung eines Eisenbahndirektors die Einstellung der Wagen in den nach Berlin abgehenden Nachtschnellzug erreicht. Jeder der beiden Wagen enthielt 80 Säcke mit je 200,000 Fr. à 130 Pfund, das machte eine Belastung von 104 Zentnern pro Wagen. Schon in Hanau hatten sich die Achsen heissgelaufen und die beiden Wagen mussten abgehängt werden. Das Gold wurde in neue Wagen umgeladen, und diese an einen Personenzug angehängt, der in der dritten Nacht in Halle eintraf. Wieder hatten sich die Achsen heissgelaufen und wieder musste umgeladen werden. Von Halle bis Berlin hielt man an jeder kleinen Station. Durch telegraphische Vorbestellung von Schmierkannen an den einlaufenden Zug und Schmieren der Achsen verhinderte man das Heisslaufen für ein drittes Mal. Gegen Abend des vierten Tages kam man endlich in Berlin an!

II. Teil

Die wirtschaftlichen Ergebnisse der Tributzahlungen für Deutschland.

Kapitel 1.

Die direkte Verwendung.

§ 1. *Für militärische Zwecke.*

Genaue amtliche Angaben, wie die Tributsummen verwendet worden sind, hat die deutsche Regierung nie gemacht. Darum ist es nicht möglich gewesen, die Verwendung restlos aufzuklären. Wir sind auf die Aussagen Adolf Wagners im Reichstag 1874 angewiesen, die im Jahrbuch für Gesetzgebung 1874 im Artikel «Das Reichsfinanzwesen» wiedergegeben sind. Wagner erläutert zunächst, dass die gesamten Beträge zuerst in die Reichshauptkasse nach Berlin flossen. Von dort aus wurden sie in die einzelnen Kanäle der Wirtschaft geleitet.

Die Tribute haben an erster Stelle dazu gedient, die Kosten der Kriegsführung zu bezahlen. Zuerst einmal die

während des Krieges gemachten Ausgaben für die Mobilmachung mit	24,230,000	Taler
Die laufenden Kosten des norddeutschen Bundes nach dem Krieg	260,760,000	„
Die Entschädigungen an die Reedereien	5,600,000	„
Die Entschädigungen an vertriebene Deutsche . . .	2,000,000	„
Mehrkosten der Okkupation	24,000,000	„
Ersatz für Kriegsschäden	36,700,000	„
Dotation für hervorragende Dienste	4,000,000	„
Pensionen	10,089,774	„
Rückzahlung der Kriegsanleihen des norddeutschen Bundes und der Südstaaten	26,539,000	„
Reichsinvalidenfonds in Eisenbahnprioritäten angelegt .	187,000,000	„
	580,918,774	Taler

Ferner finanzierte man aus den vorhandenen Mitteln:

die Versuche der Artilleriekommission	1,175,000	Taler
Neuausrüstung, Festungsbau, Aufrüstung, Verstärkung	72,000,000	„
Aufbau der Marine	31,949,890	„
Verbesserungen der elsässischen Festungen	40,550,595	„

Ferner legte man an

einen Reichskriegsschatz in Spandau	40,000,000	„
gab man für Militärkarten	235,000	„
	185,910,485	Taler

Es wurden verwendet:

Für den Wiederaufbau und den Ausbau der Eisenbahnen und für neues Betriebsmaterial	55,000,000	Taler
Ausstattung der elsässischen Ostbahn	86,666,667	„
Verbesserung der elsässischen Bahnen	50,897,447	„
Vervollständigung der Luxemburger Route . . .	638,440	„
Betriebsmittel für elsässische Bahnen	18,412,300	„
	211,614,854	Taler

Ferner wurden mit Hilfe der französischen Tribute zurückgezahlt:

Eisenbahnobligationen staatlich garantiert . . .	21,836,000	Taler
„ „ „ . . .	14,532,000	„
Kommunalpapiere	1,460,000	„
Pfandbriefe	7,849,000	„
	45,677,000	Taler

Die deutsche Verwaltung erhielt	1,672,700	Taler
Die Reichskasse	2,000,000	„
Für die Uebernahme der Zoll- und Steuerkredite auf das Reich zahlte man	19,772,719	„
	23,445,419	Taler

Für den Bau des Reichstagsgebäudes	8,000,000	Taler
Für die Durchführung der Münzreform und die Einführung der Goldwährung ungefähr	250,000,000	„
insgesamt	1,305,566,532	Taler
oder	4,895,874,495	Fr.

Die Summen, welche für rein militärische Zwecke ausgegeben worden sind, betragen zusammen 978,444,113 Taler oder 3,669,165,423.75 Fr. Für nicht militärische Zwecke wurden verwendet 327,122,419 Taler oder 1,226,709,071.25 Fr.

Wir überblicken noch einmal die einzelnen Posten und stellen vorläufig fest, dass mehr als zwei Drittel der Kriegsentschädigung nur für Wiederherstellung und Erweiterung der Militärmacht verwendet wurden. Nämlich für die Erneuerung der durch den Krieg zerstörten Materialien, für neue und neuartige Waffen, für Mittel der schnellst möglichen Mobilisierung, für Vermehrung und Ausbau von Festungen, für Kriegsschiffe, endlich für einen Kriegsschatz, der in einem neuen Krieg für die ersten Tage flüssige Mittel garantieren sollte (von den Engländern übrigens als eine staatswirtschaftliche Ungeheuerlichkeit angesehen) [77]) und anderes mehr.

§ 2. *Der Uebergang zur Goldwährung.*

Der grösste und einzige wirklich andauernde Nutzen, den Deutschland aus dem Tributempfang gezogen hat, war die Möglichkeit, ohne Opfer zur Goldwährung überzugehen. In sicherer Erkenntnis bezeichnet Adolf Wagner den Uebergang zur Goldwährung «als die schönste wirtschaftliche Frucht des siegreichen Krieges gegen Frankreich».[78]) Frankreich hatte 1869 Besprechungen mit den Ländern der Münzunion über die Einführung der Goldwährung. Wäre diese damals entgültig beschlossen worden, so hätte Deutschland bei seinem Uebergang zur Goldwährung ausserordentlich schwere finanzielle Opfer bringen müssen. Die Besprechungen waren noch nicht zu Ende, als der Krieg ausbrach und jede Aenderung aufgeschoben wurde.

Der Besitz der Tribute versetzte dann Deutschland in die Lage, in einem kurzen Zeitabschnitt von kaum zwei Jahren einen Betrag von 340 Millionen Talern in Gold zu kaufen.

Schon 20 Jahre früher, auf der Wiener Münzkonferenz 1854, an der alle grossen Zollvereinsstaaten teilnahmen, hatte Oesterreich den Uebergang zur Goldwährung vorgeschlagen. Oesterreich machte dabei geltend, dass die Staaten aktiv am Weltverkehr und Welthandel teilnehmen wollten, und dafür sei als Währung die Goldwährung eine Notwendigkeit. Zwar habe nur die Weltmacht England Goldwährung, aber Frankreich und die Vereinigten Staaten hätten infolge der gestiegenen Silberpreise der 50er Jahre überwiegend Gold in Zirkulation. Es träte deutlich zu Tage, dass diese beiden Länder über kurz oder lang zur Goldwährung übergehen und sich dadurch diese drei mächtigsten Handelsreiche zu *einem* Goldblock zusammenschliessen würden. Preussen trat mit Entschiedenheit gegen Oesterreichs Vorschlag auf und machte seinerseits folgende Gegengründe geltend: 1. werde der Preis des Goldes noch weiter sinken, der grossen neuentdeckten Goldvorkommen in Kalifornien wegen; 2. müsse bei einem Uebergang zur Goldwährung das gesamte Silber abgestossen werden. Dies sei aber den einzelnen Kleinstaaten wegen der damit verbundenen Kosten schwer möglich; 3. würden die einzelnen Kleinstaaten sich scheuen, ihre Münzsouveränität einer gemeinsamen Münze wegen aufzugeben. Der Vorschlag Oesterreichs wurde also nicht angenommen, aber die Stimmen zu Gunsten der Goldwährung verstummten nicht mehr. In den 60er Jahren sind Soetbeer, Lorenz v. Stein, Bergius und Schäffle dafür eingetreten, indem sie als wichtiges Argument geltend machten, dass die Verbilligung des Goldes durch neue Funde in

---

[77]) Zitat bei L. v. Hirschfeld a. a. O., S. 45.

[78]) Adolf Wagner: «Unsre Münzreform», Deutsche Zeit- und Streitfragen, Jahrg. 6, Heft 95, S. 5. Berlin 1877.

Kalifornien und Australien ausgenutzt werden müsse. Sie drangen aber mit ihrem Vorschlag nicht durch und es blieb der Reichsregierung nach dem Krieg 70/71 vorbehalten, die Goldwährung einzuführen.

Bis 1870 gab es an vollwertigem Geld in Deutschland

1456 Millionen Mark Silber
91 Millionen Mark Gold.[78a])

Durch ausländische Gold- und Silbermünzen und Barren erhöhte sich der Edelmetallbestand noch beträchtlich. Der Uebergang zur Goldwährung konnte ausser den oben erwähnten Vorteilen noch *den* haben, dass er mit einem Schlag dem Uebermass an ungedecktem Notenumlauf ein Ende machte.

Die Einführung der Goldwährung sollte vor allem auch die Einheitlichkeit der Geldzirkulation im neuen Reichsgebiet sichern. Als Münzeinheit diente die Reichsmark. Das Gold sollte nach dem Gesetz vom 4. April 1871 in 10 und 20 Markstücken geprägt werden. Aber erst das Gesetz vom 9. Juli 1873 setzte die alten Münzen ausser Kurs. Silber war hinfort Scheidemünze und 20 Mark Silber war die Grenze, die für den Annahmezwang festgesetzt wurde.

Bei dem Uebergang von der Silber- zur Goldwährung besteht der Zwang, das Silber so schnell wie möglich aus dem Verkehr zu ziehen und zu verkaufen und ebenso schnell das Gold in den Verkehr zu bringen. Eine wenn auch nur kurz andauernde Deflation oder Inflation — je nachdem, ob das Silber schneller aus dem Verkehr als das Gold in den Verkehr gebracht wird oder umgekehrt — lässt sich kaum vermeiden. Ein überstürzter Silberverkauf hat eine Baisse des Silberpreises zur Folge, die jedem Land, das von einer Währung in die andere übergeht, teuer zu stehen kommen muss. Der rigoros gehandhabte Silberentzug müsste unbedingt zur Beunruhigung des Geldmarktes führen. Eine plötzlich fühlbare Verknappung der flüssigen Mittel tritt für die Zeit des Einziehens, Einschmelzens und Verkaufs des Silbers sowie für die Zeit des Ankaufs und Prägens des Goldes unbedingt ein. Um diese zu vermeiden, musste man — wenn auch nur für kurze Zeit — den ungedeckten Notenumlauf erhöhen. Alle diese den Geldmarkt und die Wirtschaft beunruhigenden Elemente fielen für Deutschland beim Uebergang zur Goldwährung durch die empfangenen Tributsummen weg, die einen ausserordentlichen Zufluss an Barmitteln bedeuteten. Das eigene Silber, das bis dahin im Umlauf war, brauchte nicht zum Ankauf von Gold verwendet, sondern konnte aus dem Verkehr gezogen und nach und nach abgestossen werden. Deutschland standen durch den Tributeinstrom alle Mittel zum Goldankauf zur Verfügung.

Bei dem Uebergang von der Silber- zur Goldwährung handelte es sich für Deutschland darum, ungefähr 1500 Millionen umlaufenden Silbers in Gold umzutauschen. Der Deutschen Bank wurden die Silberverkäufe anvertraut und da diese nicht im Zusammenhang mit den Goldankäufen zu stehen brauchten, konnte sie sehr vorsichtig operieren. Uebrigens durfte die Deutsche Bank nur mit Erlaubnis des Reichskanzleramtes, die jedesmal einzuholen

---

[78a]) Carl Helfferich: «Die Reform des deutschen Geldwesens nach der Gründung des Reiches. Bd. I. Geschichte der deutschen Geldreform», S. 38. Leipzig 1898.

war, Silber verkaufen. Zeitweise wurde der Bank eine untere Preislimite vorgeschrieben, bei der sie das Silber noch verkaufen durfte. Der Betrag des für Rechnung Deutsches Reich verkauften Silbers floss sofort in die Reichshauptkasse. Das durch französische Zahlungen erhaltene Silber wurde im Ausland veräussert und in Tratten auf London verwandelt, die teils für den Goldankauf verwendet wurden, teils aber auch an der Londoner Börse verkauft und als Guthaben auf die Joint Stock Bank gelegt wurden. Die deutsche Regierung hatte dieser Bank ihre Goldeinkäufe anvertraut. Je nach Bedarf der deutschen Regierung verwendete die Bank die deutschen Guthaben zu Goldankäufen. Die andauernden Goldkäufe führten bald zu einer starken Beunruhigung des Londoner Edelmetallmarktes. Hier trat zum ersten Mal diese Beunruhigung im Herbst 1871 auf, als Deutschland nach Empfang grosser Wechselbestände überschnelle Operationen vornahm. Während Anfang August 1871 der englische Diskont noch auf 2 % stand, stieg er Anfang Oktober auf 5 %. Der Markt beruhigte sich erst, als Deutschland seine Goldankäufe bis Ende des Jahres 1871 einstellte. Anfang 1872 setzten sie wieder ein mit der Folge, dass England seinen Diskont auf 7 % heraufsetzen musste. Zu dem Goldabzug vom englischen Goldmarkt durch Deutschland trat nämlich der für ersteren sehr ungünstige Umstand, dass seine Goldeinfuhr aus Amerika gerade 1872 sehr gering war. Englands Verlegenheit wurde so gross, dass Deutschland sich bereit erklärte, seine Goldankäufe so lange einzustellen, bis der englische Diskont wieder auf 3½ % gesunken sei. 1873 trat die deutsche Regierung erneut als Goldkäufer auf. Frankreich traf zur Entlastung des englischen Goldmarktes am 2. Juni 1873 mit England ein Abkommen, wonach es jeden Monat 50 Millionen Franken in Gold nach Deutschland zu liefern hatte. Deutschland hatte aber festgesetzt, seinen Goldbestand monatlich um 70,560,000 Franken zu erhöhen. Die fehlenden 20,560,000 Franken verschaffte es sich auf dem englischen Markt. Ende des Jahres 1873 stieg, verursacht durch den dauernden Goldentzug, der englische Diskont auf 9 %. Als aber die deutsche Krise einsetzte, hörten die Goldkäufe in England auf.

Während Deutschland eine nie vorher besessene Macht auf dem internationalen Geldmarkt erhielt, verlor Frankreich — wenigstens für kurze Zeit — seine starke Position als Gläubiger des Auslandes durch den Verkauf seiner ausländischen Wertpapiere. Ebenso hatte die Banque de France ihre Stellung als zweitgrösstes Kreditinstitut verloren. Wolowski schrieb damals: «La France a cessé d'être créancière du monde, elle a cessé de toucher un revenu fourni par la production des autres Etats. C'est ainsi qu'elle a pu s'acquitter vis à vis de l'Allemagne. Les contribuables français sont contraints de payer aux porteurs de la rente les arrérages qu'ils tiraient auparavant du dehors.»[79]) Oder: «Il est vrai que nous cessons de toucher le profit annuel qui nous était fourni par l'étranger. L'allemagne nous a succédé —».[80]) Frankreich rückte allerdings bald wieder in seine alte Stellung als Gläubiger des Auslandes ein. Leroy-Beaulieu schätzte den Besitz an ausländischen Wertpapieren im Jahre 1880 schon wieder auf 12—15 Milliarden.

Say[81]) gibt uns eine genaue Aufstellung über die Goldmengen, die Deutschland 1873 zu Prägezwecken zur Verfügung standen und verwendet

[79]) Louis Wolowski a. a. O., S. 6 f.
[80]) Louis Wolowski a. a. O., S. 10.
[81]) Léon Say a. a. O., S. 270.

wurden. Es waren am 15. April 1873, ausser dem in Umlauf befindlichen Gold, 847 Mill. Fr. Und zwar:

712,116 1/2	preussische Friedrichsd'or
233,624 1/2	in Deutschland geprägte Kronen
9,394 1/2	in Oesterreich geprägte Kronen
7 844/1000	Pfund russische Dukaten
55 810/1000	Pfund türkische Goldmünzen
85,774 9211/10 000	Pfund russische Kaiserkronen
2,575 6211/10 000	Pfund amerikanische Dollars
11,374 3562/10 000	Pfund spanische Isabellen
2,351 8522/10 000	Pfund englische Sovereignes
1,915,878 1/2	Stücke englische Souvereignes
43,484 6193/10 000	Pfund in Goldbarren
4,237,794 997/1000	englische Unzen in Goldbarren
193,194 275/1000	amerikanische Dollars
518,590,410 Fr.	französische Goldstücke
166,634 7062/10 000	Pfund in 20-Frankenstücken = 287 Mill. Fr.
4,177,768 150/1000	engl. Unzen in 20 Frankenstücken = 42 Mill. Fr.

Es war 1871 in Aussicht genommen worden, zunächst 400 Mill. Taler Reichsgoldmünzen zu prägen. 1874 waren aber erst 362 Mill. Taler Gold ausgemünzt.[82])

Wie schon oben gesagt, hingen die Goldankäufe nicht von dem Silberverkauf ab. Der Silberverkauf setzte aber sogleich ein, als der Uebergang zur Goldwährung begann. Bis zum September 1871 waren schon 6 1/2 Millionen Silbertaler abgestossen worden. Damals glaubte man, den schwersten Schritt bereits hinter sich zu haben, was sich noch als grosser Irrtum herausstellen sollte. Das Gold wurde in einem schnelleren Tempo in den Verkehr gebracht, als das Silber herausgezogen wurde. Dieses blieb noch längere Zeit im Umlauf, ohne nennenswert vermindert zu sein. Die Unabhängigkeit des Silberverkaufs vom Goldkauf hatte eine Sorglosigkeit gegenüber der Vermehrung der Umlaufsmittel zur Folge, deren schwerwiegende Wirkung wir später sehen werden.

Während der Dauer der Tributzahlungen können wir eine interessante Beobachtung machen. Gleichzeitig floss nämlich mit dem Silberstrom, der Deutschland verliess, ein zweiter in umgekehrter Richtung von Frankreich nach Deutschland. Frankreich, das laut Frankfurter Vertrag seine Zahlungen auch in Silberfranken leisten durfte, kaufte das freigewordene Silber zu günstigen Bedingungen, prägte es und schickte es nach Deutschland zurück, von wo es zum zweiten Mal herausfliessen musste.

---

[82]) Annalen des Deutschen Reiches. Jahrgang 1875, S. 2. Leipzig 1875.

Kapitel II.

Aufschwung, Hochkonjunktur und Krise des deutschen Wirtschaftslebens nach 1870/71.

§ 1. Das psychologische Moment als hemmende und treibende Kraft für den Hochschwung vor und nach dem Krieg 1870/71.

Deutschland, aus vielen einzelnen Kleinstaaten bestehend, das Land der Denker und Dichter, in der ganzen Welt geliebt und verehrt, — da als Konkurrent auf dem Weltmarkt noch nicht zu fürchten — dieses Deutschland wandelte sich im 19. Jahrhundert vom Agrar- zum Industriestaat um. Die grosse industrielle Aufschwungsperiode setzt in den 50er Jahren ein, in welchen die ersten grossen Gründungen industrieller Unternehmungen, Bergwerke, Hütten, Eisenbahnen, Bankinstitute usw. stattfanden. Sombart sagt, «die 1850er Jahre sind die wichtigste spekulative Periode, die Deutschland bisher erlebt hat. In ihnen wird der moderne Kapitalismus definitiv zur Grundlage der Volkswirtschaft gemacht.»[83])

Den neu entstehenden Unternehmungen stehen zum ersten Mal bankähnliche Institute, die es bis dahin noch nicht gegeben hatte, nach dem Muster des Crédit mobilier zu ihrer Finanzierung zur Seite. Das erste Institut dieser Art war die 1853 gegründete Bank für Handel und Industrie in Darmstadt. Aber trotz den revolutionierenden Erfindungen, teilweise schon vor der Mitte des Jahrhunderts, wie Eisenbahn, Dampfschiff, Telegraph, Telephon, Gewinnung von Anilinfarben aus dem Teer der Steinkohle, Gasglühlicht usw. ging die Umwandlung zum Industriestaat und ebenso die Entwicklung der einzelnen Industrieunternehmungen nur langsam, wenn auch stetig voran. Niedrige Löhne und billige Rohprodukte vermochten nicht das Tempo der Entwicklung zu beschleunigen. Es lassen sich verschiedene Gründe für das langsame Entwicklungstempo anführen. Bis zu den 70er Jahren war es vor allem die politische Unsicherheit, welche lähmend auf Unternehmer und Kapitalgeber wirkte. Die kriegerischen Auseinandersetzungen der Jahre 1864 mit Dänemark und 1866 mit Oesterreich brachten sogar eine kurze Zeit der Stockung. Trotzdem — sagt Spiethoff[84]) — war diese schon 1868 überwunden und machte einem weiteren Aufschwung Platz, der aber durch die drohende Kriegsgefahr zwischen Deutschland und Frankreich von neuem aufgehalten wurde. Die kontinuierliche Beunruhigung der gesamten deutschen Geschäftswelt und des Geschäftslebens durch das Gespenst des Krieges liess keine Freude an wagemutigen Unternehmungen aufkommen.

Ferner waren jeder schnellen industriellen Entwicklung die deutschen Kleinstaatensysteme mit ihren noch teilweise erhaltenen Zunftgesetzen, mit ihren verschiedenen Münzsystemen, mit ihren gegenseitigen Missgünsteleien hinderlich.

Weiter standen der deutschen Industrie bis zu den 70er Jahren nicht im entferntesten die Kapitalien, die sie zur raschen Entwicklung gebraucht

---

[83]) Werner Sombart: «Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert», S. 95. Berlin 1903.

[84]) A. Spiethoff: «Krisen». Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. VI., S. 52. 4. Aufl. Jena 1925.

hätte, zur Verfügung. Ausserdem war der Preis, den sie für Leihkapital zahlen musste, sehr hoch. Der Wohlstand hatte sich zwar in Deutschland sehr erhöht. Grosse Ersparnisse waren gemacht worden, denn das Luxusbedürfnis war nicht im Verhältnis der Wohlstandsvermehrung gestiegen. Aber die Ersparnisse wanderten nicht als Leihkapital einheimischen, sondern ausländischen Unternehmungen zu. Ganz besonders betrifft das die 60er Jahre, als ausländische Staaten versuchten, ihre Rententitel in Deutschland loszuwerden. Das Lockmittel war die Höhe der Rendite, welche die der einheimischen Papiere weit überstieg. Deutsche Staatspapiere waren damals überhaupt noch wenig gesucht. Erst später haben die deutschen Eisenbahnbonds deutsche Papiere im ganzen Volke populär gemacht, und zwar durch eine ausserordentlich stark einsetzende Propaganda der damit beauftragten Banken. In den 60er Jahren wurde Deutschland mit fremden Titeln überschwemmt. Da kamen z. B. rumänische und österreichisch-ungarische Eisenbahnpapiere und Eisenbahnbonds der Vereinigten Staaten. Diese letzteren Papiere fielen während des Sezessionskrieges zwischen Nord- und Südstaaten um 40 %. Deutschland glaubte — ganz im Gegensatz zu Frankreich, das um diese Zeit, auf den Endsieg der Südstaaten bauend, den unglücklichen Maximilian von Oesterreich in sein mexikanisches Abenteuer stürzte — an den Sieg der Nordstaaten und kaufte die so billig gewordenen amerikanischen Eisenbahnbonds. Der grosse und völlige Sieg der Nordstaaten bewirkte ein rapides Ansteigen der amerikanischen Wertpapiere, und den Besitzern der Eisenbahnbonds flossen ganz aussergewöhnliche Kursgewinne zu. Diese auf so leichte und scheinbar auf so sichere Weise erworbenen Gewinne brachten allen Schichten des deutschen Volkes die Bekanntschaft mit der Effektenspekulation. Da es ein ausländisches Papier gewesen war, das so unerwartete Reichtümer gebracht hatte, glaubte man mehr als je an fremde Papiere, und ein vermehrter Kapitalstrom floss zum Ankauf ausländischer Effekten aus Deutschland heraus und ging der einheimischen Industrie verloren. Sehr beliebt waren beim deutschen Publikum ferner die vom österreichisch-ungarischen Staat ausgegebenen Eisenbahnaktien, die mit einer Zinsgarantie ausgestattet in Deutschland guten Absatz fanden.

Die Preussische Bank hielt in den Jahren 1865—66 den Banksatz auf 7 % und erhöhte ihn infolge der steigenden Kriegsgefahr im Mai 1866 auf 9 %.[85]) Als der Krieg 1870 zwischen Deutschland und Frankreich ausbrach, wurde der Aufschwung auf zwei Jahre unterbrochen, Unternehmungsinitiative und Unternehmungslust gelähmt.

Für die Wechsellagen der Wirtschaft in normalen Zyklen (Aufschwung, Krise, Stockung) gibt es viele Ursachen. Es gibt solche, die parallel laufen, solche, die gegeneinander laufen, ferner solche, die ineinander übergehen. Treten aber aussergewöhnliche Ereignisse wie Naturkatastrophen oder Krieg ein, so treten zu den normalen Ursachen für die Aenderung der Wechsellage neue Elemente hinzu, die mit denen normaler Wirtschaftszeiten nicht verwechselt oder verglichen werden dürfen. Für die Untersuchung einer vergangenen Wirtschaftsepoche ist es sicher leichter, die Ursachen der Veränderung der Wechsellage für die Zeit aussergewöhnlicher Ereignisse festzustellen, denn die aussergewöhnlichen Ereignisse bieten sich gewissermassen

[85]) A. Spiethoff a. a. O., S. 52.

herausgelöst, viel plastischer und mit starken Konturen dem Auge dar, können also viel isolierter untersucht werden als die Ereignisse des normalen Wirtschaftslebens.

Spiethoff sagt: «Die letzte Ursache der Aufschwungsbewegungen ist etwas Seelisches. Die gewöhnlichen Reize des täglichen Lebens sind geeignet, das Getriebe aufrecht zu erhalten, sie genügen aber nicht, einen besonderen Schwung herbeizuführen. Um ein Mehr zu erreichen, müssen besondere Vorstellungen hinzutreten, die als ausserordentliche Reize wirken. Ist der gesteigerte Erwerbstrieb und Unternehmungsgeist durch besondere Vorstellungen nur erst einmal bei den Empfänglichen entfacht, so gelangen die anderen bald unter den ansteckenden Einfluss dieser Seelenstimmung, und es entsteht ein neuer Gesamtseelenzustand. Trifft der Trieb weiterhin auf besonders einladende wirtschaftliche Verhältnisse und ihn stark anstachelnde Vorstellungen, und wirken gesellschaftliche Erfahrung und wirtschaftliche Einrichtungen nicht als Gegengewicht, so erfolgt seine Uebereizung. Das einfache Erwerbsstreben verwandelt sich in eine Sucht, schnell grosse Reichtümer zu erlangen und blind wird diesem Ziele zugestrebt; es entsteht die Ueberspekulation.»[86]) Diese rein auf psychologische Gründe zurückgehende Erklärung für die Veränderungen der Wechsellagen passt in jedem von Spiethoff niedergelegten Gedanken auf die Zeit nach dem Krieg 1870/71. Das psychologische Antriebsmoment für die gesamte Volkswirtschaft war da. Während die andauernde Angst vor dem ausbrechenden Krieg die Tätigkeit der Unternehmer gelähmt und die Kapitalisten ängstlich gemacht hatte, trat jetzt, als endlich Aussicht auf langanhaltenden Frieden gekommen war, das Gegenteil ein. Der gewonnene Krieg, das besiegte Frankreich, der Stolz auf die bewiesene Kraft erweckten im ganzen deutschen Volk einen gesteigerten Lebens- und Tätigkeitsdrang. Die Zeit während des Krieges bedeutete für das deutsche Volk, besonders aber für die im Felde stehenden Soldaten ein aussergewöhnliches und abenteuerliches Leben. Der Abbruch des Krieges machte diesem aussergewöhnlichen Leben ein Ende und musste notgedrungen wieder einem alltäglichen Platz machen. Das Gleichgewicht der Massenstimmung lässt sich aber nicht von einem auf den andern Tag wiederherstellen. Der Taumel der Begeisterung, in den ein heisserstrittener Sieg das deutsche Volk versetzte, brauchte zahlreiche Ventile, die sich vor allem im Wirtschaftsleben öffneten. Alle wirtschaftlichen Kräfte spannten sich nun plötzlich bis zum Aeussersten an. Man wollte nicht nur das erste Militärvolk, sondern auch das hervorragendste Volk auf dem Gebiet der Wirtschaft werden. Ein bis in die äussersten Winkel des Wirtschaftslebens höchstgesteigerter Erwerbstrieb wurde sicht- und fühlbar. Er trat einerseits als Unternehmerinitiative, andererseits als Spekulationswille auf. Kühnheit der Gedanken, der Kombinationen, des Handelns tritt nun nicht mehr vereinzelt auf. Sie ergreift den kleinsten Unternehmer wie den Händler. Die Spekulation, die das deutsche Volk grösstenteils bis dahin nur vom Hörensagen kannte, wird ihm ein willkommenes, interessantes und alltägliches Spiel, an dem sich jeder beteiligt. Jeder im Volk empfand sich als Empfänger der Tribute und dieselben als persönliche Einnahme, die jedem Einzelnen zugute käme! So war der Anstoss zur Aenderung der Wechsellage da. Er war ausserordentlich stark und plötzlich und verursachte, dass der Hochschwung (wie Spiethoff sagt)[87]) ganz plötzlich nach dem Kriege einsetzte.

[86]) A. Spiethoff a. a. O., S. 70.

[87]) A. Spiethoff a. a. O., S. 52.

§ 2. *Staatliche Wirtschaftsankurbelung auf dem Geld- und Kapitalmarkt und durch Aufträge.*

In vergangenen Zeiten kannte man für eine daniederliegende Wirtschaft kein anderes Heilmittel als zu warten, bis die schlechten Zeiten vorbei waren und bessere einsetzten. Im Zeitalter des Hochkapitalismus, der höchstgesteigerten Rechenhaftigkeit, der Höchstintensivierung der Kapital- und Industriewirtschaft ist niemand mehr in der Lage, bessere Tage abwarten zu können; es heisst handeln, um sie zu erzwingen. Für die Ankurbelung der Wirtschaft gibt es verschiedene Mittel. Es bedarf, wie Spiethoff ausführt, kühner und wagemutiger Privatleute, welche durch ihren Unternehmermut die Stockung überwinden und den Aufschwung herbeiführen können. Es gibt ferner die Möglichkeit, dass der Staat selber den Anstoss für den Aufschwung der Wirtschaft gibt, indem er ein grossangelegtes Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Ausführung bringt in Form von ausserordentlichen Aufträgen, die er vergibt. Dies bedeutet in Krisenzeiten eine besonders schwierige finanzielle Aufgabe für den Staat, denn, da seine Einnahmen durch spärlicher fliessende Steuereingänge zurückgegangen sind, müssen besondere Massnahmen zur Finanzierung der Aufträge getroffen werden. Da es sich hierbei auch nur wieder um Steuern oder Anleihen handeln kann, müssen diese die daniederliegende Wirtschaft aufs neue empfindlich treffen.

Nach dem Krieg 1870/71 lagen die Verhältnisse für die Ankurbelung der Wirtschaft besonders günstig. Hier wurde einerseits die Wirtschaft durch Neugründungen der Unternehmer angekurbelt, andererseits war es die deutsche Regierung sowohl in ihren finanziellen Massnahmen als auch in ihrer Funktion als Auftraggeber der Industrie, welche den Anstoss für die schnelle Veränderung der Wechsellage gab. Der Einstrom der 5 Milliarden lieferte der Regierung die dafür notwendigen Mittel. Sie brauchten darum dem deutschen Volk nicht erst durch Steuern entzogen werden.

Der neue deutsche Staat wurde durch den gewonnenen Krieg und den Besitz der 5 Milliarden in eine glückliche Finanzlage versetzt. Soetbeer[88]) hat berechnet, dass Deutschland ohne die französische Kriegsentschädigung die Steuern um mindestens 50 Millionen Taler = 187,5 Mill. Fr. hätte erhöhen müssen, nur um die Kosten des Krieges zu decken. Dazu wären noch die Steuern für die Aufbringung der Anleihezinsen, für Vergrösserung und Verstärkung des Heeres und der militärischen Anlagen gekommen. Das hätte für jeden Haushalt ein Viertel seines Steuerbetrages ausgemacht, also anstatt 27 Taler fast 34. Für die Ankurbelung der Wirtschaft hätte das deutsche Volk weitere Lasten auf sich nehmen müssen.

So aber waren gleichzeitig drei Kräfte am Werk, um die deutsche Wirtschaft aus der Stockung heraus in den Aufschwung zu führen: Privatinitiative, die deutsche Regierung als Auftraggeber und die 5 Milliarden, welche ihr zur Verfügung standen. Die Wirkung von einströmenden Tributen, also einseitigen Wertübertragungen, muss je nachdem eine sehr verschiedene sein:

Sie ist grösser oder kleiner je nach Höhe der Tributsumme,
sie ist grösser oder kleiner je nach Höhe des Wirtschaftsstandes,

---

[88]) Soetbeer: «Die 5 Milliarden». ‚Deutsche Zeit- und Streitfragen' in den Annalen des deutschen Reiches. S. 23 ff. Berlin 1874.

sie ist grösser oder kleiner je nachdem, welches die gerade herrschende Wechsellage ist,

sie ist grösser oder kleiner je nach dem Tempo, in welchem das Geld einströmt.

Damals schon hatte Ludwig Bamberger besonders den letzten Punkt klar erkannt. Er war es, der im Reichstag erklärte, wie gefährlich es für Deutschland sein würde, in einem kurzen Zeitraum solch riesige Summen, wie es die Tribute waren, aufzunehmen. Gleichzeitig wurde Thiers in der französischen Nationalversammlung getadelt, die Zahlungen zum Schaden des Anleihekurses überhetzt zu haben!! Bamberger prophezeite damals, dass durch das viel zu schnelle Tempo des Einstroms der Tribute «eine unnatürliche Anstachelung des Unternehmungsgeistes, rastlose Lohn- und Preissteigerung und eine verderbliche Ableitung der Arbeitskräfte zu Tätigkeiten, die weniger produktiv seien, als die bisher in ruhiger Weise aufgesuchten, die Folge sein würden».[89]) Er schlug vor, ausländische Wertpapiere zu kaufen und diese je nach Bedarf zu verkaufen und die Beträge langsam und vorsichtig nach allmählicher Steigerung der Gütermenge ins Inland zu ziehen. Damals trat Franz Stöpel[90]) ihm entgegen, um zu beweisen, dass durch die einströmenden Milliarden, die hauptsächlich zur Bezahlung des Kriegsaufwandes gedient hätten, Deutschland keinerlei Schaden erwachsen könne. Wäre man Bambergers Rat gefolgt, so hätte sich die nachfolgende wirtschaftliche Katastrophe für Deutschland vermeiden lassen. So aber entstand eine Ueberfülle flüssiger Mittel, die sich nicht schnell genug in die richtigen Bahnen leiten liess. Die Franzosen hatten ursprünglich vorgeschlagen, 1 Milliarde innerhalb von 3 Jahren in bar und 4 Milliarden in Rententiteln zu bezahlen; aber die deutsche Regierung, welche nicht erkannte, dass auch für sie dieser Vorschlag der weitaus günstigste gewesen wäre, beharrte auf ihrer Forderung von Bargeld und Devisen.

Drei mächtige Faktoren also, die getrennt und gemeinsam arbeiteten, übten ihre das deutsche Wirtschaftsleben anfachende Wirkung mindestens dreimal stärker aus, als entweder Privatinitiative, oder der Staat oder zusätzliches Geld ihre befruchtende und antreibende Wirkung gezeitigt hätten. Es ist klar, dass bei einer beabsichtigten Ankurbelung das Tempo sehr vorsichtig angemessen werden muss, damit die Kurbel, die der Mensch langsam und mit eigenem Willen in Bewegung setzte, ihm nicht plötzlich aus der Hand geschlagen wird, sich selber ein eigenes rasendes Tempo verleiht, bei dem der Mensch nur noch macht- und hilflos zusehen kann.

In unserem Fall, nach 1870/71, wurde die Ankurbelung der Wirtschaft von Anfang an schon viel zu heftig betrieben, eben weil drei mächtig arbeitende Faktoren zur Ueberwindung der Stockung gleichzeitig wirkten, so dass der neuen Wechsellage (der Hochkonjunktur) ebenso beschleunigt die Krise folgen musste.

Die französische Kriegsentschädigung lieferte der deutschen Regierung Summen, über die die einzelnen Kleinstaaten in ihrer Gesamtheit bis dahin

---

[89]) L. Bamberger: «Die fünf Milliarden». Preuss. Jahrb., Bd. 31, S. 22. Berlin 1873.

[90]) Fr. Stöpel: «Betrachtungen über die Handelsbilanz Deutschlands im Jahre 1873«. Als Nachtrag zu der Abhandl. «Zur Bankfrage» aus: «Neue Frankfurter Presse». Frankfurt a. M. 1875.

noch nie hatten frei verfügen können. Wie ausserordentlich gross der Betrag für Deutschland war, sehen wir daran, dass er nach Soetbeer[91]) dreimal das in Deutschland umlaufende oder in den Banken bewahrte Bargeld übertraf. — Hatte in Frankreich die Aufbringung der Tribute dazu geführt, dass die Franzosen ihre ausländischen Rentenpapiere verkauften und mit dem Erlös sichere französische Staatstitel erwarben, so trat in Deutschland das Umgekehrte ein. Das Deutsche Reich hatte 1871 die gesamten Anleiheschulden des norddeutschen Bundes übernommen, ebenso die preussischen Schatzanweisungen, Marineanleihen, Schuldverschreibungen von Kommunalanleihen, von Pfandbriefen und Eisenbahnpapieren. Nach dem Krieg machte nun die deutsche Regierung von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch, zog sämtliche begebene Anleihen ein, annullierte sie und zahlte sie dem Publikum aus mit Ausnahme der Eisenbahnpapiere, welche sie wohl zurückzog, aber in einem Betrag von 187 Millionen Taler bestehen liess zur Schaffung des Reichsinvalidenfonds. Diese Massnahme, aus dem Ideal der Staatsschuldenbefreiung heraus zu verstehen, bedeutete die Revolutionierung des Anlagekapitals. Die Besitzer festverzinslicher und sicherer Papiere sahen sich von einem Tag zum andern genötigt, Besitzer von Papieren neuer Unternehmungen und neuer Gewerbe zu werden. Während sonst der allmähliche Wechsel von Anlagebesitz festverzinslicher Papiere zum Besitz spekulativer Papiere das Zeichen des Ueberganges von der Stockung zum Aufschwung ist und freiwillig geschieht, zwang in unserem Fall die deutsche Regierung durch ihre finanzpolitische Massnahme mehr oder weniger das Publikum zum Umtausch.

Zuerst wurden die 5 %igen Anleihen des norddeutschen Bundes, die den Staat am teuersten zu stehen kamen, eingezogen und zurückgezahlt. Bis September 1871 hatte die deutsche Regierung mit Hilfe der schon bis dahin eingeströmten Tribute die Mittel für die Rückzahlung flüssig. Der Termin war für Ende Dezember festgelegt worden, um nicht noch einmal kurz vor der Annullierung der Papiere Zinsen zahlen zu müssen. Zur Ausnutzung der Frist von September bis Dezember versuchte die Regierung die Gelder kurzfristig anzulegen, was ihr aber nicht gelang. Sie gingen also in diesen Monaten, die sich noch durch Geldknappheit auszeichneten, der deutschen Wirtschaft verloren. Die Rückzahlung der Anleihen drängte dem deutschen Kapitalmarkt plötzlich riesige Summen auf und lieferte der sich in heftigem Tempo entwickelnden Industrie Leihkapitalien zu billigem Zins und dadurch die Möglichkeit, das Tempo der Entwicklung zu steigern. Die flüssigen Gelder übten ihre Wirkung zuerst auf dem Kapitalmarkt aus, denn es steht fest, dass bei plötzlicher starker Vermehrung des umlaufenden Geldes dieses zuerst dem Effekten- und dann erst dem Warenmarkt zuströmen muss. Da dem anleihebesitzenden Publikum der Boden für sichere Anlagen von seiner eigenen Regierung entzogen war, griff es nach inländischen und ausländischen Papieren, von dem *einen* Gedanken erfasst, ein Papier zu kaufen, das möglichst grosse Gewinnaussichten hatte. Wir finden für die Jahre 1825 sowie 1877 eine Parallele in England. Damals zog die englische Regierung zwar nicht ihre Titel ein, aber konvertierte sie so niedrig, dass das Publikum sich genötigt fühlte, seine sicheren Staatstitel zu verkaufen und sich dafür hoch verzinsliche, aber unsichere Spekulationspapiere zu kaufen.[92])

Die Vereinigung der deutschen Kleinstaaten zu *einem* Deutschen Reich hatte das Absatzgebiet für Wertpapiere um die gleiche Zeit gefährlich ver-

---

[91]) Georg A. Soetbeer a. a. O., S. 8.

[92]) Tooke, Thomas: «History of prices and of the state of the circulation from 1793—1856.» Bd. IV. S. 334. London 1838—1857.

grössert. Papiere, die früher nur für lokalen Absatz in Betracht kamen, deren Wert daher leicht übersehbar war, konnten jetzt im ganzen Reichsgebiet gehandelt werden, verloren daher ihre persönliche und sichere Beziehung zu ihrem Käufer.

Der deutsche Staat war nach Einzug und Auszahlung seiner Staatstitel schuldenfrei. Die Eigenherrlichkeit des staatlichen Finanzgebarens ohne Rücksicht auf die Folgen, welche es für das Wirtschaftsleben haben musste, hat sich schwer gerächt. Der verhängnisvolle Irrtum, dass Staatsschuldenbefreiung um jeden Preis das Beste für Staat und Wirtschaft sei, wurde erst erkannt, als es zu spät war. —

Im Reichshaushaltsplan von 1872 finden wir zum ersten Mal die französische Kriegsentschädigung zum Budgetausgleich erwähnt. In der Position 7 steht unter Einnahme: «aus den französischen Kriegsentschädigungen zu zahlen», und zwar einen Posten von 14,762 Millionen Mark.[93])

Bis 1876 ist der ausserordentliche Bedarf des deutschen Reichshaushaltes aus den Tributen gedeckt worden. Nachdem aus den gleichen Mitteln das Schatzamt noch als Käufer deutscher und ausländischer Wertpapiere aufgetreten war, nachdem es sich Depositen im Ausland angelegt und sich ein grosses Wechselportefeuille mit erstrangigen Wechseln auf lange Sicht beschafft hatte, waren 1877 die 5 Milliarden schon verbraucht, mit Ausnahme der obenerwähnten Fonds für besondere Zwecke. 1877 ist zum ersten Mal eine Schuldverschreibung des Deutschen Reiches zur Deckung des ausserordentlichen Bedarfs aufgelegt worden. Für die folgenden 10 Jahre handelte es sich noch um kleinere Summen, die 100 Millionen Mark im Jahr nicht überstiegen. Während die Staatsschuld Ende 1877 erst 18,3 Millionen Mark betrug, war sie bis 1906 schon auf 3,5435 Milliarden angewachsen.[94])

Fünf Jahre ungefähr nach Friedensschluss sind in Deutschland die Steuern nicht erhöht worden. Der Reichshaushaltsplan von 1872 bestätigte sogar das Gesetz der Staaten des norddeutschen Bundes und der süddeutschen Staaten vom Jahre 1869, nach welchem eine Herabsetzung der Salzsteuer beschlossen wurde. Es fiel hiermit die Besteuerung des Salzes für industrielle und landwirtschaftliche Zwecke weg und nur diejenige für Speisesalz blieb bestehen. Erst 1878 legte die Reichsregierung dem Parlament einen dringend erwünschten Steuerreformplan zwecks Erhöhung der Staatseinnahmen vor. Es sollten hiernach die Steuern auf Branntwein, Bier und Tabak erhöht werden. Die Vorlage ging damals allerdings nicht durch. — Wir sehen, dass der Einstrom der 5 Milliarden für den Staatshaushalt von tiefer und einschneidender Bedeutung war, dass aber die Wirkung auf ihn nur kurze Zeit dauerte und sich nach wenigen Jahren schon nicht mehr nachweisen lässt. —

Zu gleicher Zeit, als die deutsche Regierung den deutschen Geld- und Kapitalmarkt beherrschte, gewann sie auch auf das industrielle Leben Deutschlands den grössten Einfluss, denn sie trat als bedeutendster Arbeit- und Auftraggeber auf. Die Verwendung der Tributsummen gibt uns darüber klaren Aufschluss: Zum Zweck der Aufrüstung mit Hilfe der Tribute wurden an die Industrie Aufträge im Werte von 357,525,339 Talern oder mehr als einer

---

[93]) Georg v. Schanz: «Ein Wort zur Schuldendeckung des Reiches in den letzten 30 Jahren.» S. 255. Finanzarchiv 1908.

[94]) Georg v. Schanz a. a. O., S. 256.

Milliarde Mark vergeben. Hinzu kommen kleinere Aufträge, so die für Herstellung von Militärkarten in Höhe von 235,000 Talern und für den Bau eines Reichstagsgebäudes in Höhe von 8 Millionen Talern. Die Neuausrüstung der Armee bedeutete Arbeit und Verdienst für die Schlüsselindustrie, für Spinner- und Webereien, für Militärtuch-, für Wirk- und Wollwarenfabriken, für optische Werke usw. Der Auf- und Ausbau der Marine verschaffte der Schiffsbauindustrie grosse und lohnende Aufträge.

Die deutsche Regierung hat versucht, nach dem Krieg das Gleichgewicht zwischen industriellen Kräften, Kapitalien und Gütern wieder herzustellen. Sie war überzeugt, durch Fixierung des Datums, an welchem die französischen Zahlungen geleistet werden mussten, durch Forderung ihrer rechtzeitigen Ankündigung, durch Festsetzung ihrer unteren Limite einer unvorhergesehenen Ueberschwemmung mit Zahlungsmitteln und dadurch jeder Gefahr für das gesamte Wirtschaftsleben vorgebeugt zu haben. Die Regierung erkannte nicht, dass die Gefahr für die Wirtschaft nicht so sehr von der Seite des Tributeinstroms überhaupt, sondern von der Verwendung der Tributsummen drohte. Darum gelang es ihr auch nicht, die schweren Schäden von der deutschen Wirtschaft abzuhalten. Die Regierung ist sogar dafür verantwortlich zu machen, durch ihre Verwendung der 5 Milliarden den Anstoss für die gefährliche Aufblähung der Konjunktur und die daraus erwachsene Krise gegeben zu haben. Mit Hilfe der errungenen Tribute konnte die deutsche Regierung zwar die gesamte deutsche Wirtschaft durch die Neu- und Aufrüstung des Heeres und der Flotte ankurbeln, sogar ohne das deutsche Volk steuerlich neu belasten zu müssen. Aber eine echte Konjunktur hat sie dadurch nicht geschaffen. Es ist falsch und verhängnisvoll zu glauben, dass der Staat durch Arbeitsbeschaffung schlechthin die Wirtschaft auf jeden Fall in eine langanhaltende Hochkonjunkturperiode führen kann. Dies ist nur mit Hilfe von produktiver Arbeitsbeschaffung denkbar, deren Möglichkeiten von vorneherein sehr beschränkt sind. Produktive Arbeitsbeschaffung bedeutet allmähliche Befruchtung des gesamten Wirtschaftslebens; sie muss dieses in Schwung bringen und einer langanhaltenden Konjunktur zuführen. Ihre Leistung muss dem gesamten Volk zu dauerndem Nutzen sein wie etwa der Ausbau und die Vergrösserung des Eisenbahnnetzes, was für die gesamte Wirtschaft eine ungeheure, fruchtbringende Wirkung hatte. Es mögen alle Industrien für die Aufrüstung direkt oder indirekt tätig sein, es mag die Propaganda der Rüstungsindustrie oder der Staatsdiktatoren das Volk von der produktiven Wirkung der Aufrüstung auf die Wirtschaft überzeugen, es mögen sich Gelehrte finden, welche die Unproduktivität der Ausgaben für militärische Zwecke ableugnen, vielleicht aus Angst, als Antimilitarist oder Pazifist zu gelten[95]), es mag das daniederliegende Wirtschaftsleben mit Hilfe der Aufrüstung hochgepeitscht werden, niemals kann trotzdem die Aufrüstung produktive Arbeitsbeschaffung und Ursache einer echten Konjunktur sein. Denn die Güter der Aufrüstung dienen letzten Endes grossenteils dazu, — sich selber im Augenblick der Verwendung in Nichts auflösend — sinnlos Menschen und Güter zu vernichten. Ihre Herstellung muss in kürzester Zeit erfolgen, denn das gehört zur Logik der Aufrüstung. Es sind also ausserordentlich grosse Erweiterungen und Neuschaffungen von Produktionsanlagen notwendig, um die geforderten kurzen Lieferungszeiten

---

[95]) Bruno Moll in seinem Lehrbuch der Finanzwissenschaft, Seite 129, 1930, schreibt darüber: «Die Vertreter der Finanzwissenschaft haben sehr häufig gegen ihr besseres Wissen gesündigt, indem sie erklärt haben, die Rüstungs- und Kriegsausgaben seien wenn nicht rentabel so doch produktiv.»

einhalten zu können. Dieses forcierte Tempo des Wirtschaftslebens bringt es mit sich, dass der Augenblick sehr schnell kommen muss, wo der gesamte Produktionsapparat, der notgedrungen ausserordentlich erweitert wurde, als handle es sich um Befriedigung eines dauernden Mehrbedarfs, ins Stocken gerät, nämlich in dem Augenblick, wo die Aufrüstung beendet, die Armee neu gekleidet und neu bewaffnet, wo Kanonen und Munition in genügender Menge vorhanden sind. Wenn man nicht sinnlos weiterrüsten will, bleibt nichts anderes zu tun, als die Kurbel, mit der man die Wirtschaft in Schwung brachte, rückwärts zu drehen. Sogleich muss es sichtbar werden, dass die kurze Konjunktur, die mit den primitivsten Mitteln erzeugt war, zu Ende ist. —

Wir werden nun sehen, wie nach dem gewonnenen Krieg 1870/71 für die genannten Zweige der Wirtschaft — direkt oder indirekt beeinflusst durch die Verwendung der Tribute durch die Regierung und deren Folgen — ein unerhörter Hochschwung einsetzte, der aber nur kurz anhielt und trotz der 5 Milliarden sehr schnell zusammenbrach und einer langanhaltenden Krise weichen musste.

§ 3. Industrie, Börse, Bank und Aktien-Gesellschaft.

Der staatliche Antrieb von der Kapitalseite her bewirkte die Gründung von 41 neuen Banken[96]), und die Rüstungsaufträge sowie das grossartige Eisenbahnbauprogramm setzten die Schlüsselindustrien Kohle und Eisen in Schwung.

Die Roheisenerzeugung (in Metertonnen zu 20,000 Zentnern)

	Deutschland	Frankreich
1869	1289	1356
1870	1216	1210
1872	1810	1220
1873	2246	1371
1874	1646	1402 [96 a])

Der Rückgang im Jahre des «Kraches» bedeutete eine Produktionsverknappung um 110,7 Mill. Mark.

Die Eisenbahn sollte aus den grossen Mitteln, die der Regierung plötzlich zur Verfügung standen, verbessert und ihr Netz bedeutend vergrössert werden. Aus militär- und wirtschaftspolitischen Gründen wurde sofort nach dem Krieg damit begonnen, ebenso mit der Vergrösserung der Flotte. Diese bestand 1872 aus 316, 1873 schon aus 392 Schiffen. Die deutschen Eisenbahnen hatten im Krieg Ausserordentliches geleistet. Sie hatten vor allem dem Transport von Mensch, Tier und Kriegsmaterial bis in Feindesland gedient. Das Eisenbahnnetz, das 1850 nur 5856 km, 1860 nur 7826 km betrug, sich bis 1870 auf 18.667 km vergrössert hatte, wurde nach dem Krieg ausserordentlich erweitert.

---

[96]) L. Brentano: «Besprechung von Dr. Fr. Xav. v. Neumann-Spallart: Uebersichten über Produktion, Welthandel und Verkehrsmittel», Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. I. Jahrg., S. 171. Leipzig, 1877.

[96 a]) L. Brentano a. a. O. S. 433.

1871 auf 20,980 km
1872 „ 22,307 „
1873 „ 23,625 „
1874 „ 25,296 „ [97])

Strecke und Eisenbahnmaterial hatten durch den Krieg schwer gelitten, denn wegen Mangel an männlichen Kräften war die Pflege stark vernachlässigt worden. Ausser der Erweiterung des Eisenbahnnetzes galt es also nun, altes und schadhaft gewordenes Material zu ersetzen, neue Maschinen und Waggons einzustellen.

Der ungeheure Aufschwung der deutschen Wirtschaft nach dem Krieg stellte an die Eisenbahn erneut ausserordentliche Anforderungen. Um wieviel eher hätte Treitschke jetzt von «dem veränderten Aussehen und dem neuen Leben Deutschlands» schreiben können als für die von ihm bezeichneten Jahre 1850—60.[98])

Der Bau der neuen Linien wurde teils vom Staat, teils — vor allem in Preussen — von Privatgesellschaften oder Einzelunternehmern, sogenannten Generalunternehmern, die ihrerseits wieder konzessionspflichtig waren, ausgeführt. Schon seit 1863 war in Ostdeutschland ein kühner Unternehmer namens Bethel Henry Strousberg (eigentlich Barthel Heinrich Strausberg) als Erbauer von Eisenbahnen tätig. Ursprünglich war er nur Vertreter einer englischen Finanzgruppe, die in den 60er Jahren eine Bahn zwischen Tilsit und Insterburg bauen wollte. Diese hatte ihn zu Verhandlungen nach Preussen geschickt. Er machte sich noch im gleichen Jahre selbständig und begann als Unternehmer von Eisenbahnbauten bald von sich reden zu machen. Kühn in seinen Plänen, weitblickend in seiner Erkenntnis der ausserordentlichen volkswirtschaftlichen Bedeutung eines weitverzweigten Eisenbahnnetzes, stürzte er sich in grosse und gewagte Unternehmungen und hatte zuerst grosses Glück. Er war der erste deutsche Industrielle modernen Stils und bald einer der reichsten, wozu ihm ein eigen erdachtes Lohnsystem, die sogenannte Generalentreprise, behilflich war. Aber er überschätzte auf die Dauer seine eigenen finanziellen Kräfte und die Möglichkeit der immer neuen Kapitalbeschaffung. Daran ging er zu Grunde wie 50 Jahre später ein Industrieller ähnlichen Formats, Hugo Stinnes. Am Anfang der 70er Jahre begann Strousbergs finanzielle Lage kritisch zu werden. Er griff zu neuartigen und immer raffinierteren Mitteln der Kapitalbeschaffung. Er liess eine starke Zeitungsreklame und Propaganda einsetzen, die unerhörte Gewinnchancen für Besitzer seiner Eisenbahnwerte versprach. Aber seit Ende 1872 nahm die Kauflust des Publikums für Eisenbahnpapiere dauernd ab. Als nun Anfang 1873 Lasker seine berühmt gewordene Reichstagsrede gegen den Schwindel mit Eisenbahnpapieren hielt, kam der Stein ins Rollen. Die fieberhaften Bemühungen Strousbergs, Kapital für seine Unternehmungen zu beschaffen, halfen ihm nichts mehr. Sein völliger Zusammenbruch war nicht mehr aufzuhalten. Dieser wurde die düstere Einleitung zu dem grossen «Krach», der das ganze deutsche Wirtschaftsleben traf; er bildete das Ende der eigentlichen Gründerzeit. — So tief aber der Fall Strousbergs auch ge-

---

[97]) Adolf Berliner: «Die wirtschaftliche Krisis, ihre Ursachen und ihre Entwicklung, S. 17. Hannover 1878.

[98]) Heinrich v. Treitschke: «Deutsche Geschichte», Band IV, S. 581, I. Aufl. Leipzig 1889.

wesen sein mag, so hat dieser persönliche Zusammenbruch seine Eisenbahnunternehmungen und -schöpfungen nicht zerstören können, denn die ungeheure volkswirtschaftliche Bedeutung des von ihm und vom Staat mit Hilfe der Tribute vergrösserten Eisenbahnnetzes war struktureller und nicht konjunktureller Art. War doch die Eisenbahn die einzige «Maschine» überhaupt, welche dem Menschen dauernd neue Arbeitsmöglichkeiten erschlossen hat. Durch sie sind nicht nur keine Arbeitskräfte zur Arbeitslosigkeit verdammt, sondern durch sie immer neue eingestellt worden. Sie ist so das einzige Beispiel dafür, dass eine Maschine (seit ungefähr 100 Jahren jedenfalls) arbeitschaffend und nicht arbeitfreisetzend wirkt.

Die Rendite bei der deutschen Eisenbahn war zur Zeit der Hausse verhältnismässig hoch, wenn auch nie so hoch, dass sie das spekulationssüchtige Publikum besonders angeregt hätte. Bei der preussigen Eisenbahn betrug die Durchschnittsrendite

	des Kapitals in Stammaktien	des Gesamtkapitals
1871	8,21 %	6,07 %
1872	7,16 %	5,54 %
1873	5,44 %	4,64 %[99])

Dem Gewinn, den die Eisenbahnen hatten, standen sehr bald erhöhte Preise für Kohle, Eisen und andere Materialien und erhöhte Lohnzahlungen gegenüber.

Preis für Roheisen in Hamburg (pro Tonne)[100]):

1861—70	69,00	Mark
1871	72,60	„
1872	125,40	„
1873	143,60	„

Es stellte sich bald heraus, dass die Dividende zu günstig berechnet war, denn die Ausgaben begannen die Einnahmen zu übersteigen. Die Wirkung der Erhöhung der Preise bei den Schlüsselindustrien Kohle und Eisen trat beim Eisenbahnbau sofort in Erscheinung.

Durchschnittskosten pro km[101])

1870	219,663	Mark
1871	225,486	„
1872	227,745	„
1873	237,483	„
1874	253,602	„

Als das Tempo der Produktion bei Beginn der Krise in allen Industrien sich notgedrungen verlangsamte, als der Lohn fiel und der Konsum abnahm, verringerte sich auch der Warentransport und damit die Einnahmen der

---

[99]) Wilhelm Oechselhäuser: «Die wirtschaftliche Krise». S. 40. Berlin 1876.

[100]) Georg Adolf Soetbeer: «Materialien zur Erläuterung und Beurteilung der wirtschaftlichen Edelmetallverhältnisse und der Währungsfrage». 2. Aufl., S. 108. Berlin 1886.

[101]) G. A. Soetbeer a. a. O. S. 108.

Eisenbahn. Die anhaltende Krise brachte weiteren Rückgang, damit verminderte Einnahmen, die man durch Tariferhöhung kompensieren wollte. Diese Massnahme führte aber zu solch katastrophaler Schrumpfung des Warentransportes, dass die Regierung die Tariferhöhung wieder zurücknahm. Trotzdem die Eisenbahn von der Krise nicht verschont worden ist, hat sie dieselbe wohl am leichtesten überstanden.

Die Wirkungen der staatlichen Eingriffe auf dem Geld- und Kapitalmarkt sind oben besprochen. Die Annullierung der Staatstitel und die enorme Kapitalnachfrage einer sich plötzlich entfaltenden Industrie gab Banken und Börsen eine nie dagewesene Chance: ein neues Gleichgewicht zu schaffen zwischen den neue Anlagen suchenden früheren Staatstitelinhabern und den kapitalsuchenden Unternehmern.

1870 gab es in Deutschland zirka 410 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von zirka 3 Milliarden, 1874 war ihre Zahl auf 2267 mit einem Kapital von 7,3 Milliarden Mark gestiegen.[102]) (Man beachte die Kapitalschwäche der A. G. 1874 im Vergleich zum Jahre 1870.) Der plötzlichen, übertrieben schnellen Entstehung neuer A. G. kam ausser der neuartigen Geldflüssigkeit des deutschen Kapitalmarktes, die durch den Einstrom der Tribute und die darauf folgenden Massnahmen der Regierung erzeugt war, die Freizügigkeit der Arbeitskräfte und das neue Aktiengesetz zu Hilfe. Ein neues Aktiengesetz, seit langem gefordert, war am 11. Juni 1870 verabschiedet worden. Dieses Gesetz war der Zeit und den dringendsten Bedürfnissen der Industrie angepasst. Diese sah sich plötzlich auch von dieser Seite in die Möglichkeit versetzt, stärkere Industrialisierung und Erweiterung ihrer Betriebe nach eigensten Wünschen vorzunehmen. Schon 1869 hatte die Regierung ihr Wohlwollen gegenüber der Industrie durch eine neue Gewerbeordnung bewiesen. Diese benachteiligte das Handwerk zu gunsten des Grossbetriebes und Grosskapitals. Das alte Aktienrecht von 1838, das jede A. G. an eine staatliche Genehmigung band und unter staatliche Aufsicht stellte, wurde im neuen Aktiengesetz gänzlich abgeändert. Von nun an fiel jede staatliche Genehmigung weg im Sinne des damals herrschenden Liberalismus, der die Machtbefugnisse des Staates möglichst zugunsten des Einzelnen einzuschränken suchte. Die Aktien-Novelle wurde von der Industrie als eine Demokratisierung des Kapitals propagiert. Sie enthielt zwar «privatrechtliche Normativbestimmungen» [103]) zum Schutz der Aktionäre, aber, wie sich nur allzubald zeigen sollte, waren diese nicht so straff, als dass sie nicht die Möglichkeit für rücksichtslose und skrupellose Unternehmer offen gelassen hätten, ihre gutgläubigen Geldgeber zu täuschen, auszubeuten und endlich wirtschaftlich zu ruinieren.

Gleich nach Beendigung des Krieges setzte bei der deutschen Industrie eine fieberhafte Tätigkeit ein, durch die einlaufenden Staatsaufträge angefacht. Um diesen und später den wachsenden Ansprüchen der gesamten deutschen Wirtschaft nachkommen zu können, mussten zuerst einmal grosse Erweiterungen und Neubauten bei der Industrie vorgenommen werden, wodurch weitere Industrien voll und neuhinzutretend beschäftigt wurden. Der Aufschwung begann in den Industrien des mittelbaren Verbrauchs, deren Erzeugungsanlagen so erweitert und vermehrt wurden (in dem Glauben an eine

---

[102]) The Inter-Ally Debts . . . a. a. O. S. 176.

[103]) Art. «Aktiengesellschaften (A. Das Aktienrecht in Deutschland)». Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Bd. I, S. 96 ff. Jena 1923.

ewige Konjunktur), als handle es sich um einen strukturell und nicht um einen konjunkturell bedingten Mehrbedarf. Die so plötzlich einsetzende Produktionserweiterung bei den Industrien des mittelbaren Verbrauchs musste in *dem* Augenblick zur Krise führen, wo die Expansion in Kontraktion umschlug und der Glaube an einen struktuell bedingten Mehrbedarf zusammenbrach. Spiethoff hat in seiner Krisentheorie entwickelt, wie die Ueberanlage des Kapitals[104]) in den Gewerben des mittelbaren Verbrauchs der schwerwiegendste Faktor für den Eintritt der Krise mit nachfolgender Stockung ist. Trotz des Einstroms der Milliarden, trotz der ausserordentlichen Geldflüssigkeit kam sehr schnell der Moment, wo mehr Kapital gesucht wurde als gebildet war, denn es wurde von allen Zweigen der Wirtschaft gleichzeitig gefordert. Eine grosse Konsumsteigerung trat hinzu und verhinderte die Möglichkeit einer stark gesteigerten Kapitalbildung. Der Mangel an Kapital machte sich schon bald bemerkbar. Die Gefahr der Krise für die Wirtschaft tritt, wie schon gesagt, bei den Gütern des mittelbaren Verbrauchs zuerst in Erscheinung, denn bei ihnen beginnt die Uebererzeugung. Die Güter des mittelbaren Verbrauchs haben nämlich eine lange Lebensdauer im Vergleich zu den Konsumgütern, die einer sofortigen Vernichtung anheimfallen oder jedenfalls von kurzer Lebensdauer sind. Die Vergrösserung und Neuherstellung von Fabriken, die der Herstellung von Produktionsmaschinen dienen, sind das Zeichen und die notwendige Folge des Aufschwungs. Die gesteigerte Nachfrage nach Konsumgütern löst als erstes die gesteigerte Nachfrage nach Gütern des mittelbaren Verbrauchs aus. Dies bedingt die Erweiterung und Neuerstellung der Anlagen zu ihrer Erzeugung. So ist es in jedem Aufschwung und so war es auch nach dem Krieg 1870/71 in Deutschland. Was aber diese Zeit von einer natürlichen Konjunkturbewegung unterschied, war bedingt durch die Folgen des gewonnenen Krieges und der einströmenden Tribute. Die aussergewöhnliche Geldflüssigkeit, das plötzlich einsetzende unersättliche Gewinnnstreben grosser Teile des deutschen Volkes, welches der unerhörten Spekulation die Tore öffnete, die ausserordentlich schnell wachsenden Ansprüche für den Konsum, die die Wirtschaft so schnell wie möglich zu befriedigen strebte, alles dies erzeugte einen eruptiven, aber künstlischen Aufschwung, dem eine ebensolch eruptive Krise folgen musste. Bei völliger Ausnutzung der alten Produktionsanlagen zu Beginn des Aufschwungs tritt sehr bald Warenknappheit ein, der durch vorläufigen Import aus dem Ausland entgegengetreten wird. Gleichzeitig wird mit der Erweiterung der Produktionsanlagen zur Herstellung von Produktionsmaschinen begonnen. Die Fertigstellung braucht eine längere Zeit. Die anhaltende Warenknappheit fällt meist in einen früheren Zeitpunkt als die Fertigstellung der erweiterten und vermehrten Produktionsanlagen und der Auswirkung der gesteigerten Zahl von arbeitenden Produktionsmaschinen, d. h. die stürmische Nachfrage nach bestimmten Konsumgütern hat sich meistens schon gelegt, wenn die Industrie durch Erweiterung ihrer Anlagen in der Lage ist, sie zu befriedigen. Die Vergrösserung der Industrieanlagen zur Befriedigung eines nur kurz anhaltenden konjunkturellen Bedürfnisses vorgenommen, bringt ihre Besitzer bald in die Situation, nicht mehr als Nachgefragte, sondern als Anbieter ihrer Waren auftreten zu müssen. Das Angebot übersteigt nun die Nachfrage.

Die Ueberproduktion, bei den Gütern des mittelbaren Verbrauchs beginnend, kam in Deutschland damals sehr viel schneller als in sonstigen

---

[104]) A. Spiethoff a. a. O. S. 78 ff.

Krisenzeiten. Sie wurde unterstützt und gefördert durch eine unerhörte Kreditüberspannung und Ueberspekulation als Folge der einströmenden Tribute. Sie rief einen völligen Kreditzusammenbruch, verbunden mit zahllosen Konkursen und schwersten Verlusten, hervor und endlich einen «Krach» für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben. Eine Krise hätte sich in Deutschland selbst bei rechtzeitiger Kreditrestriktion nicht vermeiden lassen (der Aufschwung findet unter allen Umständen ein Ende durch Uebererzeugung),[105]) denn Deutschland befand sich in der Umwandlung vom Agrar- zum Industriestaat, aber wohl hätte der «Krach» verhütet werden können. Mit Hilfe der unerhörtesten Kreditinflation konnten neue Produktionsmaschinen hergestellt und als zusätzliche Lieferer neuer Güter benutzt werden. Ein sinnlos schnelles Tempo ihrer Herstellung hatte zur Folge, dass der Markt allzu schnell gesättigt war und die vermehrte Produktion teils nicht mehr aufnehmen wollte, teils nicht mehr konnte. Die Abnahme des reproduktiven Konsums (d. h. «des Konsums aller Produktionsmittel und der mit Kapital gekauften lang dauernden Gebrauchsgüter») machte sich sofort sehr schmerzhaft bemerkbar. —

In der Enquete II des Vereins für Sozialpolitik am 12./13. Oktober 1873 «Welche etwaigen Misstände haben sich in Deutschland bei der Gründung und Errichtung und bei der Geschäftsführung der A. G. gezeigt», heisst es wörtlich: «In Uebereinstimmung mit dem Gutachten sind dem geltenden deutschen Aktiengesetz, namentlich der Novelle vom 11. Juni 1870, eine Mitschuld an diesen Misständen zugeschrieben.» Das Ausmass der Gründungen von Aktiengesellschaften war ungeheuer. In Berlin allein wurden 1872 167 A. G. mit einem Kapital von 211,447,000 Talern gegründet, in Preussen im gleichen Jahr 494 mit einem Kapital von 507,751,509 Talern.[106]) 1873 sank die Zahl der Neugründungen von A. G. in Berlin schon auf 72. Immerhin betrug das Aktienkapital noch 305,780,500 Taler; 1874 sank sie auf 19 mit einem Kapital von 146,073,200 Talern. Sehr bemerkenswert ist die Tatsache, dass die nach dem Ausbruch der Krise gegründeten Aktiengesellschaften sehr viel kapitalkräftiger sind als die in der Hausse gegründeten.

Ein grosser Teil der Neugründungen diente sehr bald schon nicht mehr produktiven Zwecken, sondern nur noch der Bereicherung durch Gründergewinne und Effektenspekulation. Mit den Gründungen ging die Spekulationssucht des Publikums Hand in Hand. Einzelne Industrieunternehmen hatten ihren Aktionären grosse und unverhoffte Gewinne ausgeschüttet. Dies lockte das breite Publikum an, das sich immer wahlloser nach Anlagemöglichkeiten seiner Ersparnisse umsah. Die Gier, grosse Gewinne zu machen, erfasste alle Volksschichten und liess sie in einen wahren Anlage- und Spekulationstaumel verfallen. Der gewonnene Krieg, der Einstrom der 5 Milliarden, der plötzliche Aufschwung versetzten einen Teil des deutschen Volkes in den Wahn, ohne Arbeit nur mit Hilfe der Spekulation reich werden zu können. Der Aufschwung des Effektenmarktes war von Anfang an bedingt durch eine Fiktion des Publikums über den wirklichen Wert der neuemittierten Papiere. Die Leidenschaft, unverhofft zu verdienen, ergriff ebenso Unter-

---

[105]) A. Spiethoff a. a. O. S. 75.

[106]) Meyers deutsches Jahrbuch II, S. 368.

nehmer, Arbeiter wie Kapitalisten. Ohne das wilde Spekulationsfieber, welches das deutsche Volk ergriff, wäre den Gründern das immer stärker auftretende und schliesslich fast alle Neugründungen erfassende schwindelhafte Treiben nicht möglich gewesen. Mit der Flut der schwindelhaften Gründungen kam die der unerhörtesten Gründergewinne. So z. B. wurden grosse Summen, die bei Verkauf der Aktien zusammenkamen, nicht etwa dem Reservefonds überwiesen, sondern den Gründern als Gründergewinne ausgezahlt. Es kam den deutschen Kapitalgebern die Einsicht zu spät, dass dauernde und sichere Kapitalanlage und grosse Spekulationsgewinne sich unmöglich vereinbaren lassen. Die Aktie verlor in dieser Gründerzeit fast völlig ihren Sinn als Handelspapier; sie wurde zum reinen Spekulationspapier. Ihr Preis richtete sich damals nicht mehr nach ihrem realen Wert, sondern wurde nur noch nach dem Gewinn errechnet, der sich durch ihre Kursdifferenzen erzielen liess.

Börse und Bank waren beide an dieser verhängnisvollen Entwicklung mitschuldig. Vor dem Krieg hatten die Banken nur zu teuerstem Preis Leihkapital zur Verfügung gestellt. Dadurch schon war eine übertrieben schnelle Entstehung von Neuunternehmungen unmöglich gewesen. Nach dem Krieg wurden der Industrie und allen anderen Unternehmungen die Kapitalien aufgedrängt. Die einströmenden Tribute flossen nach und nach in die einzelnen Kanäle der Wirtschaft, sei es zur Bezahlung der Aufträge an die Industrien, sei es als Rückzahlung der Staatstitel. Die grossen Summen, die in den Verkehr kamen, wurden noch vermehrt, als die Goldwährung eingeführt wurde. Wie oben schon erwähnt, zog die Regierung das Silbergeld nur in ganz unbedeutendem Masse ein, als das Gold in Zirkulation gesetzt wurde und liess es grösstenteils für die ersten Jahre noch im Umlauf. Ausserdem wurde der Betrag an Staatspapiergeld und ungedeckten Banknoten erhöht. Soetbeer berechnete, dass sich in drei Jahren, von 1871—73, die umlaufende Geldmenge von 1,950 Milliarden auf 2,694 Milliarden erhöhte, das bedeutet eine Vermehrung um 40 %.[107]) Uebrigens waren nach seiner Schätzung 1877 immer noch 400 Millionen Silber im Umlauf. Welche schlimmen Folgen diese Vermehrung für die Wirtschaft im Sinne der Quantitätstheorie hatte, werden wir später sehen. Adolf Wagner schrieb damals: «Aus Scheu vor Zins- und Kursverlusten haben wir das neu geprägte Gold zu rasch in den Verkehr gebracht, statt Zug um Zug mit dem Gold das alte Silbergeld einzuziehen.»[108]) —

Die Zeit der Gründungen bietet ein doppeltes Bild. Es entstehen Unternehmungen, die auf einem dauernden Bedürfnis für die deutsche Wirtschaft fussten, welche solide fundiert waren und auch dem «Krach» entgehen konnten. Daneben wuchsen Unternehmungen (von Monat zu Monat nahmen sie schneller zu als die ersteren), die von Anfang an auf zu optimistischer Berechnung der wirtschaftlichen Dauerchancen oder sogar direkt auf Schwindel beruhten. Der «Moniteur des intérêts matériels» stellt die Emissionen der europäischen Grossmächte für die Jahre 1872—74 zusammen. Wir sehen in dieser Tabelle deutlich die ungesunde Entwicklung in Deutschland und Oesterreich, nämlich das Emissionsfieber der Jahre 1872/73 und die Schrumpfung für 1873 und 1874.

---

[107]) Georg A. Soetbeer «Die fünf Milliarden», etc., S. 50.

[108]) Adolf Wagner a. a. O., S. 26.

Emissionen der europäischen Grossmächte 1872—74 (in Mill. Fr.).[108a])

Für Kreditdienst	Deutschland	Oesterreich	Frankreich	England	Belgien	Holland	Schweiz	Italien
1872	432,41	377	280,50	229,50	35	12,11	15,04	405,23
1873	890,33	190,02	10,63	288,40	30,06	5,30	25,87	41,15
1874	61,25	—	4,37	100,	20	7,18	12,12	8
Für Eisenbahn und Industrie								
1872	913,12	517,23	193,10	1209,98	14,17	43,56	67,95	155
1873	319,02	253,48	66,40	1111,40	25,24	83,97	44,87	35,80
1874	205,90	56,95	218,16	744,26	10,51	55,53	145,52	28,38

Die Banken, selbst häufig Neugründungen, unterstützen und fördern jedwede Neugründung, oft ohne irgendeine Kenntnisnahme der vorliegenden Verhältnisse. Die Banken übernehmen den Verkauf der neuen Aktien an ihre Kunden, sie bieten den erweiternden oder sich neubildenden Unternehmungen billiges Kapital an oder werden selber Gründer von Neuunternehmungen. Neue Emissionen von zweifelhaften Aktien haben vor allem in den Gründerjahren die deutschen Maklerbanken skrupellos durchgeführt. Sie trieben das unwissende und ahnungslose Publikum durch alle möglichen Mittel raffiniertester Art zum Kauf undurchsichtigster und gefährlichster Papiere. Sie ermunterten ferner die Kauflustigen zu gewagtesten Differenzgeschäften mit neuen Titeln. Sie reportierten oft die noch nicht einmal gedruckten Titel. Die Kurse der Aktien stiegen proportional der Spekulationslust des Publikums und erreichten in der Gründerzeit schwindelhafte Höhen, die sehr schnell bei Beginn der Krise fielen. Wenn wir die Durchschnittsdividende der A. G. für das Jahr 1872 gleich 100 % setzen, so betrug sie 1874 nur noch 12,71 %.[109]) Hand in Hand mit der Kurssteigerung ging die Agiotage, die gefährlichste Beigabe jeder Spekulationszeit. Im Frankfurter Blatt «Der Actionär» lesen wir am 6. Juni 1873: «Der Agiotage glückten die Gründungen, und plötzlich entstanden Luftgebäude und Phantasiepaläste.»

Der Zusammenbruch der Aktienwerte, der ganz plötzlich einsetzte und den «Krach» von 1873 einleitete, bedeutete den wirtschaftlichen Ruin seiner Besitzer in den meisten Fällen. «Man darf den Aktienschwindel und das Gründungswesen nicht bloss unter dem Gesichtspunkt unproduktiver Anwendung der Unternehmungsformen, sondern muss ihn noch weit eindringlicher unter dem Gesichtspunkt ungesunder Volksvermögensverteilung als eine förmliche Methode der Vernichtung der kleinen Vermögen durch das grosse Börsenkapital mittels organischer Spielkuppelei betrachten.»[110]) Während also in normalen Aufschwungszeiten ebenso wie in den oben erwähnten

---

[108a]) Moniteur des intérêts matériels: für d. J. 1872: 23. Jhg. 2. H., S. 19, 12. I. 1873; für d. J. 1873: 24. Jhg., 1. H., S. 1., 4. I. 1874; für d. J. 1874: 25. Jhg., 1. H., S. 1., 3. I. 1875.

[109]) Meyers deutsches Jahrbuch II, S. 368.

[110]) A. Schäffle «Der grosse Börsenkrach des Jahres 1873». Zeitschr. f. d. gesamte Staatswissenschaft. 30. Bd., S. 34. Tübingen 1874.

die Ersparnisse innerhalb des Produktionsprozesses investiert werden und bei Eintritt der Krise diese als schwimmende Gelder auf dem Anlagemarkt erscheinen, zeigte sich hier bei Ausbruch des Kraches, dass ein ganz grosser Teil der Ersparnisse durch die zusammenbrechende Scheinkonjunktur völlig verloren war. —

Unter den neuen A. G. nahmen die Banken einen hohen Prozentsatz in Anspruch. Sie wuchsen wie die Pilze aus der Erde, sei es als Effekten-, Makler-, Bau-, Kredit- oder Emissionsbanken. Letztere haben allein im Jahre 1872 Börsenpapiere im Wert von zirka 1/2 Milliarde Mark emittiert. Der verhängnisvollen Tätigkeit der Emissionsbanken in der Gründerzeit versuchte Bismarck durch sein Gesetz vom 16. Juni 1872 entgegenzutreten. Laut Gesetz wurde jede weitere Gründung von Emissionsbanken verboten. Das Gesetz kam viel zu spät, denn es gab bereits viel zu viele, deren Tätigkeit verhängnisvoll war. —

In Berlin gab es 1870 überhaupt nur 48 Banken, die an der Börse kotiert waren; 1874 weist der Berliner Kurszettel 95 neue Banken und Kreditinstitute allein für Berlin auf, davon wurden 49 im Jahre 1872 gegründet, mit einem Aktienkapital von 115,205,000 Talern.[111]) Ende 1874 befinden sich 37 dieser neugegründeten Banken in völliger Auflösung. Die Hälfte des Aktienkapitals ist verloren. Bis 1876 sind es 61, die dem «Krach» zum Opfer gefallen sind.[112]) Mehr oder weniger den Verhältnissen gezwungenermassen Rechnung tragend, hatten sich alte wie neugegründete Banken der Finanzierung von Neugründungen, deren Wert für die Wirtschaft von vorneherein oft mehr als zweifelhaft war, zuwenden müssen, oder sie sogar selber vorgenommen. Denn die gewaltigen Summen, die den Banken zuströmten, drängten nach Anlage. Die Kreditansprüche der krankhaft rasch aufblühenden Industrie und anderer Unternehmungen wurden immer gewaltiger. Sie wurden zuerst befriedigt und die Ausweitung der Produktion machte ausserordentliche Fortschritte. Die Zahl der diskontierten Wechsel bei der Preussischen Bank stieg mächtig. Dabei spielt der Reitwechsel eine wachsende Rolle. Im Dezember 1872 machten diese fast 150 Millionen Mark aus. Werfen wir einen Blick auf das Wechselportefeuille der deutschen Notenbanken für die Jahre 1871—74, so sehen wir, wie es von 1871 bis Ende 1872 am stärksten zunimmt. Die Wechseldiskontierung bei der Preussischen Bank betrug in 1000 Mark für:

1871	678,000
1872	948,000
1873	952,000
1874	830,000[113])

Der Kredit dehnte sich sehr bald weit über die tatsächlichen Ersparnisse aus, und die Wirtschaft arbeitete immer mehr auf Borg als auf Kasse. Schäffle weist schon 1858 darauf hin, dass «eine bedeutende Krise vor der Türe steht, wenn das Wechselportefeuille allmählich, dann immer schneller aufgeblasen wird, und sich die von der Bank gewährte Kreditmenge zu sehr erweitert

[111]) Oechelhäuser a. a. O., S. 42.

[112]) Eugen Simmel: «Die liquidierenden A. G.», S. 5. Berlin 1876.

[113]) Franz Kral: «Staatswissenschaftliche Studien». Bd. I, «Geldwert und Preisbildung im Deutschen Reiche 1871—1884», S. 67. Jena 1887.

hat».[114]) Trotz des Einstroms der Milliarden waren die Geldkapitalbestände durch die übermässigen Kapitalforderungen der gesamten Wirtschaft sehr bald erschöpft und aufgebraucht. Die Verweigerung weiterer Kredite an Industrie und Wirtschaft von Seiten der Banken machte der in einer steilen Kurve aufgestiegenen Konjunktur ein jähes Ende. Es zeigte sich hier sehr deutlich, welch grosses Problem eine Kreditwirtschaft bietet. — Die deutsche Regierung hatte zweierlei versäumt, um die ungesunde Entwicklung — erst zum jähen Aufschwung, dann zur ebensolchen Krise — zu verhindern. Sie hatte erstens den Einstrom der Tribute und sein Tempo nicht so sorgfältig geregelt, wie Bamberger es angeraten hatte, und zweitens die Diskontschraube nicht rechtzeitig angezogen. Der Diskont stand bis zum 16. September 1872 auf nur 4 %, trotzdem Industrie und Gewerbe den Leihkapitalmarkt bis aufs Aeusserste in Anspruch nahm. Im Januar 1873 schritt die Regierung erstmalig zur Erhöhung auf 4½ % und setzte ihn am 7. Februar schon wieder auf 4 % herunter. Am 5. April wurde er dann auf 5 %, am 3. Mai auf 6 % und später auf 7 % erhöht. Nach dem Krach schwankte er dann bis 1875 zwischen 4 und 6 %. Zu gleicher Zeit betrug er in Frankreich nur 3 %.[115]) In der Aufschwungsperiode konnte also der Kredit mit Hilfe des niedrigen Diskontsatzes ausserordentlich überzogen werden, so dass man von einer Kreditinflation sprechen muss. Eine rechtzeitige Erhöhung des Zinssatzes im Aufschwung hätte die übermässige Kreditanspannung verhindert und die Spekulation gezwungen sich zurückzuhalten. Die Massnahmen der Regierung kamen nun viel zu spät, um die hereinbrechende Krise zu verhindern. Die Banken sahen auch zum grossen Teil zu spät, in welche wirtschaftlichen Abenteuer sie sich eingelassen hatten. Auch sie wurden vom «Krach» ergriffen und fielen ihm zum Teil zum Opfer. Trotzdem sehen wir aber, dass die Spekulation — ausser bei Bau- und Maklerbanken — bei den Banken im allgemeinen nicht solch verhängnisvolle Ausmasse annahm wie bei anderen Unternehmungen. Die alten Banken z. B. hielten sich in der Krise sogar sehr gut und ein Teil der neugegründeten auch. Trotzdem standen die altgegründeten Banken sehr viel besser da als die neuen, was sehr deutlich in Erscheinung tritt, wenn wir die Rendite der Bankaktien bei alten und neuen Banken für die Jahre 1871—74 vergleichen. Sie betrug

	1871	1872	1873	1874
für die alten Banken	9,80 %	10,75 %	7,15 %	6,83 %
für die neuen Banken	11,28 %	10,46 %	2,52 %	2,89 %[116])

Im Jahre 1874 gaben von den 95 neugegründeten Banken in Berlin 45 überhaupt keine Dividende und von den alten nur 4.[117]) Die alten Banken schwanken in den Jahren 1871—74 nur um 3, die neuen fast um 9 Punkte. —

Unter den Banken haben die sogenannten Baubanken die verhängnisvollste Rolle für das deutsche Wirtschaftsleben gespielt. Diese wurden damals zur Finanzierung jeglicher Art von Baunternehmung gegründet. — Der gesamte Baumarkt erlebte nach dem Krieg einen unerhörten Aufschwung.

---

[114]) A. Schäffle: «Zur Lehre von den Handelskrisen». Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Jahrg. 1858, S. 406.

[115]) Inter-Ally debts . . . a. a. O., S. 178.

[116]) W. Oechselhäuser a. a. O., S. 43.

[117]) W. Oechselhäuser a. a. O., S. 43.

Die Ankurbelung der Wirtschaft beförderte eine Massenabwanderung vom Lande in die Stadt, vor allem nach Berlin.

Die Bevölkerung von Berlin betrug[118])

	Bevölkerungszahl	zugezogen	weggezogen	Zuwachs
1868	728,590	81,975	58,248	23,727
1869	762,450	92,429	62,297	30,132
1870	760,000	96,845	85,502	11,643
1871	824,300	132,996	77,689	55,307
1872	864,300	129,854	86,047	43,807
1873	900,620	137,176	95,195	41,981
1874	932,760	127,808	93,933	23,875

Höhere Löhne und grössere Verdienstmöglichkeiten gaben den Anlass zur Befriedigung eines gesteigerten Luxusbedürfnisses. Die Nachfrage nach komfortabler Wohngelegenheit stieg. Es lässt sich von 1872 an besonders für Berlin ein rasendes Baufieber verfolgen. Strassen- und viertelweise schossen die Häuser aus der Erde, grossenteils reine Spekulationsbauten, ohne Berechnung des wirklichen Bedarfs an neuzuerstellenden Wohnungen. Heute noch erkennt man die Bauten dieser Haussezeit an ihrem falschen Luxus, an ihrem überladenen Stuck und Ornamentenschmuck. Es waren nüchterne und hässliche Bauten aus roten Steinen mit meist missverstandenem äusserlichem Komfort innerhalb der Wohnung. Diese neuerstellten Häuser, deren Bauzeit aufs knappste bemessen war, um einesteils möglichst schnell an der Miete verdienen zu können, andernteils um die Ungeduld der neuen Mieter nach einer sogenannten «besseren» Wohnung zu befriedigen, wurden meistens noch unfertig bezogen.

Die Baubanken waren übrigens in jedem Zweig des Baugewerbes tätig. Sie spekulierten sowohl im Hausbau als auch in Bauplätzen. Sie kauften und verkauften alte und neue Häuser. Das Spekulationsfieber ergriff sowohl Baubank wie Publikum. Es gab in der Haussezeit eine unübersehbare Kette von sich einander ablösenden Käufern und Verkäufern ein und derselben Immobilie. Diese galt als sichere Anlage für die unverhofft gemachten Kursgewinne, die man nicht wieder verlieren wollte. Von einem Kauf zum nächsten gab es oft Preisdifferenzen für das gleiche Kaufobjekt in Höhe von hunderttausend Mark und darüber, bei einem Realwert von noch nicht einmal der Hälfte. Oft war das Objekt sogar völlig wertlos, wurde nicht einmal vom Käufer besichtigt, sondern ohne weiteres für einen Phantasiepreis gekauft, um sofort für einen noch höheren weiter verkauft zu werden.

Hatten die Baugesellschaften ihre Ankäufe von Materialien schlecht berechnet, und lag überzähliges Baumaterial im Lager, so gründete man mit Hilfe der bereitwilligen Baubank eine Baumaterialgesellschaft, deren Unterlage das überflüssige Baumaterial bildete! Der kleinste Krisenwind, der diese Kartenhäuserunternehmungen traf, musste für sie ein Orkan sein und sie umblasen. Sofort sehen wir den grössten «Krach» auf dem Baumarkt aus-

[118]) Lujo Brentano: «Die Arbeiter und die Produktionskrisen». Jahrbuch für Gestzg., Verwalt. u. Volkswirtsch. im Deutschen Reiche», II. Jahrg., 4. H., S. 141, 1878.

brechen, als die Stockung eintritt. Ebenso schnell wie bezogen, werden nun die teureren Wohnungen fluchtartig wieder verlassen. Plötzlich liegen sie strassen- und viertelweise wieder unbenutzt. Ebenso viele bleiben halbfertig stehen und warten auf Vollendung. Aber es ist kein Geld mehr da um sie fertig zu machen. Baugesellschaft, Baubank und aktienbesitzendes Publikum stürzen auch hier in den Abgrund der Krise.

Schon seit 1872 mehrten sich die Anzeichen für die Aenderung der Wechsellage. Dass der Preis für Leihgeld plötzlich höher war als die Rendite, hätte dem Publikum die Augen über die herannahende Katastrophe öffnen müssen. Die Guthaben bei den Banken verminderten sich von Monat zu Monat. So sehen wir z. B. bei der Preussischen Bank, die Ende 1871 über 499,000,000 Mark auswies und August 1873 über 1,307,920,000 Mark, dass sie November 1873 nur noch über 19,164,000 Mark Einlagen verfügte. Vorsichtig operierende Banken zogen sich rechtzeitig zurück und trafen ihre Abwehrmassnahmen. Sie stiessen ihre Depots ab, d. h. die als Sicherheit in Kost gegebenen Wertpapiere wurden zurückgegeben und keine Darlehen mehr auf sie gewährt. Mit einem Schlage hörten die Kredite an die Spekulation auf. Die Wertpapiere, die bisher als Sicherheit dienten, mussten veräussert und zu Geld gemacht werden. Sie erschienen auf dem Effektenmarkt und waren zu immer niedrigerem Preis zu haben. Die Kurse rasselten von Stunde zu Stunde herunter; Angst- und Zwangsverkäufe trieben sie dem Nullpunkt zu. Der «Krach» war da. Seine Auslösung fand nicht in Berlin oder im übrigen Deutschland, sondern in Wien im Mai 1873 statt. Nach dem Krieg war ein Teil des Milliardensegens nach Oesterreich geflossen, als das deutsche Publikum sich österreichische Wertpapiere kaufte. Es begann ein Run auf österreichische Titel, vor allem auf die der österreichisch-ungarischen Eisenbahn. Durch eine wilde Spekulation wurden die Kurse auch hier unberechtigt hoch getrieben. Der österreichische Staat schritt ein, hinderte aber die Spekulanten nicht, durch Hintergehung des Gesetzes weiter zu «arbeiten». Sie begannen auf Baisse zu spekulieren, nachdem sie ihre Aktiven losgeschlagen hatten. Die Banken kündeten die Lombardkredite, die Kurse begannen zu fallen. Zu gleicher Zeit fand in Wien eine Weltausstellung statt, von der man sich für ganz Oesterreich einen grossen wirtschaftlichen Aufschwung versprochen hatte. Aber der Besuch der Ausstellung war sehr gering. Da die ganze österreichische Geschäftswelt mehr oder weniger finanziell und wirtschaftlich an der Ausstellung beteiligt war, brach jetzt erst recht die Panik aus und verbreitete sich in rasender Eile über die ganze österreichische Geschäftswelt. Erst einen ganzen Monat später, also im Juni 1873, griff der Krach auf Deutschland über. Er begann mit dem Zusammenbruch einer Berliner Bank. Kurz vorher hatte die deutsche Regierung noch versucht den Effektenmarkt zu beruhigen. Durch Käufe, um das Geld des Reichsinvalidenfonds anzulegen, wollte sie den Effektenmarkt entlasten. Diese Käufe nutzten nichts, der Krach war nicht mehr aufzuhalten. Bis zum Jahre

1876 liquidierten in Berlin

61	Banken mit einem Aktienkapital von	334 Mill. Mark
115	Industriegesellschaften mit einem Aktienkapital von	175 Mill. Mark
4	Eisenbahngesellschaften mit einem Aktienkapital von	79 Mill. Mark
	Zusammen:	588 Mill. Mark [119])

[119]) Eugen Simmel a. a. O., S. 5.

Der unerhörte und ausserordentliche Aufschwung in den Gründerjahren erwies sich nun als Scheinkonjunktur, die in einem furchtbaren «Krach» endete. «When the payments drew near their close, the boom was left absolutely without support and collapsed like any balloon. And like the balloon the high of its rise was demonstrated by the severity of the subsequent fall. It was nearly a decade before Germany recovered.»[120])

§ 4. *Preise, Löhne, Gehälter, Lebenshaltung, Export und Import.*

Die französischen Tribute sind zum grössten Teil als Bargeld und Devisen nach Deutschland geflossen und nicht als Warenstrom; dies hatte seinen besonderen Grund. Deutschland hatte damals spezielle Verwendung für Bargeld, von der schon gesprochen wurde. Die Wirkung der ausserordentlichen Zunahme der umlaufenden Mittel war eine zweifache. Einmal half diese, die deutsche Wirtschaft aufs schnellste anzukurbeln, zum anderen rief sie eine Preissteigerung hervor, die man irrigerweise zuerst als Ursache des Aufschwungs deutete, während Preiserhöhung selbst in normalen Zeiten nie Ursache, sondern höchstens Folge des Aufschwungs sein kann. Eine gleichzeitige und gleichmässige Preiserhöhung, wie sie Mill bei Einstrom von zusätzlicher Geldmenge theoretisch annimmt, gab es nicht, denn es gibt keine absolute Proportion zwischen Warenpreisen und Geldmenge. Der Preisstand der Waren folgte auch hier zögernd der Geldvermehrung und die Verteuerung tritt zuerst bei den Produkten des reproduktiven Konsums auf. Jede Geldvermehrung müsste in ihrer Wirkung für jeden Einzelfall untersucht werden. Zwar arbeitet die Quantitätstheorie mit dem Sammelbegriff «zusätzliche Geldmenge *bei sonst gleichen Umständen*». Diese gibt es aber in Wirklichkeit nie. Bei jeder Geldvermehrung fallen andere Umstände ins Gewicht, die kaum miteinander vergleichbar sind, auch wenn sie sich noch so ähnlich sehen. Die Wirkung zusätzlichen Geldes auf die Preise ist niemals rein und eindeutig erkennbar. Vielleicht für aussergewöhnliche Fälle wie dem unsrigen noch am ehesten. Hier begannen die Preise gleich nach dem Einstrom der Tribute zu steigen. Schon John St. Mill hat erklärt, dass zusätzliches Geld «nur dann nicht auf die Preise wirke, wenn es in den Kellern der Banken oder in den Kassetten der Privatiers aufbewahrt werde».[120a]) Im Grunde hatte Bamberger damals nichts anderes zum Ausdruck gebracht. Aber man war seinem Rate nicht gefolgt. Wir können für unsern Fall hier die Quantitätstheorie voll und ganz anwenden. «Die Entwertung des Zahlungsmittels ist die notwendige Folge seines Uebermasses».[121]) Spiethoff hat sich gegen jede Anwendung der reinen Quantitätstheorie gewandt, welche den Einfluss des Geldes auf die Preise nur der im Umlauf befindlichen Geldmenge zuschreibt. Er sagt, dass diese Theorie deswegen nicht stimmen könne, weil der Geldumlauf «immer durch die getätigten Käufe und Verkäufe oder sonstwie eingegangenen Verpflichtungen, die Zahlungen nach sich ziehen, bedingt sei. . . . Das Geld fällt nicht vom Himmel herab in die Zirkulation».[122]) Gerade dies ist aber

---

[120]) Inter-Ally Debts a. a. O., S. 178.

[120a]) J. St. Mill: «Principles of political economy.» S. 529. Dtsch. v. A. Soetbeer. Hamburg 1852.

[121]) David Ricardo: «The works of Ricardo», S. 270, herausgegeben von J. R. Mac Culloch. London 1846.

[122]) Arthur Spiethoff: «Die Quantitätstheorie insbesondere in ihrer Verwertbarkeit als Haussetheorie», S. 256. Festgabe für Adolf Wagner. Leipzig 1905.

nach 1870/71 der Fall. Es handelte sich bei den französischen Tributleistungen an Deutschland tatsächlich um «vom Himmel gefallenes Geld» für das Reich. Die Quantitätstheorie darf also hier — selbst wenn man Spiethoffs Ansicht über ihre nicht allgemeine Verwendbarkeit teilt — in unserem speziellen Fall wohl angewendet werden. Die Kaufkraft des Geldes nahm ab mit seiner Vermehrung und die Preise der Waren nahmen zu. Die gesteigerte Nachfrage nach Gütern, die auch von dieser Seite die Preise in die Höhe trieb, machte die Gründung von Neuunternehmungen notwendig. Dies musste zur Steigerung der Kosten bei den alten Unternehmungen führen. Denn diese müssen aus Konkurrenzgründen Vergrösserungen und Rationalisierungen ihrer Betriebe vornehmen. Dies steigert die Nachfrage nach Produktionsmitteln und zusätzlichen Arbeitskräften. Die dauernde Nachfrage nach Arbeitskräften gibt der Arbeit bald einen Seltenheitswert, der sich in erhöhten Löhnen ausdrückt. Diese tragen — ebenso wie die Vermehrung des Aktienkapitals — zur Verteuerung der Produktionskosten bei. Damit steigen die Preise auch von dieser Seite. Für die erste Zeit der Produktionssteigerung — nämlich so lange sie noch keinen zusätzlichen Güterstrom erzeugen kann — muss Preiserhöhung eintreten. In einem späteren Zeitpunkt, wenn die ausgeweitete Produktion sichtbar wird, kann sich der Warenpreis verbilligen. In unserem Fall kam es nicht dazu. Denn abgesehen davon, dass die Industriellen versuchten, einen Seltenheitspreis als Preisstand aufrecht zu halten in einem Augenblick, wo es nicht mehr gerechtfertigt war, mussten die Preise nach den Regeln der Quantitätstheorie steigen. In diesem Augenblick aber nahm der reproduktive Konsum bereits ab, damit der Unternehmergewinn, Arbeitslohn, Arbeiterzahl und damit der Warenkonsum. Die mächtige industrielle Entwicklung Deutschlands nach dem Krieg, mit ihrer Neueinstellung eines gewaltigen Arbeiterheeres, hatte eine starke Bevölkerungsvermehrung gebracht und damit Preiserhöhung der lebensnotwendigen Konsumgüter zur Folge gehabt.

Die Bevölkerung Deutschlands 1871—1874 [123]):

1871	41,058,792
1872	41,228,000
1873	41,562,000
1877	42,002,000

Aber schon seit 1871, als die Lebensmittelpreise schneller zu steigen begannen als die Löhne, machte sich die zunehmende Not in einer erhöhten Auswandererquote bemerkbar. Aus Deutschland wanderten nach Uebersee aus [124]):

1870	— 70,333
1871	102,740
1872	154,824

«Et tandis que la France, vivante et énergique, continuera à marcher en avant, comme par le passé, il ne restera pour l'Allemagne d'autre perspective que l'émigration».[125]) Dieser Anspruch gilt allerdings nur für diese

[123]) «Nos Milliards en Allemagne». Economiste francais 1873, S. 514.
[124]) Ebenda, S. 514.
[125]) Ebenda, S. 514.

kurze Zeit, denn von 1873 an nimmt die Zahl der deutschen Auswanderer wieder langsam ab.

In den Jahren 1870—74 ist das Preisniveau in Deutschland dauernd gestiegen. Die Indexzahlen der in Gold ausgedrückten Warenpreise, 1901 bis 1910 = 100 gesetzt, waren:

Jahr	Deutschland	Frankreich
1870	131	133
1871	137	138
1872	149	144
1873	152	144
1874	139	132[126])

H. Handley O'Farrell hat mit den Durchschnittspreisen auch die Durchschnittslöhne für die Jahre 1870—73 berechnet und kommt fast zum gleichen Resultat. Auch er stellt Löhne und Preise in Frankreich zum Vergleich daneben.

	Deutschland			Frankreich		
	Preise 1900=100	Nom.-Löhne 1900=100	Reallöhne	Preise 1900=100	Nom.-Löhne 1900=100	Reallöhne
1870	111	64	581	—	—	—
1871	117	63	540	104	74	712
1872	130	71	545	111	74,5	672
1873	135	78	576	110	75	682[127])

Wir sehen, dass die Preise in Deutschland stark, die Nominallöhne dagegen kaum und die Reallöhne nicht nur nicht gestiegen, sondern gesunken sind, während sich für Frankreich ein ganz anderes Bild ergibt. Keinesfalls aber gibt obige Tabelle die begründete Erklärung für die Konsum- und Luxussteigerung, wie dies in Deutschland für die gleichen Jahre der Fall war. Für die Mindestlöhne wird dies besonders evident. Diese betrugen:

	Maurer	Bauhilfsarbeiter in Nürnberg	Maler in Nürnberg	Arbeiter bei Krupp in Essen
1872	4 Mark	1,37 Mark	2,06 Mark	3,39 Mark
1873	3 »	1,03 »	2,06 »	3,74 »
1874	3 »	1,54 »	2,06 »	3,86 » [128])

---

[126]) N. D. Kontratieff: «Die langen Wellen der Konjunktur». Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Bd. 56, S. 601. Tübingen 1926.

[127]) Horace Handley O'Farell: «The Franco-German War Indemnity and its Economic Results», S. 11 ff., London 1913.

[128]) Georg A. Soetbeer: «Umfang und Verteilung des Volkseinkommens im preussischen Staat 1872—78 und Nachweisung über die Anzahl der für das Jahr 1872—1878 zur klassifizierten Einkommenssteuer veranlagten Personen und der Betrag der für dasselbe veranlagten Steuer». S. 53 ff. München-Leipzig 1879.

Die Steigerung der Wohnungs-, Kleidungs- und Lebensmittelpreise, bei diesen vor allem die von Fleisch, Milch und Butter, traf die wenig bemittelten Konsumenten empfindlich. Soetbeer[129]) gibt uns einen interessanten Ueberblick über die Durchschnittspreise in Verhältniszahlen von verschiedenen Gütern für Hamburg. Er setzt dabei die Preise von 1847—50 = 100.

	1847—50	1851—60	1861—70	1871—75
Ackerbauprodukte	100	126,93	128,75	142,69
Viehzucht und Fischerei	100	123,44	133,11	154,57
Südfrüchte	100	121,85	117,72	131,50
Kolonialwaren	100	115,76	118,49	130,72
Bergwerks- u. Hüttenprodukte	100	110,285	99,60	116,90
Textilwaren	100	105,54	130,48	117,17

Für die deutschen und besonders die kleineren und kleinen Beamten lagen die Verhältnisse besonders schwer. «Die Gehälter aller Beamten sind in den letzten Jahren um zirka 20 % erhöht worden. Dazu sollen 5 % für Wohnungsentschädigung kommen. Die Erhöhung des Gesamtdiensteinkommens der preussischen Beamten (für die anderen lag es nicht anders) wird daher im ganzen zirka 25 % betragen. Dem steht aber eine Erhöhung der Kosten des Lebens entgegen, welche schon jetzt mit 50 % wahrscheinlich viel zu niedrig veranschlagt ist und ganz gewiss in allernächster Zeit noch wachsen wird.»[130])

Wie wenig sich das gesamte Volkseinkommen z. B. in Preussen direkt oder indirekt durch den Tributeinstrom vergrösserte, ersehen wir sehr deutlich aus einer Untersuchung, die wiederum Soetbeer unternahm. Als Unterlage dienten ihm dabei die Schätzungen des Volkseinkommens in Sachsen, «da dort wie in keinem andern Land bis jetzt so umfassende und so gründliche Schätzungen vorgenommen wurden. Es empfiehlt sich daher, wenn man eine Schätzung des Volks-Einkommens in einem andern Land vornehmen will, in dem die bezüglichen Verhältnisse im grossen und ganzen anscheinend nicht ganz wesentlich differieren, wo aber die zu benutzenden positiven Materialien bisher nicht so vollständig vorliegen, die in Sachsen beobachteten Grundsätze und Methoden sowie die dort gemachten Erfahrungen zu Rate zu ziehen.»[131])

Soetbeer teilt die Einkommen in 6 Klassen ein: *dürftige Einkommen* bis 420 Mark, die von der Klassensteuer befreit sind. Da er aber annimmt, dass die Ungenauigkeiten der Selbstdeklaration mehr als 25 % betragen, lässt er die Freigrenze bis zum Betrag von 525 Mark gehen. Diesen Zuschlag von 25 % nimmt er für alle 6 Einkommensklassen an.[132]) Die zweite Kategorie umfasst *die kleinen Einkommen* zwischen 525—2000 Mark. Die dritte die der *mässigen Einkommen* zwischen 2000—6000 Mark, die vierte

---

[129]) G. A. Soetbeer a. a. O., S. 53.

[130]) «Die Einkommensverhältnisse der preuss. Beamten.» S. 67, Vierteljahrsschrift d. Volkswirtsch. u. Kulturgesch. 10. Jahrg., III. Bd. 1873.

[131]) Georg A. Soetbeer a. a. O., S. 3.

[132]) G. A. Soetbeer a. a. O., S. 39.

die der *mittleren Einkommen* zwischen 6000—20,000 Mark, die fünfte die der *grossen Einkommen* zwischen 20,000—100,000 Mark, die sechste die der *sehr grossen Einkommen* über 100,000 Mark.

Die Statistik über die Einkommen in Preussen, welche Soetbeer unternahm, umfasst die Jahre 1872—1878. Für unsere Untersuchung sind nur die Jahre 1872—1875 wichtig.[133])

Jahre	Dürftige Einkommen bis 525 Mark				Kleine Einkommen von 525-2000 Mark				Mäßige Einkommen von 2000-6000 Mark			
	Einkommensbetrag im Ganzen Mark	Prozentual im Ganzen	Pro Censit Mark	Pro Kopf Mark	Einkommensbetrag im Ganzen Mark	Prozentual im Ganzen	Pro Censit Mark	Pro Kopf Mark	Einkommensbetrag im Ganzen Mark	Prozentual im Ganzen	Pro Censit Mark	Pro Kopf Mark
1872	1,260,000,000	18,08	400	202	3,985,000,000	57,18	880	245	1,031,400,000	14,80	3110	866
1873	1,280,000,000	17,79	400	201	4,160,000,000	55,81	884	248	1,078,549,000	14,99	3140	874
1874	1,300,000,000	17,26	400	200	4,168,430,000	55,34	917	253	1,146,260,000	15,22	3141	857
1875	1,320,000,000	17,30	400	208	4,185,962,000	54,88	917	252	1,184,409,000	15,53	3163	863

Jahre	Mittlere Einkommen von 6000-20,000 Mark				Große Einkommen von 20,000-100.000 Mark				Sehr große Einkommen über 100,000 Mark			
	Einkommensbetrag im Ganzen Mark	Prozentual im Ganzen	Pro Censit Mark	Pro Kopf Mark	Einkommensbetrag im Ganzen Mark	Prozentual im Ganzen	Pro Censit Mark	Pro Kopf Mark	Einkommensbetrag im Ganzen Mark	Prozentual im Ganzen	Pro Censit Mark	Pro Kopf Mark
1872	385,596,700	5,53	9616	2641	226,257,000	3,25	37,232	10,229	81,125,000	1,16	227,241	62,403
1873	436,306,700	6,06	9632	2646	270,545,000	3,76	37,902	10,466	114,212,000	1,59	224,826	63,451
1874	506,838,200	6,73	9658	2632	289,090,100	3,83	40,919	10,747	121,750,000	1,62	220,462	60,587
1875	539,595,400	7,07	9603	2648	283,878,700	3,72	38,461	10,553	114,463,000	1,50	214,752	59,000

Wir sehen aus Soetbeers Untersuchung, dass der Tributeinstrom so gut wie gar keinen Einfluss auf die Höhe der Einkommen gehabt hat, weder direkt noch indirekt. Das Einkommen, sowohl pro Censit als auch pro Kopf berechnet, blieb entweder gleich oder erhöhte sich so minimal, dass die Preiserhöhung viel mehr ins Gewicht fiel als die geringe Einkommensverbesserung. Im Verhältnis ärmer geworden war der kleine Mittelstand, zu dem vor allem die unteren Beamten gehörten. Um sich die notwendigsten Konsumgüter verschaffen und den Luxustaumel mitmachen zu können, beteiligten sie sich auch an der Spekulation, die ihnen zuerst reichen Gewinn und bald darauf grösstes Unglück brachte.

Interessant bei der Soetbeerschen Untersuchung ist, dass die Einkommen der vier ersten Kategorien im ganzen steigen, die der beiden letzten, der grossen und sehr grossen, dagegen im Ganzen fallen.

Die französischen Tributzahlungen, die als zusätzliches Geld nach Deutschland flossen und von der deutschen Regierung durch Aufträge,

---

[133]) G. A. Soetbeer a. a. O., S. 53.

Zahlungen usw. in Zirkulation kamen, sind als Löhne und Gehälter von den Besitzern kleiner Einkommen zum Kauf von Konsumgütern und nicht zur Vermehrung des Geldkapitalvorrats oder als Kapitalhingabe verwendet worden. Der Lebensaufwand hatte notgedrungen während des Krieges zu Gunsten der Produktion von Kriegsgütern eingeschränkt werden müssen. Nach seiner glücklichen Beendigung wurden alle Schichten des deutschen Volkes von einer Kauflust und einer Freude am Luxus ergriffen wie nie zuvor. Man warf sich auf die vorrätigen Güter, die bald knapp zu werden und durch ihren Seltenheitswert weiter im Preis zu steigen begannen. Wenn man annimmt, dass wirklich 5 Milliarden Fr. in Deutschland zur Verteilung gekommen wären, so hätte jeder — da die Einwohnerzahl bis Ende 1870 zirka 40 Millionen betrug — ungefähr 120 Mark bekommen. Diese kleine Summe, selbst wenn sie damals aus den Tributzahlungen für jeden zur Verteilung gekommen wäre, entsprach keinesfalls dem, was jeder Deutsche für sich aus den Zahlungen glaubte erhalten zu können. Der Spekulationstaumel, in dem das deutsche Volk sich damals befand, lässt sich nur mit der Zeit der Tulpenmanie oder der Zeit der Aktienausgabe John Law's vergleichen.

Wie ausserordentlich die Bedürfnisse des täglichen Lebens in Deutschland stiegen, zeigen Aufstellungen über den Verbrauch von Kaffee, Thee, Kakao, Zucker und Rohseide, sowie auch folgende Statistik der uns interessierenden Jahre über den Fleischkonsum im Königreich Sachsen.
Sie enthält den Verbrauch von Rindfleisch und Schweinefleisch im Durchschnitt, pro Kopf und Jahr in Pfund, vom Jahre 1835 an berechnet:

	Rindfleisch	Schweinefleisch	Gesamt
1835	15	17,7	32,7
1869	21	27,8	48,8
1870	17,9	37,3	45,2
1871	18,6	30,8	49,4
1872	20,6	30,1	50,7
1873	20,4	33,5	53,9
1874	23,0	35,9	58,9 [134])

Auch der Alkoholkonsum nahm erheblich zu. So betrug zum Beispiel die Mehreinfuhr von Wein nach Deutschland 1873 (zu 1872) 1,243,000 Liter.[135]) In den Jahren 1869—77 finden wir eine bedeutende Vermehrung von Gast- und Schank-Wirtschaften:

	Gastwirtschaften	Schankwirtschaften	
Preussen	um 44 %	um 11 %	+ 55 %
Bayern	um 23 %	um 47 %	+ 70 %
Baden	um 9 %	um 67 %	+ 76 % [136])

[134]) Statistik des Bezirks der Handels- und Gewerbekammer Zittau. Tabellarischer Teil, S. 18. Bautzen 1879.

[135]) Ebenda, S. 186.

[136]) Ebenda, S. 186.

Ebenso wie die Bedürfnisse der Einzelnen stiegen auch die der Gemeinden und Städte. Es beginnt jetzt die Zeit der Erstellung von riesenhaften Amtsgebäuden und luxuriösen Dienstwohnungen, von Kanalisation und Wasserleitung für Stadt und Haus, von herrlichen Anlagen und grossen Stadtparks. Ganz besonders in der Reichshauptstadt Berlin. Die ausserordentliche Zunahme der Ausgaben, die sich natürlich teilweise aus dem schnellen Wachstum der Stadt erklärt, ist besonders auffallend. Während die Ausgaben

1861 insgesamt erst 10,070,871 Mark betrugen, stiegen sie bis
1876 auf 34,740,245 Mark im Jahr. Für das Jahr 1870

finden wir im Berliner Haushaltsplan an Ausgaben für Parks und Baumanlagen einen Betrag von 20,000 Mark. Für das Jahr 1875 waren sie auf 150,000 Mark gestiegen.[137])

Das Inland hat die so plötzlich gesteigerte Nachfrage trotz aller Neugründungen und trotz ungeheurer Anstrengung nicht befriedigen können. Es mussten zusätzliche Güter aus dem Ausland bezogen werden. Als stärkster Konkurrent inländischer Waren trat Frankreich auf. Es eroberte sich den deutschen Markt durch seine viel niedrigeren Preise, auf die wir noch später zu sprechen kommen. Aus der aktiven Handelsbilanz Deutschlands wurde 1871 eine passive. Uns interessieren hier vor allem die Jahre 1872 — 75.

Deutschlands Import- und Frankreichs Exportüberschuss 1872 — 1875:

	Deutschland	Frankreich
1872	971,6 Millionen Mark	191,3 Millionen Mark
1873	1483,7 » »	326,7 » »
1874	1257,9 » »	114,79 » »
1875	1035,2 » »	295,89 » » [138])

Auch im Handel mit Frankreich allein wurde Deutschlands Handelsbilanz passiv.

	Ausfuhr aus Frankreich nach Deutschland in Mill. Mark	Ausfuhr aus Deutschland nach Frankreich in Mill. Mark	Mehrbetrag der Ausfuhr für Deutschland in Mill. Mark
1868	227,7	351,1	+ 123,4
1870	96,1	150,9	+ 54,8
1871	175,3	138,7	— 36,6
1872	363,1	356,2	— 6,9
1873	418,0	334,2	— 87,8 [139])

(Die Zahlen schliessen die Waren des gegenseitigen Transitverkehrs mit ein.)

---

[137]) «Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1861—1876». Schmollers Jahrbuch f. Gesetzgeb. u. Verwaltung, S. 296. München-Leipzig 1883.

[138]) M. Diezmann «Deutschlands Warenhandel mit dem Auslande in den Jahren 1872—87». S. 6, Tabelle I. Berlin 1888.

[139]) G. A. Soetbeer: «Bemerkungen über die Handelsbilanz Deutschlands», «Annalen des Deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Statistik», Jahrg. 1875, S. 767. Leipzig 1875.

Für die Jahre 1872/73 besitzen wir eine übersichtliche Zusammenstellung der verschiedensten Waren, die von Frankreich nach Deutschland und in umgekehrter Richtung gingen. Hierbei sehen wir, dass die Anzahl sämtlicher Artikel, die nach Deutschland gehen, steigt, die derjenigen nach Frankreich fällt.[140])

Ausfuhr Deutschlands nach Frankreich in Mill. Fr.

	Baumwollwaren	Wollwaren	verarb. Felle und Häute	Seidenwaren	Garne	Holz	Schafwolle	Ton, Glas	Metallwaren	Papier, Bücher	Rohtabak	Hopfen
1872	59,10	26,2	6,1	8,7	25,1	13,3	10,1	8,6	7,3	7,1	5,7	4,1
1873	24,02	10,9	5,4	7,6	13,8	11,9	7,9	5,7	4,8	5,0	2,4	2,0
Abnahme	35,08	15,2	0,7	1,1	11,3	1,4	2,2	2,9	2,5	2,1	3,3	2,1

Die Gesamtabnahme obiger Artikel betrug also 81,6.

Ausfuhr Frankreichs nach Deutschland in Mill. Fr.

	Wein	Schmucksachen	Wollwaren	Stahl, Eisenerz Gusseisen	Seidenwaren	Garne	Holz	Kurzwaren	Ton, Glas	Pariser Industrie	Metallwaren	Bücher, Papier	Mehl	Vieh
1872	34,5	3,0	26,0	7,9	8,0	11,1	6,7	19,9	2,9	2,8	10,0	4,2	9,9	5,5
1873	49,6	4,9	26,6	9,1	16,5	14,2	8,5	20,1	3,2	4 0	14,0	4,3	15,7	13,3
Zunahme	15,1	1,9	0,6	1,2	8,5	3,1	1,8	0,2	0,3	1,2	4,0	0,1	5,8	7,8

Die Gesamtzunahme betrug 50,6.

Es liesse sich an Hand der Aussenhandelsstatistik Frankreichs darauf schliessen, dass für die Jahre 1872—75 die Aktivierung der Handelsbilanz von der Begleichung der Tributschulden in Warenform herrühre. Dem steht aber entgegen, dass die Handelsbilanz in kürzester Zeit schon wieder passiv wurde, was in obigem Fall nicht möglich gewesen wäre.

Der Exportüberschuss von Frankreich nach Deutschland musste in Gold beglichen werden. Dem Warenstrom aus Frankreich nach Deutschland folgte ein Metallstrom in umgekehrter Richtung. Dieser verbreitete sich noch, als die zunehmende wirtschaftliche Unsicherheit und der ausbrechende Krach in Deutschland die Kapitalisten veranlasste, ihr Geld im Ausland in Sicherheit zu bringen. Nach Abzug der Beträge für Edelmetallsendungen Frankreichs ins Ausland hatte Frankreich 1874 in den ersten zehn Monaten einen

---

[140]) «Der Spezialhandel Frankreichs mit Deutschland 1872/73», «Annalen des Deutschen Reichs», 1874, S. 943.

Metallrückfluss von 633,4 Millionen Mark aufzuweisen. Wolowski schrieb damals: «Quand même le fruit matériel de la victoire n'aurait pas été absorbé, pour la plus forte partie, par les frais improductifs des armements nouveaux et par les largesses faites, il est des lois de distribution qui ne permettent point à un déplacement violent des éléments de la richesse de produire les heureux résultats qu'amènent les conquêtes plus lentes du travail.»[141])

§ 5. Rückblick.

Wir haben aufzuzeigen versucht, dass Deutschland nach dem Krieg 1870/71 durch den Empfang der Tribute und deren psychologische und wirtschaftliche Folgen in einen eruptiven, konjunkturellen Aufschwung und Hochschwung und einen ebensolchen folgenden Krach hereingerissen wurde. Diese kurz andauernde Hausseperiode hat mit dem strukturellen Aufschwung, der schon in den 60er Jahren einsetzte, nichts zu tun. Die diskontinuierliche Bewegung der Wirtschaft nach 1870/71 riss zwar die rhythmisch freie Bewegung mit sich und in der letzten Phase 1873, beim Beginn des Zusammenbruchs, wurde die letztere sogar längere Jahre völlig überdeckt. «Die Lage des Handels und der Industrie in Deutschland bildet seit dem Jahre 1873 eine ununterbrochene Kette von Enttäuschungen und Verlusten. Die Hoffnungen auf eine Besserung der Verhältnisse haben sich bislang nicht erfüllt, im Gegenteil, die meisten Rohprodukte und Fabrikate haben die fallende Tendenz noch nicht aufgegeben, der Betrieb vieler industrieller Etablissements schliesst noch immer mit Verlust ab, der allgemeine Wohlstand und die Bildung neuer Kapitalien zeigen einen nicht zu verkennenden Rückgang und die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit gewährt das traurige Bild des Zurückgehens fast aller Erwerbsverhältnisse.«[142]) Dies schrieb Adolf Berliner 1878. Die von ihm geschilderte Lage blieb die gleiche bis in die 90er Jahre. Diese Depression kann nicht vom «Krach» hergeleitet werden, höchstens wurde sie von ihm ausgelöst. Die langanhaltende Depression kam vielmehr durch die Strukturwandlung der landwirtschaftlichen Produktion in industrielle Produktion. Amerika wurde in den 70er Jahren Sieger auf dem europäischen Markt für alle landwirtschaftlichen Produkte, besonders für Getreide. Die europäische Landwirtschaft, vom eigenen Markt verdrängt, musste sich auf industrielle Produktion umstellen. Diese Umwandlung war für die deutsche Wirtschaft ein sehr schmerzhafter Prozess, der sich in der oben erwähnten, langandauernden Depression zu erkennen gab. Mit diesem Prozess und dem vorangehenden und nachfolgenden strukturell bedingten Aufschwung haben wir uns hier nicht zu befassen. Wir haben uns hier mit der kurzen Hochkonjunkturperiode der Jahre 1871—73 beschäftigt, die nur durch den gewonnenen Krieg, die einströmenden Tribute und deren Folgeerscheinungen solch steilen Anstieg und ebensolchen Niedergang haben konnte. Die kurze Zeit des «Krachs» bot, vom Aspekt des strukturellen Aufschwungs aus gesehen, den Anblick einer gründlichen, wenn auch schmerzhaften Säuberung der gesamten deutschen Wirtschaft. Die künstlich und übermässig aufgeblähte Produktion und Spekulation brach zusammen und wurde auf ein berechtigtes Mass zurückgeführt. Mit Hilfe der Tributsummen, welche dem deutschen Volke ungeheuerlich und unerschöpflich dünkten, war das gesamte deutsche Wirtschaftsleben in übersteigertem und ungesundem Mass angekurbelt worden. (Die fünf Milliarden hätten gerade dazu ausgereicht, das

---

[141]) L. Wolowski a. a. O., S. 29.

[142]) Adolf Berliner a. a. O., S. 91.

Aktienkapital für die neugegründeten A. G. zu liefern!)[143]) Der kapitalistische Geist, das unbedingte Gewinnstreben, das Bedürfnis nach Luxus wurden in alle Schichten des deutschen Volkes hereingetragen und verwandelten das Volk der Denker und Dichter endgültig. Ruhige Urteilskraft und Tatsachensinn wurden damals zurückgedrängt. Industrielle, Bank- und Kaufleute, das ganze deutsche Volk machte höchstgesteigerte Spekulations- und Gewinnversuche, die in eine Wirtschaftskatastrophe ausmündeten. Aus dem «handwerklich frühkapitalistischen» (wie Sombart sagt)[143a]) wurde allzuschnell ein hochkapitalistischer Staat. Die Tribute, welche weder ein Gegenwert für gelieferte Kapitalgüter oder Bezahlung für gelieferte Waren oder ausländische Kapitaldarlehen waren, sondern ein völlig einseitig fliessender Wertstrom, mussten auf die gesamte Wirtschaft inflatorisch wirken. «Fällt ein Inflation mit einer Aufschwungsperiode zusammen, so wird sie deren Temperatur erhöhen.»[144]) Die plötzliche Vermehrung der Umlaufsmittel brachte der Industrie die langersehnten Kredite und damit die Möglichkeit einer ungeahnten Produktionsausweitung. Jeder Produktionserweiterung sollte die mit grösster Vorsicht zur Entscheidung gebrachte Lösung der Frage vorangehen, ob es sich um einen vorübergehenden oder einen dauernden Bedarf handle, der befriedigt werden soll. Der Liberalismus wusste von einer Verhältnislosigkeit der Erzeugung nichts. Auch war er fest davon überzeugt, dass jeder Erzeugung notwendigerweise der Verkauf folgen müsse. Unsere Untersuchung beweist das Gegenteil. Es ist Spiethoffs Verdienst gewesen, die inneren Zusammenhänge von Erzeugung und Krise bis ins Kleinste zu untersuchen. Er hat eine scharfe Trennung zuerst einmal zwischen Produktions- und Konsum-Gütern gemacht, die einen verschiedenartigen Einfluss auf die Konjunktur ausüben. Seine Disproportionalitätstheorie beweist, dass die Krise auf dem Gebiet der Produktionsgütererzeugung beginnen muss und dort am schärfsten überwacht werden sollte.

Wir sehen 1873 besonders deutlich, wie auch der «Krach» im deutschen Wirtschaftsleben durch Uebererzeugung von Produktionsgütern seinen Ursprung nahm. Um diese zu verhindern, müsste die Gütererzeugung des reproduktiven Konsums unter Staatsaufsicht gestellt werden, d. h. unter Aufsicht fähiger Menschen ohne Eigeninteresse. Es liesse sich dadurch jedenfalls jede Wirtschaftskatastrophe wie die von 1873, wenn auch nicht jede Krise vermeiden. Kapitalistische Gütererzeugung des reproduktiven Verbrauchs mit ihren freien gesellschaftlichen Unternehmungsformen wird dagegen immer zur Uebererzeugung und Stockung und je nach den besonderen Umständen zur Krise oder wie 1873 zum Krach führen. Es gab damals eine genügende Zahl von Anzeichen für die drohende Katastrophe, die aber mehr oder weniger unbeachtet blieben. Es waren Einige, welche sie frühzeitig bemerkten und vor dem Kommenden warnten. Die «Frankfurter Zeitung» vom 4. Dezember 1872 druckte einen Artikel des «Economiste français» ab, der die Gefahren des Tributeinstroms für Deutschlands Wirtschaft deutlich aufzeigt. Der Artikel behandelte unter anderem das Sinken des deutschen Wechselkurses und den zunehmenden Abfluss des Metallgeldes, vor allem des Goldes als Zeichen der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Dagegen war in amtlichen Berichten wie z. B. im Bericht

---

[143]) Neuwirth: «Die Spekulationskrisis von 1873». II. Aufl., S. 25. Leipzig 1874.

[143a]) W. Sombart a. a. O. S. 325.

[144]) Joseph Schumpeter: «Die Wellenbewegung des Wirtschaftslebens», Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 39. Bd., I. Heft. S. 4. 1914.

des deutschen statistischen Amtes vom Jahre 1872 nichts von Erkenntnis der wirtschaftlich gefährlichen Lage oder einer Warnung vor dem Kommenden zu spüren. Es heisst dort wörtlich — nachdem ausgesprochen war, dass die passive Handelsbilanz des Jahres 1872 sogar möglicherweise auf einen Berechnungsfehler beruhen könne (was aber Soetbeer in einem Artikel «Bemerkungen über die Handelsbilanz Deutschlands» [145]) widerlegte) —: «Für den Verkehr des Jahres 1872 mag besonders noch in Betracht kommen, dass in Folge der längere Zeit hindurch während und nach Beendigung des deutsch-franz. Krieges gestörten Verbindungen mit dem Auslande die Vorräte an fremden Waren des inländischen Verbrauchs erschöpft worden waren, dass in Folge der Vermehrung der Circulationsmittel der Wert des Geldes in höherem Masse als in fremden Ländern gesunken und hierdurch der Import fremder Waren besonders begünstigt sein wird, und dass endlich das rasche Emporblühen der deutschen Industrie, durch welches sich das Jahr 1872 vor anderen ausgezeichnet hat, sowohl im Allgemeinen die Konsumationsfähigkeit des Volkes erhöht als auch insbesondere einen vermehrten Import von Roh- und Hilfsstoffen, sowie Halbfabrikaten zur Folge gehabt, deren Wert sich nicht sofort durch den Wert der an das Ausland abgesetzten Waren kompensieren liess.» [145a])

In Frankreich erschien in der «Revue des deux mondes» vom 1. März 1873 ein Artikel von Eugène Trolard, der sehr klar darlegte, was wirtschaftlich in Deutschland vorgegangen war und noch vorging. Er schrieb: «Si le moment n'est pas encore venu de porter un jugement définitif sur les dures exigences du vainqueur nous avons le droit de dire que, malgré cet énorme déplacement de capitaux, l'Allemagne ne sera ni plus riche ni plus prospère.»

Erst 1874 äusserte sich in Deutschland die Berliner «Kreuzzeitung» in einem offenherzigen Artikel über die Wirkung der französischen Tribute auf die deutsche Wirtschaft. Der Artikel trug die kurze und vielsagende Ueberschrift «5 Milliarden verduftet» [146]), was aber noch nichts über die Folgen des «Verduftens» aussagt.

Wolowski zeigt in seinem Artikel [147]) ganz allgemein die Wirkung von Tributen als einseitigen Wertübertragungen, wenn er schreibt: «Il est aussi bon que salutaire de comprendre qu'on s'enrichit difficilement des dépouilles d'autrui.» Diese Erkenntnis ist bis in unsere Zeit noch nicht durchgedrungen, trotzdem sie schon dem Sinne nach, wenn auch mit andern Worten, am Anfang von Adam Smith's Wealth of Nations zu lesen ist.

---

[145]) Hirths Annalen des deutschen Reiches. Berlin 1875.

[145a]) «Statistik des Deutschen Reiches.» IV. Bd. Hrsg. vom kaiserl. statist. Amt. Berlin 1873.

[146]) Erwähnt bei Dr. Rudolf Meyer: «Politische Gründer und die Korruption in Deutschland». S. 77. Leipzig 1877.

[147]) Louis Wolowski a. a. O., S. 42.

III. Teil

Die Folgen des verlorenen Krieges und der Tributleistungen für Frankreich.

§ 1. *Währung, Budget und Steuern nach 1870/71.*

Der verlorene Krieg und die Tributzahlungen haben auf das französische Wirtschaftsleben sehr verschiedene und verschiedenartige Wirkungen ausgeübt. Alle Massnahmen, welche die französische Regierung nach dem Krieg ergriff, haben dazu gedient, die schweren Schäden, welche Frankreich durch den verlorenen Krieg und seine Folgen erwachsen waren, so schnell wie möglich zu beseitigen. Das gesamte französische Volk, durch die Tatsache des verlorenen Krieges und der entschwundenen Milliarden tief beeindruckt, hat tatkräftig die Massnahmen der Regierung unterstützt. Obwohl Frankreich die Aufbringung der Tributsummen verhältnismässig leicht gefallen ist, hat das Land an den Folgen des Verlustes der fünf Milliarden noch lange zu tragen gehabt.

Während die Einführung der Goldwährung in Deutschland durch den Einstrom der Milliarden aufs äusserste erleichtert und fast wirkungslos durchgeführt werden konnte, musste Frankreich auf seinen schon vor dem Krieg gehegten Plan, zur Goldwährung überzugehen, verzichten, denn jetzt wäre der Uebergang nur unter den grössten Opfern möglich gewesen. 1869 war Frankreich fest entschlossen, von seiner bimetallistischen Währung abzugehen. Tatsächlich war damals in Frankreich schon mehr Gold als Silber im Umlauf. Vom Anfang des 19. Jahrhunderts an sind innerhalb der Weltproduktion 5 Milliarden Fr. in Silber geprägt worden. 1869 besass Frankreich überhaupt nur eine Milliarde in Silber. Das mochte daran liegen, dass damals gerade die Silberausfuhr aus Frankreich nach China und Indien ausserordentlich gestiegen war.[148]) Von dem vermehrten Goldvorrat der Welt dagegen (von 1849—67 um 10,728 Milliarden)[149]) hat Frankreich aber 44 %, also ungefähr 5 Milliarden, aufgenommen. 1869 bereitete Frankreich eine Konferenz mit der Schweiz und Belgien vor, auf welcher der Uebergang zur Goldwährung beschlossen werden sollte. Der Krieg aber und sein Ausgang brachte eine völlig veränderte finanzielle Situation und die Regierung be-

---

[148]) Léon Say a. a. O., S. 293.

[149]) Documents Relativs à la Question Monétaires. Recueillis et publiés par M. J. Malon. Ministre des Finances. 6e fasc. S. 39. f. Bruxelles 1874.

schloss die Einführung der Goldwährung zu verschieben. Nur Leroy-Beaulieu war dagegen und befürwortete in einem Artikel des «Economiste français» von Ende November 1873[150]) eine sofortige Einführung auf das Nachdrücklichste. Hierbei stellte er fest, dass Frankreich einen Goldbestand von 4 Milliarden habe und, ohne Gold im Ausland kaufen zu müssen, nicht nur aus dem Zwangskurs herauskommen, sondern auch noch die Goldwährung einführen könne. Aber die französische Regierung war nicht seiner Ansicht und wohl mit Recht, denn Deutschlands Uebergang zur Goldwährung schlossen sich gleichzeitig die drei nordischen Staaten an und Holland bereitete ihn vor, so dass er jedenfalls für Frankreich sehr erschwert gewesen wäre.

Say hat an Hand von Veröffentlichungen der deutschen Regierung und der Bank of England festgestellt, wieviel Gold Frankreich zwischen 1870—73 verloren hat. Die deutsche Regierung veröffentlichte die Goldbeträge, welche sie zur Einführung der Goldwährung verwendete, und die Bank of England wies aus, welche Beträge Frankreich in 20 Fr.-Goldstücken ankaufte zum Zwecke der Ueberweisung an Deutschland. Say errechnet, dass mehr als eine Milliarde Fr. in Gold abgewandert ist, davon 273 Millionen in bar, während der Rest von zirka 730 Millionen zur Wechselbeschaffung diente. Der starke Goldverlust wurde teilweise (nach Say) durch verstärkten Silberimport kompensiert. Say errechnet einen Einfluss von 300 Millionen Fr. in Silber. Der effektive Verlust an Münzmetall betrug demnach für die Zeit der Zahlungen nur 700 Millionen Fr., gleich 11—14 %.[151]) Das Silber, das nach Deutschland geflossen war, strömte dem Londoner Edelmetallmarkt zu, als Deutschland das französische Silber in London gegen Gold eintauschte. Durch die Einführung der Goldwährung in Deutschland und den nordischen Staaten wurden grosse Silbermengen frei und der Preis des Silbers sank. Der Silberpreis in London, der 1866 noch sh 5/2/1/4 betragen hatte, sank November 1872 auf sh 4/11/1/2, im Oktober 1873 stand er auf sh 4/9/11/16. Für Frankreich, das aus seinem Zwangskurs herauswollte und zu diesem Zweck sein Währungsmetall vermehren musste, bot sich also gerade damals eine günstige Gelegenheit, grössere Mengen Silber billig anzukaufen. —

Der Vergleich des französischen und deutschen Budgetvoranschlags für 1874 zeigt offenkundig, welche ausserordentliche, zusätzliche Steuerlast und welche schweren Opfer Frankreich durch die Folgen des verlorenen Krieges auf sich zu nehmen gezwungen war. Der Bericht des französischen Finanzministers Magne vom 28. Oktober 1873, dem ersten seit 1869, gibt darüber alle Einzelheiten in seinem Voranschlag der ordentlichen und ausserordentlichen Ausgaben für 1874[152]):

	1869	1874
Einnahmen	1,847,135,107	2,526,020,199
Ausgaben	1,762,704,505	2,523,456,412
Davon für öffentliche Schuld	347,363,801	748,593,642
Davon für Rückzahlung von Anleihen	48,819,033	309,112,971
Davon für Rückzahlung v. provisor. Anleihen	85,555,523	120,820,375
Davon für den Krieg	383,979,851	480,000,000

[150]) Leroy-Beaulieu: «La Question Monétaire». Economiste francais. 1873. S. 875.

[151]) Léon Say a. a. O., S. 294.

[152]) Magne: «Charges résultants de la guerre», zitiert bei: L. v. Hirschfeld a. a. O., S. 26 f.

Die Ausgaben des ausserordentlichen Budgets in ihren einzelnen Posten zeigen die enorme steuerliche Belastung noch eindrücklicher.

Direkte Militärausgaben.

1870	1,173,016,000 Fr.
1871	700,222,000 Fr.
1872	38,807,000 Fr.
Zusammen:	1,912,045,000 Fr.

Dazu:

Verproviantierung von Paris	169,518,000 Fr.
Unterstützung von Hinterbliebenen	50,000,000 Fr.
Unterhalt der deutschen Truppen	248,625,000 Fr.
Ersatz der deutschen Zwangsrequisition	62,708,000 Fr.
Kosten der Anleihen und Diskont für Vorauszahlungen	631,168,000 Fr.
Verluste an Steuern[153])	364,189,000 Fr.
Kriegskontribution	5,000,000,000 Fr.
Zinsen der Kontribution	301,145,000 Fr.
Zusammen:	6,827,353,000 Fr.

Dazu die Ausgaben für den Wiederaufbau der zerstörten Festungen, der öffentlichen Gebäude, der Wiederinstandsetzung der Domänen, der Ausbesserung von Flurschäden und der Reparaturen von Eisenbahnen in einer Höhe von	548,564,000 Fr.
Insgesamt:	9,287,962,000 Fr.

In der gleichen Rede forderte Magne 1,7 Milliarden Franken für Wiederherstellung des gesamten Kriegsmaterials. (Deutschland bezahlte den gleichen Posten aus der Kriegsentschädigung.) Bei genauer Prüfung stellten wir fest, dass Frankreich diese Summe nicht nur hierfür verwendete, sondern ausserdem zur Neuorganisation und vollständigen Neubewaffnung seines Heeres, zur Vergrösserung jedes Cadres, zur Erhöhung der Zahl seiner Infanterieregimenter, zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht mit fünfjähriger Dienstzeit und endlich zum Bau neuer Festungen.

Frankreich hat den Vorschlag seines Finanzministers angenommen, weil es überzeugt war, dass diese Militärausgaben unbedingt notwendig seien, um einem in naher und sicherer Aussicht stehenden Wiederangriff Deutschlands standhalten zu können. Den gleichen Gedanken hatte Deutschland, als es die Tribute zum grösseren Teil für den gleichen Zweck verwendete, nämlich um gegen den sicher bald erfolgenden Angriff der Franzosen gewappnet zu sein! Frankreich nahm diese schwere Last auf sich, trotzdem seine Staatsschuld schon vor 1870 nach damaligen Verhältnissen nicht gering war. Napoleon III.

---

[153]) Die allerdings anscheinend viel zu hoch berechnet sind, denn der Steuerausfall für 1 Jahr betraf nur einige Teile Frankreichs. Hirschfeld berechnet ihn mit 252 Mill. Fr. und schreibt ihn vor allem den Verkehrsstörungen zu. Hirschfeld a. a. O., S. 27.

hatte während seiner Regierung nicht weniger als 8 Anleihen aufgenommen und die konsolidierte Staatsschuld Frankreichs hatte sich bis zum Krieg auf 11,516,469,222 Franken erhöht.[154]) Hirschfelds Angabe deckt sich mit der Wolowskis, der schreibt: «Quand elle (la France) a vu presque doubler une dette publique qu'au commencement de 1870 n'atteignait pas 12 milliards».[155]) Im Handwörterbuch der Staatswissenschaften [156]) wird sie mit 13,788 Milliarden Franken angegeben. Hinzu treten die Zinsen für die Kriegsanleihen und für die Nachkriegsanleihen in Höhe von 396,765,346 Franken. Ferner die Zinsen für die Vorschüsse, welche die Banque de France der Regierung gegeben hatte, in Höhe von 15 Millionen (1,470 Milliarden zu 1 % verzinslich) und die jährliche Amortisation der Vorkriegsanleihen von 200 Millionen Franken, welche nach dem Krieg sofort wieder aufgenommen wurde. Die Gesamtausgaben Frankreichs beliefen sich also auf 9,899,727,346 Franken.

Der Zinsendienst einschliesslich Amortisation betrug zirka 1 Milliarde Franken gegen 359,227,373 Franken vor dem Krieg und entsprach einer Staatsschuld von rund 23 Milliarden Franken gegen rund 11½ vor dem Krieg[156 a]).

Die vorbildlichen Massnahmen, welche die französische Regierung ergriffen hat, um sich möglichst bald eines Teils ihrer Last zu entledigen, waren von Erfolg gekrönt. Bis 1892 war schon fast die Hälfte der Schuld getilgt. Sie betrug nur noch 13,274 Milliarden Franken. Die ungewöhnliche Steigerung der Ausgaben im Staatshaushalt bedingte eine Erhöhung und Vermehrung der Steuern. Ein verlorener Krieg hat noch immer eine stark progressive Entwicklung und einen weitgreifenden Ausbau des Steuersystems hervorgerufen. Wagner [157]) spricht davon, dass Regierungen in solchen Zeiten (nach verlorenen Kriegen) nicht vor Steuern zurückschrecken können, auch wenn diese an und für sich nicht unbedenklich seien. Die steuerliche Belastung in Frankreich stieg ausserordentlich. Soetbeer [158]) hat sie pro Haushalt mit mehr als 80 Talern berechnet (in Deutschland nur 27). Bei der Art der Steuererhöhung hatte die französische Regierung keine freie Hand, sondern musste politische Rücksichten nehmen. An die Durchführung radikaler steuerpolitischer Ideen war nicht zu denken. Um sich halten zu können, musste die Regierung um jeden Preis andere steuerliche Wege einschlagen als die Kommune, die eine radikale Aenderung des Steuerprogramms, vor allem eine allgemeine Einkommensteuer hatte einführen wollen. Um sich nun in deutlich sichtbaren Gegensatz zur Kommune zu stellen, sah sich die neue Regierung genötigt, von der allgemeinen Einkommensteuer abzusehen. Die Regierung musste also auf andere Weise ihre Einnahmen vergrössern.[159]) Schon von 1872 an begegnen wir neuen Steuern, zu denen die weiter ausgebauten Steuern traten, wie Kriegszuschläge, welche Erhöhung der Steuersätze brachten. Ferner wurden die Verkehrssteuern feiner ausgearbeitet, wie die Register-

---

[154]) L. v. Hirschfeld a. a. O., S. 29.

[155]) Wolowski a. a. O., S. 16.

[156]) Bd. IV., S. 61. 4. Auflage. Jena 1927.

[156 a]) S. Hirschfeld a. a. O., S. 15. Ebenso s. Fr. Zahn: «Finanzstatistik». Handwörterbuch der Staatswiss. IV. Bd. S. 130. 4. Auflage. Jena 1927.

[157]) Adolf Wagner a. a. O., S. 264.

[158]) Georg A. Soetbeer: «Die 5 Milliarden» etc., S. 23.

[159]) Georg A. Soetbeer a. a. O., S. 23.

und Stempelabgaben, ebenso die Erbschafts- und Schenkungssteuer. Dann wurde die Gewerbe- oder Patentsteuer um 60 Cts. pro Franken erhöht und auf alle Gewerbe ausgedehnt. Diese schroffe Massnahme wirkte aber so lähmend auf das französische Wirtschaftsleben, dass die Erhöhung von 60 Cts auf 43 Cts. herabgesetzt wurde. Ferner wurde eine Wertpapiersteuer von 3 % erhoben, welche alle Einkommen aus inländischen Wertpapieren erfasste, mit Ausnahme der Einkommen aus französischen Staatsanleihen und der Obligations trentenaires, eine Massnahme, welche die Bevorzugung der Staatstitel deutlich sichtbar machen sollte. Hinzu trat eine Steuer auf Wagen und Pferd, auf geschlossene Gesellschaften, auf Billardspiel. — Die Gebühren am Gericht wurden erhöht und ein Betrag für die Import- und Exportstatistik bei den Händlern erhoben.

Ebenso wie die direkten Steuern werden die indirekten erhöht. Die Getränkesteuer, die Zucker-, die Oel-, die Salztsteuer und die Steuer auf gesalzenes Fleisch wurde heraufgesetzt. Es wurden zusätzliche neue indirekte Steuern geschaffen wie die auf einige Rohstoffe, auf Zeitungen und Zündhölzer. Das Steuerjahr 1873 brachte Frankreich eine Mehreinnahme von 390,897,000 Franken. Der Druck der zusätzlichen Steuerlast wurde von vorneherein dadurch gemildert, dass man sie auf eine lange Steuerperiode verteilt hat. Immerhin ist die Steuerlast von 1869 bis 1873 enorm gewachsen. Der Steuerdruck in Millionen Franken betrug [160]):

	direkte Steuern:	indirekte Steuern:	Insgesamt:
1869	576	1229	1805
1870	586	1083	1669
1871	581	1239	1820
1872	605	1524	2129
1873	673	1698	2371

§ 2. *Importdrosselung, Exportsteigerung und Konsumeinschränkung.*

Die zusätzliche steuerliche Belastung, welche das französische Volk nun auf sich zu nehmen gezwungen war, erforderte von ihm neue und spürbare Opfer. Für den kleinen Steuerzahler bedeuteten sie bewusste Konsumeinschränkung, die sich darin äusserte, dass z. B. nun billiges Fleisch und billiges Geflügel dem teueren Qualitätsfleisch vorgezogen werden musste, dass man den Tabakkonsum einschränkte. Dieser ging von 32 Millionen Kilo im Jahre 1869 auf 28 Millionen Kilo im Jahre 1872 zurück.[161]) Sogar der Konsum von Alkohol, der in Frankreich zum wichtigsten Nahrungsmittel gehört, ging ausserordentlich zurück.

Die französische Regierung traf ihre Massnahmen zur Verbesserung ihrer Handelsbilanz und griff zunächst nach dem Mittel der Importdrosselung. Diese Massnahme entsprach der Mentalität des französischen Volkes, das die Drosselung der Importwaren nicht schwer empfand, denn die sprichwörtliche Sparsamkeit der Franzosen, welche schon für normale Zeiten gilt, verstärkte sich erst recht für die schweren Zeiten nach dem verlorenen

---

160) Gottfried Haberler: «Der internationale Handel», S. 79. Berlin 1933.

161) Victor Emion: «La Consommation de Paris avant et après la guerre» im Economiste français 1873, S. 369.

Krieg. Victor Emion[162]) errechnet für die ersten 5 Monate 1873 einen Importrückgang an Lebensmitteln nach Frankreich um 38,827 Millionen Franken: nämlich von 311,205 Mill. Fr. im Jahre 1872 auf 273,378 Mill. Fr. 1873. Der Rückgang verteilt sich auf die wichtigsten Nahrungsmittel wie folgt:

	in 1000 Franken:		
	5 Monate 1872	5 Monate 1873	
Korn und Mehl	91,416	24,842 *	— 66,574
Oelhaltige Früchte	16,977	15,033	— 1,944
Spirituosen	1,946	1,221	— 725
Melasse	839	755	— 74
Tiere	50,848 **	44,756	— 6,092
Fleisch	21,203	18,196	— 3,007
Fette	37,793	25,563	— 12,230
Käse, Butter	13,995	11,943	— 2,052
Trocken-Gemüse	2,353	3,330	+ 977
Reis	2,608	5,631	+ 3,023
Wein	6,729	8,753	+ 2,024
Zucker	32,855	40,546	+ 7,691
Kakao	1,290	4,319	+ 3,029
Kaffee	1,582 ***	32,120	+ 30,538
Fische	2,536	3,763	+ 1,227[163])

* Die Ernte des Jahres 1872 war allerdings hervorragend gewesen. «On conçoit que l'année dernière ayant été d'une abondance exceptionelle.»[164])

** Eine besonders hohe Ziffer, weil der Tierbestand durch eine Tiertyphus-Epidemie stark reduziert war.

*** «Sous le coup de droit récemment établis, les arrivages de café s'étaient subitement arrêtés l'année dernière.»[165])

Der «Economiste français» gibt Februar 1873 an (S. 7), dass der Januar eine Verringerung des Imports um 57 Millionen gebracht habe. Im gleichen Artikel vergleicht er den Konsumverbrauch in Paris für 1872 und 1873. Diese Gegenüberstellung macht — ausser bei den Posten Schweinefleisch und Geselchtes — die ausserordentlichen Einschränkungen deutlich, welche sich das französische Volk auferlegte.

---

[162]) Victor Emion a. a. O., S. 369.

[163]) «Commerce de la France Janvier à Mai 1873» in Economiste français, 1873, S. 375.

[164]) Ebenda, S. 375.

[165]) «Commerce de la France Janvier à fin Juillet 1873», in Economiste français. 1873, S. 591.

	1872		1873 (nach d. 1. Quartal ausger.)	
	in Hektoliter	in Kilo	in Hektoliter	in Kilo
Bier	21,554	—	15,377	—
Alkohol und Liqueur	24,971	—	6,884	—
Fleisch ausser Schwein	—	9,624,788	—	8,233,876
Schwein	—	1,676,822	—	1,826,296
Geselchtes	—	137,194	—	185,547
Käse	—	312,245	—	247,427
Speiseeis	—	753,458	—	420,417

Das nächste Hilfsmittel zur Verbesserung der Handelsbilanz war die Förderung des Exportes. Die dafür nötigen Massnahmen der französischen Regierung wie Transporterleichterungen und Exportprämien wurden aufs wirksamste unterstützt durch die nach dem Abfluss der Goldmilliarden automatisch eintretende Deflation mit nachfolgendem Preisdruck nach unten. Die Verhältnisse für Deutschland lagen — wie ich früher ausführte — gerade umgekehrt. Hier finden wir Konsumerhöhung und Inflation mit nachfolgendem Preisdruck nach oben. Die gesenkten Preise in Frankreich nahmen den Kampf mit den erhöhten in Deutschland auf und trugen den Sieg davon, was sich in einer schnell wachsenden Exportquote deutlich zeigte.

Der französische Industrielle war dem stark gesteigerten Bedarf Deutschlands völlig gewachsen, trotzdem er seinen Produktionsapparat nicht wesentlich vergrösserte. Die Franzosen sind darin stets vorsichtiger gewesen. Sie waren immer geneigt, die vermehrte Nachfrage für eine Konjunkturschwankung und nicht für eine Strukturwandlung zu halten. Sie wussten, dass die Neugründung eines Unternehmens oder auch nur seine Vergrösserung nur dann sinnvoll sein kann, wenn diese eine dauernde Lücke im Produktionsapparat auszufüllen hat. Der französische Industrielle unterschied sich hierin völlig vom deutschen und ebenso darin, dass er nur selten etwas riskierte, dass er ebenso selten Bankkredit für sein Unternehmen, vor allem nicht für Erweiterung seines Betriebes, in Anspruch nahm, sondern sich selber finanzierte. Der Industrielle Frankreichs machte ferner persönlich wenig Ansprüche und anerkannte als Ideal ein frühzeitiges Rentnerleben. Alles dies zusammen hat eine Strukturwandlung in Frankreich verhindert, nämlich eine Wandlung vom Agrar- zum Industriestaat, und so ist auch von dieser Seite aus dem französischen Volke die schwere Krise des Jahres 1873 erspart geblieben, welche vor allen andern Grosstaaten (bei denen es weniger eine strukturell bedingte Krise war) das Siegerland Deutschland erleiden musste. Damals schrieb Leroy-Beaulieu: «Europa schreitet in diesem Augenblick durch eine der merkwürdigsten Finanzkrisen, von welcher bisher gerade dasjenige Land, welches ihr am meisten ausgesetzt erschien, Frankreich, noch am wenigsten gelitten hat. Man nimmt uns 5 Milliarden; ihr Abgang scheint uns nicht über Gebühr nahe zu gehen, und umgekehrt verfällt das Land, welches diese Summe empfängt, in die verhängnisvollste Verwirrung.»[166]) —

Während die Handelsbilanz bis 1871 passiv war, wurde sie von 1872 an aktiv. Der Aussenhandel Frankreichs von 1868—73 sah folgendermassen aus:

---

[166]) Leroy-Beaulieu: «Les 5 Milliards», im Economiste français, 1873.

	in Mill. Fr. Import	in Mill. Fr. Export	in Mill. Fr. Exportüberschuss
1868	3,303.7	2,789.9	—513.8
1869	3,153.1	3,074.9	— 78.2
1870	2,867.4	2,802.1	— 65.3
1871	3,566.7	2,872.5	—694.2
1872	3,570.3	3,761.6	+191.3
1873	3,600.2	3,926.9	+326.7[167])

Während also der Importüberschuss 1871 noch 694.2 Mill. Fr. betrug, belief sich der Exportüberschuss 1873 bereits auf 326.7 Mill. Fr.. Die Zahlen, welche Gottfried Haberler[168]) für die gleiche Zeit angibt, weichen etwas, aber nicht wesentlich von denjenigen Says ab.

«Die Mehrausfuhr französischer Waren nach Deutschland in den Jahren 1869—73 wuchs von 39.4 auf 131.7 Mill. Mark.»[169]) Soetbeer dagegen hat für die gleiche Zeit den Wert der Wareneinfuhr nach England aus Frankreich und aus Deutschland verglichen und festgestellt, dass ihr Wert für das Jahr 1872 um 8,04 Mill. £ St. im Vergleich zu den Jahren 1867—69 stieg (von 33.719 auf 41.803 Mill. £ St.), für Deutschland dagegen nur um 754,000 £ St. (von 18.478 auf 19.232 Mill. £ St.).[170])

Der Saldo in der Handelsbilanz zwischen Frankreich und Deutschland musste (zu Gunsten Frankreichs) in Währungsmetall beglichen werden. Es begann ein kontinuierlicher Metallstrom nach Frankreich zurückzufliessen. Nach Abzug der Edelmetallsendungen Frankreichs ins Ausland hatte Frankreich in den zehn ersten Monaten des Jahres 1874 einen Rückfluss von 633,4 Mill. Mark zu verzeichnen. Die finanziellen Verhältnisse Frankreich besserten sich schon von 1872 an. Während die metallische Deckung

1872 nur 790,900,000 Fr. betrug, stieg sie
1873 auf 820,800,000 Fr. und
1874 auf 840,770,000 Fr.[171])

«L'Economiste français» schrieb am 14. März 1874: «La progression assez rapide de notre encaisse métallique est due surtout à la grande quantité de pièces de 5 francs envoyées par nous à l'Allemagne pour contribuer au paiement de la rançon de guerre, et que l'Allemagne nous renvoye par suite du mouvement actuel des échanges et des affaires.»

Nach eigener Aussage Léon Says in der Nationalversammlung am 5. August 1874 hat Deutschland die Forderung der neutralen Mächte erfüllt: Die Tributforderungen waren nicht grösser, als Frankreich sie leisten konnte,

---

[167]) Léon Say a. a. O., S. 289.

[168]) G. Haberler a. a. O., S. 79.

[169]) Ernst Schultze: «Tributzahlungen und Ausfuhrkraft», Weltwirtschaftliche Vorträge und Abhandlungen. Heft 2, S. 35. Leipzig 1929.

[170]) Soetbeer a. a. O., S. 54.

[171]) Economiste français. 4. März 1874, S. 303.

und es war in keiner Weise an seinem Wiederaufbau gehindert. Say[172]) sagte damals: «La France n'a pas paru en être appauvrie, et la circulation en a été si peu troublée, que les changes n'ont jamais atteint des cours aussi élevés qu'on aurait pu s'y attendre. Nous avons été préservés de cette dépréciation qui a affligé d'autres pays dans des circonstances qui paraissaient cependant plus favorables que celles que nous avons rencontrées. Non seulement la France n'a pas en à subir de crise monétaire, mais elle n'a pas autant souffert que d'autres nations de la crise financière.» — —

Der wirtschaftliche Aufschwung Frankreichs, der nur kurz unterbrochen war, wurde von der ganzen Welt als Wunder bestaunt. Stöpel schrieb damals, «dass der Aufschwung Frankreichs», — trotz der Milliardenzahlungen — «die Bewunderung der Welt errege». [173])

Nach Adolf Wagner haben die bei der Festlegung der Tribute verantwortlichen Männer zwei Gesichtspunkte als massgebend hingestellt: 1. die Bestrafung Frankreichs; 2. die finanzielle Schwächung. Wagner sagt selbst, dass «die Höhe der Strafe einen Druck auf die Finanzen und Volkswirtschaft ausüben solle». «Die Rücksicht auf die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit Frankreichs war deshalb für Deutschland gar nicht massgebend.»[173a]) Dieser Ausspruch ist allerdings in dieser Form reichlich übertrieben, denn Bismarck hatte sich vor Festlegung der Tributforderung durch seine Sachverständigen sehr wohl über die Grenzen des Möglichen informieren lassen.

Frankreich hat damals sehr gut verstanden, dass es von Deutschland bestraft werden solle, und dies bis 1914 nicht vergessen. Dies bedeutete Revanche um jeden Preis. Sind die finanziellen Folgen der Zahlungen, so wie Wagner und mit ihm viele andere glaubten und hofften, nicht eingetroffen, so doch solche, wie sie von niemand erwartet wurden, nämlich der Weltkrieg von 1914 mit seinem Abschluss, dem Versailler Friedensvertrag.

Dieser Friedensvertrag von Versailles wurde in einer völlig anderen politischen Situation für den Sieger abgeschlossen, denn alle Grossmächte standen geschlossen zusammen und diktierten dem besiegten Deutschland die Friedensbedingungen, die es nie erfüllen konnte. Hier in Versailles zeigte es sich, dass die Sieger nichts aus den Ergebnissen der Weltgeschichte gelernt, dass sie nicht einmal begriffen hatten, dass in der Zeit der Weltwirtschaft keine Vorteile mehr möglich sind, wenn der besiegte Feind auch noch wirtschaftlich vernichtet wird. Auch die Völker scheinen ihre bitteren Lebenserfahrungen selber machen zu müssen, denn im Zeitalter der grössten Rechenhaftigkeit wurde der grösste und bedeutungsvollste Rechenfehler aller Zeiten gemacht. Die Sinnlosigkeit, welche uns in der Wirtschaft des hoch- und spätkapitalistischen Zeitalters immer häufiger begegnet, sei es darin, dass die Maschine unbekümmert um den wirklichen Bedarf immer weiter produzieren m u s s, oder darin, dass künstliche Bedürfnisse geschaffen werden müssen,

---

[172]) Léon Say: «Rapport sur le payement etc.», abgedruckt im Anhang zu: G. J. Goschen «Theory of the foreign Exchange». Trad. par Léon Say, III. Aufl., S. 310 f., Paris 1892.

[173]) F. Stöpel: «Freihandel und Schutzzoll. Mit besonderer Rücksicht auf Deutschland 1876». Volkswirtschaftliche Zeitfragen. Heft 2. Frankfurt a. M., 1876.

[173 a]) Adolf Wagner: «Das Reichsfinanzwesen». Jahrb. f. Gesetzgeb., Verwaltung und Rechtspflege. III. Jahrgang. S. 91. Leipzig 1874.

um sie befriedigen zu können, und zwar mit Hilfe von täglich werbender und drohender Reklame, diese Sinnlosigkeit des 19. Jahrhunderts gipfelte in den Forderungen des Friedensvertrages. Dieser lässt uns einen tiefen Blick tun in die verantwortungslose Politik verantwortungsvoller Männer und in ihre erstaunliche und für das Schicksal der Menschheit fürchterliche Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge. Allzu spät sahen die Gegner Deutschlands, dass die Tributforderungen dem besiegten Deutschland schon zum äussersten Verhängnis geworden waren, und dass bei ihrer Aufrechterhaltung nicht nur der Besiegte, sondern auch der Sieger, ja die ganze Menschheit in den vernichtenden Strudel des Unterganges hereingerissen werden müsse. Auch heute noch gibt es zu wenige, die erkennen, was schon vor fast 500 Jahren Erasmus von Rotterdam in seiner «Stultitiae laus» aussprach: «Porro quid stultius, os ob causas, nescio quas, certamen eiusmodi suscipere unde pars utras semper plus aufert incomodi os boni?»

Literaturverzeichnis.

I. Schriften:

Bailleux de Marisy: «Les valeurs étrangers». Revue des deux mondes. Juli 1872.

Bamberger, Ludwig: «Die fünf Milliarden». Preuss. Jahrb. Bd. 31. Berlin 1873.

Begemann, Egbert: «Die Finanzreformversuche im Deutschen Reich von 1867 bis zur Gegenwart». Göttingen 1912.

Berliner, Adolf: «Die wirtschaftliche Krisis, ihre Ursachen und ihre Entwicklung». Hannover 1878.

Bernard T. H.: «Les cinq Milliards de l'indemnité de guerre, ce qu'ils produiront sur la circulation». Journal des Economistes, Mai 1871.

Block, Maurice: «La crise économique». Revue des deux mondes. März 1879.

Blondel, Georges: «L'essor industriel et commerciel du peuple allemand». Paris 3rd édit. 1900.

Blume, Herbert: «Gründungszeit und Gründungskrach mit Beziehung auf das deutsche Bankwesen». Freiburg 1914.

Bonde, Wolfgang: «Das Problem der Reparation». Diss. Jena 1928.

Bonn, Max J.: «Die Vorgänge am Edelmetallmarkt in den Jahren 1870 — 73». Münchener volkswirtschaftliche Studien, Bd. 40. Stuttgart 1900.

Brentano, Lujo: «Die Arbeiter und die Produktionskrisen» Jahrbuch für Gesetzgeb., Verwaltung und Volkswirtschaft. II. Jahrg. 4. Heft. 1878.

Cabiati, Attilio: «Der Widersinn der Reparationen und die internationale Bank». Berlin 1930.

Corti, Egon Caesar: «Das Haus Rothschild in der Zeit seiner Blüte». Leipzig 1928.

Diezmann M.: «Deutschlands Warenhandel mit dem Ausland in den Jahren 1872 — 87 nach den Ergebnissen der Reichsstatistik». Berlin 1888.

Favre, Jules: «Gouvernement de la défence nationale». Bd. III. Paris 1875.

Fick, Harald: «Transfer-Problem und Transfer-Theorie». Jena 1929.

Friedrich, Johannes: «Die Entwicklung des internationalen Schuldenproblems bis zum Jahre 1926.» Diss. Leipzig 1927.

Gieseke, Ludwig: «Die Abnahme der französischen Kriegsentschädigung 1871 — 72». Veröffentlichung des Zentralverbandes des deutschen Banken- und Bankiergewerbes. Berlin 1906.

Goschen N. G.: «Theory of the foreign Exchange». Dtsch. v. Stöpel. Frankfurt a. M. 1875.

Hassenkamp R.: «Geschichte Irlands». Leipzig 1886.

Helfferich, Carl: «Die Reform des deutschen Geldwesens nach der Gründung des Reiches. Bd. 1. Geschichte der deutschen Geldreform.» Leipzig 1898.

Hirschfeld L.: «Die Finanzen Frankreichs nach dem Kriege 1870—71». Berlin 1875.

Hock, Carl Freiherr v.: «Die Finanzen Frankreichs». Stuttgart-Augsburg 1857.

Hübener E.: «Die deutsche Wirtschaftskrise von 1873». Berlin 1905.

Interallied, The. Debts and the United States. Veröfftl. vom National Industrial Conference Board. New York 1925.

Juglar Cl.: «Le retour de l'or allemand en France». Economiste français, Déc. 1874.

Kaufmann, Eugen: «Die Entwicklung der französischen Volkswirtschaft in den letzten Jahrzehnten mit besonderer Berücksichtigung der Kapitalanlagen». Heidelberg 1910.

Keynes J. M.: «Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages». München 1920.

Keynes J. M.: «Der Friedensvertrag von Versailles». Berlin 1921.

Klein, Wilhelm: «Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Deutschlands». Stuttgart 1876.

Kontratieff N. D.: «Die langen Wellen der Konjunktur». Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Tübingen 1926.

Kötzschke, Rudolf: «Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters». Jena 1924.

Kral, Franz: «Geldwert und Preisbewegung im Deutschen Reich von 1879 — 1884». Staatswissenschaftliche Studien. I. Bd. Jena 1887.

Leland J.: «History of Ireland». London 1885.

Leroy-Beaulieu, Paul: «La situation économique des principaux états de l'Europe». Revue des deux mondes. 4. Nov. 1876.

Leroy-Beaulieu, Paul: «L'opération financière et la libération du territoire». Economiste français. 1873.

Liefmann, Robert: «Inlandskapital, Auslandskapital, Kriegstribute». Weltwirtschaftliche Vorträge und Abhandlungen. Heft 8. Leipzig 1930.

Loehnis H.: «Der Marasmus in Handel und Industrie». Strassburg 1877.

Loewe, Josef: «Die unmittelbare wirtschaftliche Einwirkung des Krieges 1870 — 71». Diss. Würzburg 1901.

Malarce A. de: «Les Milliards de M. de Bismarck». Economiste français 1873.

Meyer, Rudolf: «Politische Gründer und die Korruption in Deutschland». Leipzig 1877.

Mill J. St.: «Correspondance inédite avec G. d'Eichthal 1828—1871». Paris 1898.

Mommsen Th.: «Römische Geschichte». 13. Aufl. Berlin 1921.

Neuwirth K.: «Die Spekulationskrisis von 1873». 2. Aufl. Leipzig 1874.

Oechselhäuser, Wilhelm: «Die wirtschaftliche Krisis». Berlin 1876.

O'Farell, Handley: «The Franco—German War indemnity and its economic results». London 1913.

Paasche, Hermann: «Studien über die Natur der Geldentwertung und ihre praktische Bedeutung in den letzten Jahrzehnten». Jena 1878.

Pohlmann, Anna: «Deutsche Reichsschuldentilgung von 1871 — 1914». Diss. Frankfurt a. M. 1918.

Reparationsproblem, Das. Veröffentlichungen der Friedrich-List-Gesellschaft, herausgegeben von Edgar Salin, Berlin 1929.

Ricardo: Works. Herausgegeben von McCulloch. London 1846.

Rodbertus J. K.: «Zur Geschichte der römischen Tributsteuern seit Augustus». Jahrbuch für Nationalökonomie. Bd. IV. 1865, Bd. V. 1865, Bd. VIII. 1867.

Salin, Edgar: «Die deutschen Tribute». Berlin 1930.

Sattler, Paul: «Deutschland und Frankreich in den Jahren 1871 — 75». Leipzig 1923.

Say, Léon: «Rapport de M. Léon Say sur le payement de l'indemnité de guerre et sur les opération de change qui en ont été la conséquence». Journal Officiel. 2 nd. Dec. 1874.

Schäffle, A.: «Zur Lehre von den Handelskrisen». Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Jahrg. 1858.

Schanz, Georg v.: «Ein Wort zur Schuldendeckung des Reiches in den letzten 30 Jahren». Finanzarchiv 1908.

Schultze, Ernst: «Tributzahlungen und Ausfuhrkraft». Leipzig 1929.

Schumpeter, Josef: «Die Wellenbewegung des Wirtschaftslebens». Archiv für Sozialwiss. und Sozialpolitik. Bd. 39, H. 1. 1914.

Simmel, Eugen: «Die liquidierenden A. G.». Berlin 1876.

Soetbeer, G. A.: «Umfang und Verteilung des Volkseinkommens im preussischen Staat von 1872—78». München-Leipzig 1879.

Soetbeer, G. A.: «Materialien zur Erläuterung und Beurteilung der wirtschaftlichen Edelmetallverhältnisse und der Währungsfrage». 2. Aufl. Berlin 1886.

Soetbeer, G. A.: «Der Spezialhandel Frankreichs mit Deutschland 1872/73». Annalen des Deutschen Reiches 1875.

Soetbeer, G. A.: «Die fünf Milliarden». Deutsche Zeit- und Streitfragen, in den Annalen des Deutschen Reiches. Berlin 1874.

Soetbeer, G. A.: «Produktion der Edelmetalle während der Jahre 1849—63». Vierteljahrsschr. f. Volksw., Jahrg. 1865, III. Bd.

Soetbeer, G. A.: «Edelmetallproduktion und Wertverhältnis zwischen Gold und Silber seit der Entdeckung Amerikas bis zur Gegenwart». Gotha 1879.

Soetbeer, G. A.: «Bemerkungen über die Handelsbilanz Deutschlands». Annalen des Deutschen Reiches. Berlin 1875.

Sombart, Werner: «Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert.» 1. Aufl. Berlin 1903.

Spiethoff, Arthur: «Krisen». Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 4. Aufl., VI. Bd. Leipzig 1925.

Spiethoff, Arthur: «Die Quantitätstheorie insbesondere in ihrer Verwertbarkeit als Haussetheorie». Festgabe für Adolf Wagner. Leipzig 1905.

Staegmeyr, Elli: «Die Reparation als Finanzproblem». Masch. Diss.. Erlangen 1924.

Stöpel, Fr.: «Betrachtungen über die Handelsbilanz Deutschlands im Jahre 1873». Als Nachtrag zu der Abhandl. «Zur Bankfrage» in «Neue Frankfurter Presse». Frankfurt a. M. 1875.

Stöpel, Fr.: «Freihandel und Schutzzoll. Mit besonderer Rücksicht auf Deutschland 1876». Volkswirtschftliche Zeitfragen, Heft 2. Frankfurt a. M. 1876.

Swift, Jonathan: «Satyrische und ernsthafte Schriften». Hamburg und Leipzig 1760.

Taussig-Palyi: «Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen». Leipzig 1929.

Thiers, Adolphe: «Discours parlamentaires». Bd. XII. publiés par M. Calmon. Paris 1879—83.

Thorwart, F.: «Zur Literatur über die fünf Milliarden». Bankarchiv, 5. Jahrg., 1905/06.

Treitschke: «Deutsche Geschichte». IV. Aufl. Leipzig 1889.

Trolard, Eugène: «Les finances de l'empire de l'Allemagne». Revue des deux mondes, 1 mars 1873.

Unruh v. H.: «Die volkswirtschaftliche Reaktion». Berlin 1875.

Veneday J.: «Irland». Bd. I. Leipzig 1844.

Wagner, Adolf: «Finanzwissenschaft. III. Teil: Bd. 1. Steuergeschichte des Altertums bis zur Gegenwart.» 2. Aufl. 1910.

Wagner, Adolf: «Unsere Münzreform», Deutsche Zeit- und Streitfragen. Jahrg. 6, Heft 95. Berlin 1877.

Wagner, Adolf: «Das Reichsfinanzwesen». Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege des Deutschen Reiches. III. Jahrg. Leipzig 1874.

Wasserrab, Karl: «Die Wirtschaftskrisen und die Entwicklung der Krisis von 1873». Diss. München 1888.

Wagon, Eduard: «Die finanzielle Entwicklung deutscher A. G.«. Diss. Halle 1903.

Wolowski, Louis: «Les résultats économiques du payement de la contribution de guerre en Allemagne et en France». Sonderabdruck aus dem Journal des Economistes. Paris 1874.

II. Akten:

Die Friedensbedingungen. Ausg. Reimar Hobbing, Berlin 1919. — Die Dawes-Gutachten. Berlin 1924. — Die Young-Gutachten. Reimar Hobbing, Berlin 1930. — Die Reichstagsdrucksachen 1871—1880. — Englische Parlamentsakten. Repeal Acts.

Curriculum vitae.

Als fünftes Kind des Professors für Musik, Hugo Grüters, und seiner Ehefrau Frieda geb. Gerson wurde ich, Frieda Busch geb. Grüters, am 13. August 1891 in Duisburg a. Rh. geboren. Ich bin Schweizer Staatsbürgerin. Von 1898—1906 besuchte ich die Töchterschule in Bonn a. Rh. und anschliessend in den Jahren 1906—1910 die gymnasialen Kurse in der gleichen Stadt, die ich 1910 mit der Matura abschloss. Meine Studien nahm ich 1928 an der Universität Basel auf. Ich studierte im Hauptfach Nationalökonomie und Finanzwissenschaft bei den Herren Professoren Edgar Salin und Hans Ritschl und in den Nebenfächern Geschichte bei Herrn Prof. Bächtold, und allgemeines und schweizerisches Staatsrecht bei Herrn Prof. Erwin Ruck. Ferner hörte ich Statistik bei Herrn Prof. Fr. Mangold. Das mündliche Doktorexamen bestand ich am 23. Oktober 1931. Die vorliegende Arbeit ist unter Leitung von Herrn Prof. Dr. E. Salin entstanden.